

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Wittwoch, den 12. Juni 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 28 Hg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Hg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Hg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich: Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erfolgt täglich außer Montag.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die hochgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Hg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Hg. „Kleine Anzeigen“, das selbige Wort 10 Hg., (zweiwöchig 2 selbige Worte), jedes weitere Wort 10 Hg. Stellenangebote und Stellenangelegenheiten das erste Wort 10 Hg., jedes weitere Wort 5 Hg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Preisliste für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Verbrechen oder Staatsstreich.

Als Herr Tisza begann, die Manieren der Kaschemme in den ungarischen Reichstag einzuführen und die Opposition einfach mit Polizeigewalt an die Luft setzen ließ, jubelten ihm nicht nur die Budapestler und Wiener Preßklaffen zu; auch unsere Reaktionen stimmten mit Begeisterung in das Weisheitsgeheule ein. Herr Tisza hatte in die Tat umgesetzt, was ihres eigenen nicht immer verschwiegenen Herzens heißestes Sehnen schon seit vielen Jahren ist, und sie, die schon so lange vergebens auf den „starken Mann“ warten, betrachten nun die Vorgänge in Ungarn als eine Art Generalprobe der internationalen Reaktion. Sie bedenken dabei nicht, daß die so laut und etwas marktschreierisch auftretende Opposition des ungarischen Reichstages zum großen Teil innerlich hohlt ist, weil sie ebenso wenig die wirklichen Volkskräfte vertritt wie die „nationale Arbeitspartei“ und daß selbst jetzt die wirkliche Stütze der Opposition nur das in Ungarn erst verhältnismäßig schwach entwickelte industrielle Proletariat ist.

Aber unsere Reaktionen haben jetzt noch einen besonderen Grund zu ihrer Freude über den ungarischen Gewaltstreich, und die „Deutsche Tageszeitung“ z. B. hat ihn unlängst deutlich zu erkennen gegeben. Die gewaltsame Entfernung des Genossen Borchardt aus dem preussischen Abgeordnetenhaus liegt den Herren noch schwer im Magen. Innerlich fühlen sie doch, daß sie damit nicht nur politisch ein gefährliches und ungeschicktes Spiel gewagt haben, sondern auch, daß ihr Vorgehen selbst nach bürgerlich-rechtlichen Begriffen ein Verbrechen war. Und aus diesem Grunde war es ihnen besonders unangenehm, daß eine bürgerliche Partei wie die Freisinnigen sich nicht rüchlos auf ihren Gewaltstandpunkt stellte, daß insbesondere einige liberale Blätter eine, wenn auch recht liberal-schüchterne Kritik an dem Vorgehen ihres Präsidenten wagten und sich auch ihrer juristischen Konstruktion des Falles Borchardt nicht ohne weiteres entzogen.

Da kam ihnen nun Graf Tisza, der Führer der „liberalen“ Partei Ungarns, gerade recht. „Gott sei Dank“, riefen sie nun, die Liberalen machen es, wenn sie an der Macht sind, auch nicht anders als wir. Und sie bereiteten sich vor, dieses glänzende Argument gegen ihre freisinnigen Gegner auszuspielen.

Freilich, hätten sich die Herren die Sache etwas ruhiger überlegt, ihre Freude wäre doch wohl etwas geschmälert worden. Denn Herr Tisza hat unseren Reaktionen ihre schöne juristische Vertheidigung der Gewalttaten ihres Präsidenten glatt über den Haufen geworfen.

Der Fall lag juristisch klar genug. Genosse Borchardt hatte den Präsidenten und seinen politischen Helfer ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß das Strafgesetzbuch des Deutschen Reiches ihr Vorgehen ausdrücklich als Verbrechen bezeichnete. Trotzdem war er mit Gewaltanwendung aus dem Sitzungssaal entfernt und an der weiteren Teilnahme an den Verhandlungen abermals mit Gewaltanwendung verhindert worden. Man sollte meinen, daß es für das Strafgesetz keinen Unterschied macht, wer sich dieses Verbrechen schuldig macht, und daß es deshalb nicht aufhört, ein solches zu sein, weil der Präsident des Hauses es begeht und sich zu seiner Ausführung der königlichen Polizeibehörde bedient. Die Verurteilung auf die Geschäftsordnung des preussischen Abgeordnetenhauses konnte nichts helfen, weil bekanntlich Reichsrecht Landrecht bricht und daher natürlich noch weniger durch einfachen Beschluß eines Einzellandtages aufgehoben werden kann.

In dieser Verlegenheit kommen nun die konservativen Juristen auf zwei Ausreden: Erstens habe der Gesetzgeber bei seiner Strafbestimmung „selbstverständlich“ nur an eine äußere Gewalt gedacht, die Abgeordnete an der Ausübung ihrer Pflicht hindern, nicht aber an den vom Hause selbst gewählten Präsidenten, der seine Disziplinargewalt ausübe. Eine zweite, noch schönere juristische Konstruktion hat dann der Herr „Erste Staatsanwalt beim kgl. Landgericht I, Berlin“ in seiner Antwort auf die von den Genossen Borchardt und Keimert erstattete Strafanzeige geleistet. Daraus, daß in der Verfassungsurkunde nicht ausdrücklich steht, daß die Kammer bei der Schaffung der Geschäftsordnung an die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs gebunden sind, ergebe sich, daß die Wahl der Disziplinarmittel vollkommen „dem Ermessen jeder der beiden Kammern überlassen sein soll.“

Herr Tisza hat nun wie an einem Schulbeispiel gezeigt, wohn diese schönen juristischen Konstruktionen führen. Er gibt sich nicht mit Kleinarbeit ab, er geht aufs ganze und läßt nun tagtäglich einfach von seinen Banduren die ganze Opposition zum Tempel hinauswerfen, worauf die Gefehfabrikation glatt von staten geht. Das bishigen Schicksal eines oppositionellen Abgeordneten kann daran nichts ändern. Nach der Auffassung unserer Kronjuristen ist das auch ganz in der Ordnung; denn Graf Tisza ist der gewählte Präsident des Abgeordnetenhauses, er ist daher ebenso wie Herr v. Erla nur sein Disziplinarrichter aus, und die Majorität des ungarischen Reichstages grüßt ihrem Präsidenten Beifall zu. Und würde Herr Tisza morgen beschließen, daß seine Banduren ihre Hüften und Revolver nicht mehr allein auf der Straße gegen Arbeiter ausprobieren sollen, sondern daß sie etliche

Führer der Opposition nicht nur aus dem Parlamentsgebäude, sondern überhaupt aus diesem irdischen Jammertal schaffen sollen, nicht nur seine getreuen Kameleduden von der „Arbeitspartei“ würden ihm jubeln, auch der Herr Erste Staatsanwalt beim kgl. Landgericht I in Berlin müßte ihm Weisfall spenden; denn auch die ungarische Verfassungsurkunde enthält keine ausdrückliche Bestimmung, daß der Präsident des Abgeordnetenhauses in der Ausübung seiner Disziplinargewalt keinen Mord begehen darf.

Natürlich ist damit nichts getan, wenn man den Rechtsbruch Tiszas als Verbrechen bezeichnet. Das Verbrechen ist die Aufhebung einzelner gegen die Gesetze des Landes. Der Staatsstreich ist ebensowenig ein Verbrechen wie die Revolution. Beide schaffen neues Recht und finden dessen Maß nur in ihrer eigenen Kraft und Gewalt. Deshalb liegt immer eine gewisse Heuchelei in dem Gerichtsverfahren, das der Sieger gegen den Besiegten einschlägt. Die englische und die französische Revolution haben die Könige verurteilt, nicht weil sie Verbrechen begangen hatten, sondern weil sie politisch schädlich waren. Und ebenso wüßte die siegreiche Reaktion stets gegen ihre besiegten Widersacher, nicht weil diese verbrecherisch, sondern einfach weil sie unterlegen waren.

Siegt in dem Ringen zwischen Adelsabsolutismus und Demokratie in Ungarn das Volk, dann ist Graf Tisza der „überführte Verbrecher“, d. h. dann fällt er mit dem absolutistischen Prinzip, zu dessen Handlanger er sich jetzt hergibt. Siegen aber die Krone und das Junkertum, dann wird sich kein Richter finden, der zu fragen wagt, ob der Weg, der zum Siege führte, über Aktionen ging, die in friedlichen Zeiten die Anwartschaft auf das Juchhaus bedeuten hätten. Beim Staatsstreich wie bei der Revolution gibt es Richter nur für den Unterliegenden. Denn sie sind nicht Rechts-, sondern reine Machtfragen.

Graf Tisza hat bemußt und ohne Scham das Recht gebrochen, weil ihm das zu erreichende Ziel, die Festhaltung der unterworfenen Adels herrschaft, wichtiger und wertvoller erscheint als die Einhaltung des formalen Rechts. Die preussischen Richter werden im Falle Borchardt zu zeigen haben, ob sie das Vorgehen des Herrn v. Erla nach dem Beispiel Tiszas werten oder nicht, ob auch ihnen das angestrebte Ziel, die Aufrechterhaltung der ungestörten Junkerherrschaft wichtiger und wertvoller erscheint, als die Einhaltung des formalen Rechts. Stellen sie sich auf die Seite des präsidialen Rechtsbruchs, dann zeigen sie, daß es sich hier nach ihrer Auffassung nicht mehr um das Vorgehen eines einzelnen handelt, der sich gegen das bestehende Gesetz vergangen hat, sondern um den Akt einer ganzen Klasse, die zur Aufrechterhaltung ihrer Macht auch vor revolutionären Mitteln nicht zurückschreckt, daß sie sich unzufrieden fühlen, einen Fall zu beurteilen, der kein Verbrechen mehr beinhaltet, sondern einen Staatsstreich.

Eine Bechwichtigungsnote aus dem päpstlichen Lager.

Der Auditor Heiner hat der „Kölnischen Volkszeitung“ eine neue Erklärung zu der Gewerkschaftsfrage gesandt. Der Papst wolle die christlichen Gewerkschaften mit ihrem interkonfessionellen Charakter weder billigen noch verurteilen, wie dies ausdrücklich im „Observatore romano“ vom 24. Januar 1906 erklärt sei: „Der apostolische Stuhl hat es ausdrücklich den Bischöfen freigestellt, diejenige Richtung der Gewerkschaften zuzulassen, zu billigen und zu bevorzugen, welche den jeweiligen Bedürfnissen einer Diözese und Provinz am besten entspricht.“ Beide Richtungen, fährt Dr. Heiner fort, habe der Papst als gut bezeichnet, wenn er auch vom prinzipiellen Standpunkte die nicht-interkonfessionellen Gewerkschaften bevorzuge. Auf diesem Standpunkte stehe der Papst heute noch. Was er fürchte, sei nur, daß für den katholischen Arbeiter mit der Zugehörigkeit zu den akonfessionellen Gewerkschaften Gefahren verbunden sein könnten, und diese Furcht bestehe jetzt noch.

Das ist keine Verurteilung, kein Mißtrauen, sondern Fürsorge für die katholischen Arbeiter. In der Hand der maßgebenden Persönlichkeiten der christlichen Gewerkschaften liege es, diese Gefahren hintanzuhalten, besonders durch alseitige Pflege der konfessionellen Arbeitervereine. Die ersten und höchsten Ziele der Arbeiterorganisationen lägen auf geistigem und religiösem Gebiet. An zweiter Stelle käme die materielle Besserung der Lage der Arbeiter.

Sei der Arbeiter geistig, religiös und sittlich gestärkt, so werde die Furcht des Papstes schwinden, oder wenigstens gemildert. Empfehlen könne der Papst die christlichen Gewerkschaften nicht, er könne ihnen nur dulden und mahnen gegenüberstehen, ohne sie jedoch zu verurteilen, so lange nicht Tatsachen vorlägen, die eine Duldung unmöglich machten und ein Einschreiten geböten. Bei den christlichen Gewerkschaften sind solche bis jetzt tatsächlich vermieden worden, weshalb sie der päpstliche Stuhl bisher gebuldet hat und auch weiter dulden wird, so lange die bisher eingeschlagenen Wege eingehalten werden. Erstreben sie doch die Besserstellung der arbeitenden Klasse und die Bekämpfung der Sozialdemokratie, des Feindes der Kirche und des Staates. Vermeiden sie dabei die Verletzung christlicher und menschlicher Grundsätze, und haben ihre katholischen Mitglieder die Intention, sich gegebenenfalls den Anweisungen des apostolischen Stuhles zu unterwerfen, so werden sie keine Gefahr laufen, von der höchsten kirchlichen Autorität verurteilt zu werden.

Unsommer liebt der heilige Vater sämtliche katholische Arbeitervereine (ich spreche aus sicherer Kenntnis) und wenn er eine Richtung derselben erwähnt hat, so sollte das kein Zeichen des Mißtrauens sein, sondern seiner väterlichen Liebe und Güte. Ich bin in der Lage, dafür Zeugnis ablegen zu können.“

Die „Kölnische Volkszeitung“ ist mit dieser Erklärung sehr zufrieden. Was von den katholischen Arbeitern und den katholischen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften verlangt werde, sei alles geleistet worden, wovon das deutsche Episkopat Zeugnis ablegen werde. Im übrigen beschuldigt sie von neuem die Berliner Richtung des Verdächtigungsfeldzuges gegen die übrigen Arbeitervereine. An sie sei die Mahnung zu friedlichem und gemeinsamem Zusammengehen an erster Stelle zu richten.

Die Zufriedenheit der „Kölnischen Volkszeitung“ nimmt kein Wunder, sie klammert sich an jedes Wort, um eine strikte Verurteilung der interkonfessionellen Gewerkschaften durch den Papst nicht eingestehen zu müssen. Für den objektiven Leser auch des neuesten Kommentars des Auditor Heiner kann freilich nicht der geringste Zweifel bestehen, daß entweder die interkonfessionellen Gewerkschaften durch den Papst verurteilt werden, oder daß sie sich einfach bedingungslos den Verurteilungen des apostolischen Stuhles unterwerfen. Der Auffassung ist man auch in der antikölnischen Richtung. Noch ehe die letzte Erklärung Heiners abgegeben wurde, schreibt die „Kölnische Volkszeitung“, ein Organ, das gegen Wachen und die „Kölnische Volkszeitung“ arbeitet:

„Die (erste) Erklärung, die Hrgr. Heiner, Auditor bei der römischen Kurie, als Wort für Wort den Intentionen des apostolischen Stuhles entsprechend“ veröffentlicht hat, ist ein neuer schwerer Hieb gegen die „Kölnische Volkszeitung“. Sie bestätigt die Angaben des Pfarrers Beher aus dem Berliner Kongress der katholischen Fachabteilungen und besagt, daß die interkonfessionellen Gewerkschaften, die „bis jetzt“ nicht verurteilt wurden, für ihre katholischen Mitglieder eine Gefahr bilden können. Die „Kölnische Volkszeitung“ (Nr. 508, 7. Juni 1912) findet diese Erklärung „beruhigend“. Wie beschreiben! Sie sitzt unter einem Damoklesschwert, berührt sich aber bei dem Gedanken, daß der Faden, an dem das Schwert hängt, „bis jetzt“ noch nicht gerissen ist und noch eine kurze Zeit halten wird. Ja gewiß, noch eine kurze Zeit, denn Rom kann warten. Aber der Todesstoß kommt und zwar nicht nur für die Gewerkschaften, sondern für die ganze Kölnische Richtung. Was Rom für die gewerkschaftliche Betätigung der deutschen Katholiken verlangt, das verlangt es auch für die öffentliche und politische Betätigung im Zentrum. Wenn der Papst die Wunden-Glabdacher Richtung im Prinzip mißbilligt, weil sie den Einfluß der Kirche aus den gewerkschaftlichen Organisationen katholischer Arbeiter ausschalten will, um wie viel mehr muß er denn die Kölnische Richtung verurteilen! In der Tat: Während die christlichen Gewerkschaften sich gegen die Neueinführung des katholischen Prinzips, welches ihnen immer fremd war, zur Wehr setzen, will die Kölnische Richtung dem Zentrum sein altes katholisches Prinzip, sein katholisches Fundament rauben. Dabei ist das Zentrum für die deutschen Katholiken eine ungleich wichtigere Organisation als die Gewerkschaften.“

Bei so scharfen Gegenätzen haben die Worte Heiners, die zum Frieden mahnen, zunächst kaum viel Aussicht, beachtet zu werden. Denn für die Wacheniten ist die „Berliner Richtung“, für die der Papst auch nach dem neuen Kommentar Heiners so unbedingt und nachdrücklich eintritt, eine Weisheitsfrage von Verleumdern und für die „Berliner“ und die „Wacheniten“ die schlimmsten Feinde des Katholizismus. Daß übrigens die Kurie momentan etwas gelindere Saiten aufzieht, verdanken die christlichen Gewerkschaften vielleicht auch der Protektion des Herrn v. Bethmann-Hollweg. Wäntermeldungen zufolge soll der Reichszentralrat in Rom entschieden zugunsten der christlichen Gewerkschaften interveniert und mit der Abberufung des preussischen Gesandten gedroht haben. Man sieht, die christlichen Gewerkschaften sind das Schöpfung aller Feinde der Arbeiterbewegung, ganz wie sonst die Weiben.

Eine Kundgebung der Evangelischen.

Eine Konferenz von 25 evangelischen Arbeiter- und Gewerkschaftssekretären aus dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk nahm am Montag in Gagen i. W. zum Gewerkschaftsfreitag einen Beschluß an, in dem bedauert wird, daß neue Beunruhigung in die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung hineingetragen worden sei. Die Konferenz nehme mit großer Befriedigung von der Erklärung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und der angeschlossenen Unterverbände Kenntnis. Durch diese Erklärung sei öffentlich die Interkonfessionalität, die politische Neutralität und die Unabhängigkeit der christlichen Gewerkschaften festgestellt worden. Die evangelischen Kollegen werden aufgefordert, als völlig gleichberechtigter Teil der christlichen Gewerkschaften nachdrücklich für die Stärkung der christlichen Gewerkschaften einzutreten.

Die Ereignisse in Belgien.

Was die edlen Seelen gerne möchten . . .

Brüssel, 8. Juni. (Eig. Ber.)

In ernstester Stunde, da der Volkszorn in den wallonischen Provinzen über das Wahlergebnis und den sichtbaren Schwindel, dem er zu danken war, losbrach, hat der Generalrat der belgischen Arbeiterpartei, seiner Verantwortlichkeit für Wahlen und Wählenden aber auch für Blut und Leben der Arbeiter bewußt, die Arbeiterpartei zur Wiederaufnahme der Verantwortung, zur Ruhe, zur Kaltblütigkeit beschworen. Die Partei hat ihre einflussreichsten Kämpfer nach Lüttich, nach dem Centre, nach dem Borinage geschickt und inmitten der ungebenerlichten Verblüdung, die eine Augenbildstat forderte und allen Argumenten taub schien, haben sie Besinnung,

Disziplin gepredigt. Alle Welt, die die Reden der Genossen las, vor allem auch das Parteimanifest, das die Arbeiter zu einem Kongress ladet, der ausschließlich die Kampfmittel für die Erreichung des gleichen Rechtes beraten wird, hat daraus entnommen, daß die Partei, weit entfernt, den Kampf aufzugeben, ihn mit allen Kräften aufrechterhalten, ja im verstärkten Maße weiterzuführen wird. Und nur aus dieser Anschauung der Dinge konnte es gelingen, die aufgeregte Volksseele zu beschwichtigen, umzustimmen. So sahen sich die Verhältnisse für jedermann an. Ausgenommen für die Merikalen selbstverständlich, denen ein zorniges Losstürmen der Arbeiter weit lieber gewesen wäre, als die Entscheidung der Partei, den Kampf vorzubereiten, zu organisieren. Während nun die Merikale Presse in den Tagen des Generallstreiks und der Unruhen über Revolution und Aufruhr schrie und nicht genug Militär, Polizei und Gendarmerie für die „Erhaltung der Ordnung“ haben konnte, geht nun ein Gespött über die Führer nieder, „die den Kampf lieben“... Es verlohnte sich nicht, auf derlei Blödsinn einzugehen, wenn sich damit nicht auch die Gelegenheit böte, auf gewisse Erscheinungen in der Woche nach der Wahl einzugehen und gewisse Merikale Mäander ins Licht zu setzen.

Es ist nämlich über allen Zweifel festgesetzt worden, daß sich während der Ausschreitungen insbesondere in Brüssel und Lüttich junge Leute herumgetrieben haben, deren Gebaren darauf schließen ließ, daß sie aus der ehrenwerten Familie Bourbaix stammen, der unter dem Ministerium Deernaert sein feines Handwerk trieb... Wo immer es zu Zusammenstößen und Angriffen verschiedener Art kam, sah man eine Bande verdächtiger Gesellen, die nach dem Kommando von Anführern „arbeiteten“. Alle diese „Attentate“ auf Klöster, das Einschlagen von Fenstern und Laternen, die Mäander, die Tramways zur Entgleisung zu bringen, vor allem die Revolverschläge aus der Menge, sobald sich Gendarmerie und Polizei zeigte — sind auf diese Banden zurückzuführen, die nach dem Pfiff ihrer Führer „lösungen“. Man hat beobachtet, daß junge Burschen, die nachgewiesenermaßen tätigen Anteil an den Unruhen hatten, Studentenkaputen der „freien Unversität“ trugen, obgleich das Handwerk, dem sie sichtlich oblagen, an keiner Fakultät gelehrt wird... Die Studenten haben auch in einem Aufruf die Sache festgesetzt und die Presse — mit Ausnahme natürlich der Merikalen — hat wiederholt auf das schon nicht mehr zweideutige Gemindel aufmerksam gemacht, daß in nicht zu verkennender Weise die Agentprovokateure durchführte und das immer oben war, sobald Gendarmerie und Bürgerwehr anrückte. Wer war diese Bande? oder diese Banden? Und unter wessen Befehlen handelten sie?

Das Organ des Regierungschefs, das „XX. Siècle“, höhnt die Leitung der belgischen Sozialdemokratie, daß sie die Arbeiter zum Aufgeben des Streiks veranlaßt hat, nachdem es vorher den Hohn nach der andern Seite geübt und gefragt hatte, ob die Führer auch die Nacht haben werden, die Bewegung zu unterdrücken... Es ist nicht schwer zu erraten, was den Herrschaften lieber gewesen wäre und was ihnen zu ihrem Sieg gepaßt hätte... Ein verpuffter Massenstreik mit einem kleinen Blutbad und Herr v. Broqueville, nachdem er die Kirche gerettet, nun noch als Ketter des Staates und der Ordnung — es war zu schön gewesen... Daß nun die belgische Partei, statt die Entrüstung der Massen in einem blutigen und ausichtslosen Abenteuer enden zu lassen, zur nüchternen Prüfung seiner Kampfmittel schreitet und für den ihr richtig scheinenden Moment die Massen vorbereitete, um den Kampf für das gleiche politische Recht zum Siege zu führen, ist offenkundig eine bittere Enttäuschung für diese edlen Seelen.

Das Komplott des Herrn v. Broqueville.

Man schreibt uns aus Brüssel unterm 10. Juni: Herr Edmond Picard, der ehemalige Sozialist, der jetzt nur mehr aus den reinen Sphären der Parteilosigkeit auf die Festigkeiten der inferioren Parteimenschen spöttische Geisteserlebnisse herniederseht, hat in der Literatur die „belgische Seele“ entdeckt. Herrn v. Broqueville gebührt das Verdienst, die „belgische Seele“ in der Politik entdeckt zu haben. Diese belgische Seele ist sozusagen der Geist der Mäßigkeit. Er pfeift auf Finanz- und Wehrreformen; er pfeift auf Schul- und soziale Fragen; er pfeift sogar auf den Merkantilismus... Er verachtet jedoch die Extreme, die Erbherrlichkeiten der Politik, er haßt die Taktik der Angriffe und flieht die Aergernisse der Demokratie. Aus dieser Erkenntnis der „ame belge“ der — liberalen Geldbourgeoisie oder auch nur der schwankenden überzeugungslosen Plutokratie ist Herr v. Broqueville und den Seinen — nicht ohne die freundliche Beihilfe von ein bischen Korruption — das Heil widerfahren, am 2. Juni mit verstärkter Majorität aus dem Kampf zu treten. Schon hat sich, den Dank an die neue Wählerchaft allgütlich quittierend, die Merikale Partei als „große nationale“ Partei, als Partei der Mäßigkeit, des justo milieu etabliert. Wie die Minister bereits verkünden ließen, wird die Merikale Partei keine „engherzige Parteipolitik“ betreiben, sondern „nationale“ konservativ, vom Geiste der Toleranz besetzte Landespolitik! Und so ist es gekommen, daß nun seit dem 2. Juni Herr v. Broqueville von der Siegerpartei als größter Staatsmann gepriesen wird.

Als solcher hat sich der Merikale-konservative Chef von einem Spezialgesandten der Pariser antisemitischen „Vibre Parole“ interviewen lassen, und sicher erst ist es auch außerhalb der Merikalen Partei bekannt worden, wie ein Staatsmann dieser Proqueville ist! Die „Vibre Parole“ teilt nämlich mit, daß der Merikale Regierungschef einem Komplott auf der Spur war, durch welches Belgien in unendliches Elend hätte gestürzt werden können, wenn — ja wenn eben nicht die vorzügliche Staatskunst des Herrn v. Broqueville gewaltet hätte. Herr v. Broqueville hatte nämlich durch Agenten in einer alle Zweifel ausschließenden Weise erfahren, daß für den 9. Juni im Fall eines Sieges der Merikalen in Belgien eine revolutionäre Insurrektion ausbrechen würde. Und Herr v. Broqueville antwortet auf die Frage des Interviewers, ob er aus dieser Besorgnis heraus die drei Jahrgänge Reservisten einberufen habe, mit einem lauten und vernehmlichen „Ja“... Dies ist, knapp erzählt, die Geschichte vom „Komplott“ des Herrn v. Broqueville, die allerdings die belgische Merikale Presse hartnäckig verschweigt. Zu wiederholten Malen fordert der „Peuple“ die Regierung auf, mit ihrem „Komplott“ herauszurücken. Aber der Ministerpräsident schweigt, und die Merikale Presse schweigt, die doch sonst nicht prude ist, wenn es gilt, mit revolutionären „Attentaten“ den Bürger zu schrecken und die

erst in diesen Tagen die erzehrenden Burschen, deren zweideutiges Treiben alle Welt richtig taritiert hatte, als in der Volksbewegung agierende Anarchisten und Revolutionäre hinstellte. Nur von dem dem Ausland präsentierten „Komplott“ weiß sie kein Sterbenswörtchen zu erzählen. Indies: Herr v. Broqueville wird schon noch gefragt werden, und man wird ja dann sehen, was es mit diesem Komplott auf sich hat und ob die Staatskunst des Herrn v. Broqueville nicht bei der Staatskunst des Beernaert eine Anleihe gemacht hat, dessen Laufbahn für ewige Zeiten mit dem glorreichen Komplott-Bourbaix im Andenken des belgischen Proletariats belastet bleibt.

Der Krieg.

Eine neue Aktion der italienischen Flotte?

London, 11. Juni. Wie das Reutersche Bureau unter dem 10. Juni aus Smyrna erfährt, sollen am Sonnabend 19 italienische Kreuzer auf der Höhe der Insel Peros bemerkt worden sein. Sie bewegten sich in der Richtung auf die türkische Küste.

Vom tripolitanischen Kriegsschauplatz.

Tripolis, 11. Juni. (Meldung der Agenzia Stefani.) Gestern früh machte eine Kavalleriebrigade einen Erkundungszug bis über Sidi Abd El Gili hinaus. In der Nähe der Verschanzung, wo die Brigade Mainabi gelämpft hatte, fand man zahlreiche Gefallene von der Mahalla der Luaregs. Sodann durchsuchte die Brigade die Dase von Janzur und steckte das an der Grenze gelegene feindliche Lager, dessen Baracken soeben verlassen worden waren, in Brand. Zahlreiche Telegraphen- und Telefonleitungen die von den Türken benutzt waren, wurden zerstört. — Die Kundschafter und Kriegsgefangene übereinstimmend versichern, haben an dem Kampfe bei Janzur außer den regulären türkischen Truppen sämtliche Mahallas, auch diejenigen aus den entferntesten Lagern, teilgenommen.

Wie aus Benghasi gemeldet wird, zerstreuten italienische Kavallerie und Kamelreiter gestern früh bei einem Erkundungszuge einige Gruppen von Beduinen.

Die italienischen Verluste.

Rom, 11. Juni. Nach Mitteilungen des Kriegsministeriums sind bis jetzt auf den Schlachtfeldern oder infolge von Verwundungen während des italienisch-türkischen Krieges 57 Offiziere und 588 Soldaten gestorben. In diese Zahlen sind die Vermissten nicht eingerechnet, deren Zahl sich auf zwei Offiziere und 825 Mann beläuft, die zum größten Teil dem 11. Bersaglieri-Regiment angehören und seit dem 23. Oktober 1911, dem Tage des Gefechts bei Schara-Schat, nicht mehr gesehen wurden.

Der Aufstand in Albanien.

Man schreibt uns aus Belgrad: Die Unterdrückung der Arnautenbewegung in den türkischen offiziellen Auslassungen steht in direktem Widerspruch mit den umfassenden Maßnahmen, die die Regierung unternommen hat, um des Aufstandes Herr zu werden. Zurzeit sind über 40 000 Soldaten in Albanien konzentriert, und die Militärbehörden berichten, daß deren Zahl in einem Monat 80 000 erreichen wird. Das würde genügen, um den Widerstand der Arnauten zu brechen. Die militärisch wichtigsten Pässe im Wilajet Kosowo sind teilweise von den Regierungstruppen, teilweise von den Aufständischen besetzt, so daß der Verkehr unterbrochen ist. Die großen militärischen Maßnahmen der Regierung haben die freie Bewegung der Führer und die rasche Verbreitung des Aufstandes wesentlich eingeschränkt. Andererseits, wahrscheinlich in der Absicht, die soviel schwierige Lage nicht noch zu erschweren, versucht die Regierung, mit den Arnauten zu verhandeln und sie durch Konzessionen zur Ruhe zu bewegen. Der Minister des Innern hat persönlich diese Unterhandlungen geführt und es bleibt jetzt abzuwarten, mit welchen Vorschlägen die Regierung kommen wird. Die Mehrzahl der Sippen (in denen die Arnauten noch immer organisiert sind) haben Vessa (das Ehrenwort, welches als heilig immer gehalten wird) gegeben, bis zur Beendigung der Verhandlungen die Ruhe zu wahren.

Die verlautet, haben die Arnautenführer folgende Forderungen aufgestellt: Albanien bleibt unter der türkischen Oberherrschaft, bekommt aber eine Art der Selbstverwaltung durch die Bewirkung nachstehender Maßnahmen: 1. die politischen Grenzen Albanien, die bisher nicht bestanden, sollen aufgestellt werden; 2. Anerkennung der albanischen Fahne; 3. Anstellung eines Albanesen zum Gouverneur von Albanien; 4. Entlassung aller Beamten von nichtalbanischer Herkunft und die Wahl der Beamten durch Gouverneur und einheimische Bevölkerung; 5. Anerkennung der arnautischen Sprache als Staatssprache in Albanien; 6. Garantien der Großmächte, daß die türkische Regierung diese Reformen ausführen werde.

Die intransigenteren Elemente, besonders die im Auslande weilenden, verlangen entschieden einen Bruch mit der Türkei und Schaffung einer Personalunion zwischen Albanien und Montenegro. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Montenegro irgendwelche Beziehungen zu diesem Aufstande hat. Wie bekannt, wurden voriges Jahr die Malikoren von ihm kräftig unterstützt. Es ist auffallend, daß der König von Montenegro gerade jetzt bestrbt ist, Ruhe in seinem Lande zu schaffen. Er hatte eine Verfassung proklamiert. Auf Grund dieser Verfassung wurde ein Parlament gewählt, das, etwas demokratisch gestimmt, die bisherige Serailwirtschaft einer Kritik unterzog. Da jagte der damalige Fürst das Parlament auseinander, erdichtete eine Verschwörung, ließ eine Anzahl von Abgeordneten erschließen und die anderen einsperren. Ohne jemals vor ein Gericht geführt zu werden, blieben sie drei Jahre wie eingemauert. Vor kurzer Zeit befehlt der König, sie freizulassen und empfing sie nachher in einer feierlichen Audienz. Er ist offenkundig bestrebt, die Popularität im Volke wiederzugewinnen, um sich dessen Vertrauen zu einer willkürlichen „nationalen“ Politik zu sichern.

Die wichtigste Frage ist aber, ob nicht eine der europäischen Großmächte hinter dem Aufstande der Arnauten steht. Es liegt auf der Hand, daß man gleich an Italien denken möchte. In türkischen Kreisen aber schiebt man die ganze Schuld Oesterreich-Ungarn zu. Man behauptet, daß viele albanische Revolutionäre von Oesterreich-Ungarn unterhalten werden, daß von den katholischen Priestern in Albanien selbst eine große antislamische Propaganda geführt wird und viele Bestechungsgelder an angesehenere Persönlichkeiten gegeben wurden. Der montenegrinische König selbst sei nichts anderes als ein Agent von Wien, der unter österreichisch-ungarischer Protektion seinen rein dynastischen Interessen diene.

Es läßt sich zurzeit nicht prüfen, ob diese Beschuldigungen wahr sind. Das eine aber ist sicher: der italienische Einfluß in Montenegro ist in der letzten Zeit sehr abgeschwächt, der österreichisch-ungarische dagegen hat wesentlich zugenommen. Sobald Italien durch den Krieg für eine Balkanpolitik untauglich wurde, ließ der montenegrinische König alle italienische Unternehmungen in seinem Lande im Stich; sie verbrachten und wanderten größtenteils aus, um den österreichischen Platz zu machen. In Wien wurde Montenegro eine Staatsanleihe von drei Millionen Kronen gegeben, österreichische Ingenieure bauen die Wege in Montenegro, um es mit Dalmatien wirtschaftlich zu binden; das montenegrinische Geld

durfte in Oesterreich zirkulieren, eine Kommission österreichischer Juristen bereitet jetzt eine Gerichtsordnung für Montenegro vor, und es wird aller Wahrscheinlichkeit nach auf eine Zollunion zwischen der österreichischen Monarchie und Montenegro hingearbeitet.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Juni 1912.

Erffas Nachfolger.

Verschiedene Blätter wissen bereits über die voraussichtliche Nachfolgerschaft des verstorbenen Präsidenten des Abgeordnetenhauses zu berichten. So meint die „Tägliche Rundschau“, daß das Jünglein der Wage zwischen den beiden konservativen Arnim-Büsedom und Freiherrn von Richthofen schwanken werde.

Die sozialdemokratische Fraktion könnte sich zu der Wahl jedes der beiden Kandidaten gratulieren. Herr v. Arnim-Büsedom ist eine politisch höchst unbeträchtliche Persönlichkeit von den allerbescheidensten parlamentarischen Fähigkeiten, die im Plenum während der letzten Legislaturperiode nur dadurch bekannter wurde, daß sie sich zum Handlanger und Zwischensträger aller von konservativer Seite gestellten Anträge auf Schluß der Debatte zur Abschneidung unbedeutsamer sozialdemokratischer Redner hergegeben hat. Denn die Don Quixoterie, daß Herr v. Arnim-Büsedom vor Jahren einmal einem sozialdemokratischen Abgeordneten gegenüber erklärt hatte, nur seine Satisfaktionsunfähigkeit schütze ihn vor einer Duellforderung des körperlich wie rednerisch gleich langstieligen Grafen, hat seinerzeit berechtigti-gertigermassen nur ein sehr geringes Aufsehen erregt.

Sollten die Konservativen also wirklich diesen Herrn an Erffas Stelle vorschlagen, so dürften dem Abgeordnetenhause die befremdlichsten Szenen auch in Zukunft nicht vorenthalten bleiben. Szenen freilich, deren humoristischer Einschlag überwiegen würde.

Im übrigen sei noch mitgeteilt, daß Herr v. Arnim-Büsedom bereits am 13. April 1910 in der Geschäftsordnungskommission des Abgeordnetenhauses die Ansicht vertrat, daß schon der bloße Eintritt der sozialdemokratischen Partei in das Junker- und Geldsachparlament die Notwendigkeit einer Verschärfung der Geschäftsordnung beweise. Einen so „unparteiischen“ und intelligenten Präsidenten kann sich die Sozialdemokratie nur wünschen!

Der Konkurrent des Herrn v. Arnim-Büsedom, Freiherr v. Richthofen, ist in gewisser Hinsicht immerhin eine andere Nummer. Er ist ein ungleich gewandter Redner und Politiker, ein Mann zwar von ultrareaktionären Anschauungen, aber zugleich doch auch von gewissen Fähigkeiten. Nichtsdestoweniger dürfte sich auch die Sozialdemokratie zu seiner Präsidentenwahl nur beglückwünschen. Denn Herr v. Richthofen ist eine so temperamentvolle Persönlichkeit, ein so vollblütiger Junker, daß seine Präsidialführung die Geschichte des preussischen Abgeordnetenhauses sicherlich gar bald um die seltsamsten und aufreizendsten Episoden bereichern würde!

Es wird der reaktionären Mehrheit überhaupt nicht gelingen, ein neues Präsidium zu schaffen, das Del in die Bogen der politischen Erregung zu gießen vermöchte. Innerhalb eines solchen Herrbildes von einem Parlament, wie es das preussische Dreiklassenparlament darstellt, konnte nur so lange die Stagnation der Fäulnis herrschen, als eine wirkliche Volksvertretung fehlte! Mit dem Augenblick, wo die Forderungen der Volksmehrheit durch den Mund der sozialdemokratischen Abgeordneten ihre Vertretung fanden, mußte auch der erbitterte Kampf zwischen der Handvoll Vertreter der Volksmehrheit und der ungeheuren Uebermacht der parlamentarischen Vertreter der Volksminderheit mit aller Leidenschaftlichkeit entbrennen. Und ein Präsidium, das bewußtermaßen die Geschäfte der parlamentarischen Mehrheit und Volksminderheit besorgen und die wenigen Vertreter der Volksmehrheit knebeln und konjuzionieren soll, kann selbstverständlich nun und nimmer mehr aus Verlegenheiten aller Art herauskommen!

Die Wahlziffern in Schwarzburg-Rudolstadt

zeigen, daß wir nicht nur die Mandate behauptet, sondern auch noch einen ansehnlichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen haben. Es wurden insgesamt 8285 sozialdemokratische und 6856 bürgerliche Stimmen abgegeben, das sind für uns 371 Stimmen mehr als am 10. November. Die bürgerliche Koalition brachte trotz der ver-zweifeltesten Anstrengungen und obwohl sie einige Tage vor der Wahl noch in proklamerischer Weise erköst hatten, über 1000 neue Staatsbürger gemacht zu haben, nur 898 Stimmen mehr auf. Die Wahlbeteiligung war eine sehr starke und kann auf circa 85—90 Proz. veranschlagt werden. In vielen Wahlorten erschienen fast sämtliche Wähler an der Urne. Rechnet man zu der Anzahl der Abstimmenden noch die Kranken, die Abwesenden und die notorischen Wahl-schwänzer, so ergibt sich, daß in unserem Fürstentum die Zunahme der Wählerstimmen für unsere Partei sowohl, als auch für die Gegner so ziemlich erschöpft ist.

Das Mandat in Stadtilm, wo wir mit 734 gegen 735 Stimmen unterlagen, dürfte nicht lange im Besitze der Gegner sein. Es sind zahlreiche Unregelmäßigkeiten vorgekommen, die zu einem Protest unserer Partei gegen das Mandat geführt haben. In einer eventuellen Nachwahl wird es uns möglich sein, hier bei Anstrengung aller Kräfte das 10. Mandat zu holen, um so mehr, als diesmal eine ganze Reihe Arbeiter am Wahltag einer Reservereibung genügen mußten und um ihr Wahlrecht kamen.

Der neue Landtag dürfte wahrscheinlich erst im Herbst zusammengetreten.

Zum Schweyer Wahlstwindel.

Folgende löstliche Verichtigung schickt uns der freisinnige Kommerzienrat Münsterberg aus Danzig:

Die geehrte Redaktion ersuche ich ergebenst um Aufnahme folgender Verichtigung zu Ihrer Behauptung in Nr. 181 Ihres Blattes vom 8. Juni d. J. betreffs der Schweyer Reichstagswahl. Sie lauten:

Von Danzig wurden am Morgen des verhängnisvollen Krauswolltags 36 deutsche Studenten auf Kosten des freisinnigen Kommerzienrats Münsterberg nach Schwey ver-laden.

Diese Angabe ist unrichtig. Wahr ist vielmehr, daß ich von den Studenten, die nach Schwey gehen wollten, um Vorstreckung der Reisekosten gebeten wurde. Den erforderlichen Betrag habe ich gegeben und später zurückgehalten. Eine Verladung auf meine Kosten hat also nicht stattgefunden.

Hochachtungsvoll

Otto Münsterberg.

Die 36 Studenten sind auch nach dieser „Verichtigung“ in der Tat auf Kosten des freisinnigen Herrn verladen. Nur sind — wovon wir gern Notiz nehmen — später die Verladungskosten erstattet worden. Im übrigen: nicht die Frage der Kostenragung, sondern das probozierende Verhalten der Studenten und das Liebes-

werden der Freikonserbativen um die sozialdemokratischen Stimmen zugunsten des von allen bürgerlichen Parteien, einschließlich der Freikönigen, unterstützten Justizschwärmers v. Galea war das Wesentliche unseres Artikels, den wir in vollem Umfange aufrecht erhalten.

Das schleswig-holsteinische Kommunalwahlrecht.

Das schleswig-holsteinische Bürgerrecht ist in arger Verlegenheit. Es fürchtet auf der einen Seite das Wachsen des sozialdemokratischen Einflusses unter dem zwar durch einen Zensus begrenzten, aber doch sonst für alle Wahlberechtigten gleichen Wahlrecht, scheut sich aber auf der andern Seite vor der Empfehlung der Dreiklassenkommunalwahl, weil es dadurch zwischen Plutokratie und Arbeiterschaft erst recht in eine bedrückende Lage kommen und außerdem die direkte Wahl der Magistratsmitglieder (bis zum ersten Bürgermeister hinauf) durch die Wähler preisgeben müßte. Dazu kommt noch, daß dem Bürgerrecht in den kleinen Städten die sozialdemokratische Gefahr weit weniger auf den Nägeln brennt als dem Bürgerrecht der beiden Großstädte Kiel und Altona, was natürlich eine verschiedene Beurteilung der Wahlrechtsfrage in Groß- und Kleinstadt bedingt. In den Bürgervereinen verschwindet denn auch die Frage der Änderung des Wahlrechts der schleswig-holsteinischen Städteordnung nicht mehr von der Tagesordnung. Auch der Verbandstag der schleswig-holsteinischen Bürgervereine, der am Sonnabend und Sonntag in Glücksstadt tagte, beschäftigte sich mit dieser Frage.

Der Vorsitzende des Verbandes schleswig-holsteinischer Hausbesitzer, Herr Köster-Altona, dem man zu der Versammlung zugezogen und das Referat übertragen hatte, machte folgenden unreaktionären Vorschlag: Heraushebung des Wahlrechtsalters — jetzt 22 Jahre — auf 25 Jahre und der Ortsangehörigkeitsdauer — jetzt 1 Jahr — auf 2 Jahre. Aufhebung des Wahlsensus, aber Einführung der Dreiklassenwahl, und zwar soll die erste Klasse die Wähler mit einem Einkommen von 9500 M. und darüber, die zweite Klasse die Wähler von einem Einkommen von 5000—9500 M. und die dritte Klasse alle Wähler mit einem Einkommen unter 5000 M. umfassen. Die erste Klasse soll drei Zwölftel, die zweite fünf Zwölftel und die dritte vier Zwölftel der Mandate erhalten. Innerhalb der einzelnen Klassen soll Verhältniswahl stattfinden. Das Wahlrecht soll direkt und geheim sein. Die besoldeten Magistratsmitglieder sollen durch die Stadtverordneten, die unbesoldeten durch die wahlberechtigten Bürgerchaft gewählt werden.

So sehr auch die kösterische Klasseneinteilung auf die Erhaltung der Macht des mittleren und Kleinbürgerturns zugeschnitten ist, dem Verbandstag graute doch davor, sie zu den seinen zu machen. Die schleswig-holsteinische Städteordnung, auf die das liberale Bürgerrecht bisher immer noch so stolz war, würde auch mit der Verwirklichung der kösterischen Vorschläge vollständig über den Haufen geworfen werden. Der Verbandstag beschloß eine Resolution, die zum Ausdruck bringt, daß er an der schleswig-holsteinischen Städteordnung vom 14. April 1868 festhält. Doch habe dieses 43 Jahre alte Gesetz Schwächen und Mängel. Als geeignete Änderung seien zu empfehlen die Einführung der geheimen Stimmabgabe — das geht gegen den angelegentlich sozialdemokratischen Terrorismus bei der öffentlichen Wahl — und der Stichwahlen. Hinaushebung des Wahlrechtsalters von 22 auf 25 Jahre und der Ortsangehörigkeitsdauer von einem Jahre auf zwei Jahre. Damit glaubt das Bürgerrecht vorläufig den sozialdemokratischen Ansturm noch abwehren zu können.

Unter dem „liberalen“ Reichsvereinsgesetz.

Als der Genosse Scheidemann in der Sitzung des Reichstages vom 17. Mai die kaiserliche Drohung, Straf-Vorbringen in Preußen einzuberleiben, mit der Verletzung in die unterste Stufe der Reichszugehörigkeit verglich, heuchelten die Junker und ihre freiwilligen und unfreiwilligen Helfershelfer große Entstellung. Inzwischen bemühen sich tagtäglich preussische Behörden, den Beweis dafür zu erbringen, daß in Preußen zum mindesten die Arbeiter als Staatsbürger niedrigerer Sorte angesehen und behandelt werden. Ein klassisches Beispiel dafür kommt aus dem Reichsbereich des Landrats und preussischen freikonservativen Landtagsabgeordneten Brütt aus dem Kreise Rendsburg. Der Rendsburger Arbeiter-Madefahrerverein „Brüderbund“ hatte die Absicht, am Sonntag, den 9. Juni, in einem Lokale der benachbarten Gemeinde Wüdeltdorf ein Konzert und Volkshelustigungen abzuhalten. Dieser Veranstaltung sollte eine Korfahrt von Rendsburg nach Wüdeltdorf vorausgehen. Die Rendsburger Polizeibehörde erteilte die Erlaubnis für die Korfahrt. Der Amtsvorsteher für den Amtsbezirk Wüdeltdorf, ein Herr Löh, verbot aber die Weiterführung der Korfahrt im Polizeibezirk Wüdeltdorf, und er verbot auch die Veranstaltung des Konzerts. Eine Begründung der Verbote liegt uns nicht vor, aber man kann sie wohl aus der Antwort entnehmen, die der Landrat Brütt auf die eingelegte Beschwerde erteilte. Sie lautet:

Auf die Eingabe vom gestrigen eröffne ich Ihnen, daß ich den Befehl des Herrn Amtsvorstehers vom 8. Juni, nach welchem die Erlaubnis für eine am Sonntag, den 9. d. M. zu veranstaltende Korfahrt des Arbeiter-Madefahrervereins „Brüderbund“ verjagt ist, als begründet anerkennen muß. Ich verweise auf das Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts vom 4. April 1902 Nr. Verm.-Bl. Bd. 24 S. 232 und Kunze-Kanz S. 757 Bd. 27 S. 485.

Ebenso liegt kein Grund vor, den Herrn Amtsvorsteher anzuweisen, daß er das Konzert in dem Lokal von Schmoof, dessen Beginn für Sonntag, den 9. Juni d. J., auf 4 Uhr angesetzt ist, gestattet. Der Platz, wo die Fahnenweihe des Wüdeltdorfer Kriegervereins abgehalten wird, liegt dem Lokal von Schmoof so nahe, daß durch ein Konzert bei Schmoof die Fahnenweihe in erheblichem Maße gestört würde.

Nachträglich hat auch die Polizeibehörde in Rendsburg die schon erteilte Erlaubnis für die Korfahrt wieder zurückgezogen, aller Wahrscheinlichkeit nach auf Betreiben des Landrats hin. Weil der Kriegerverein ein Vergnügen abhielt, deshalb dürfen an demselben Tage Arbeitervereine nicht auch ein Vergnügen abhalten. Das ist der nackte Grund der Verbote. Schlimmer kann die Einschätzung der Arbeiter als Staatsbürger minderen Rechtes nicht vordemonstriert werden. Dem Herrn Landrat und preussischen „Vollvertreter“ wird klargemacht werden müssen, daß das Reichsvereinsgesetz auch für das Königreich Brütt Gültigkeit hat.

Die Ereignisse in Ungarn.

Budapest, 11. Juni. (Privattelegramm.)

Im Lande lodert die Empörung des Volkes über den Staatsstreich Tiszas und über die Gewaltherrschaft der Regierung hell auf. Die Arbeiter und ein Teil des Bürgertums machen gemeinsame Sache.

Aus Großwardein wird der Generalstreik gemeldet. Montagabend zogen große Volksmassen vor Tiszas Haus und demolierten sämtliche Fensterbänke. Dann zog die Menge nach dem Komitatshaus, nach dem Gerichtsgebäude und nach dem Hause der nationalen Partei, um dort die Empörung zum Ausdruck zu bringen. Schließlich kam es zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei, die sich aber vor der Menge zurückziehen mußte. Bald erschien ein Bataillon Infanterie im Sturmschritt und eine Eskadron Husaren. Gegen 11 Uhr nachts war die Ruhe wieder hergestellt. Das Militär hält die Straßen und die Hauptplätze der Stadt besetzt. Eine Anzahl Verhaftungen wurde vorgenommen.

In Debreczin, einer Stadt von 80 000 Einwohnern, kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Militär und der Volksmenge. Es gab viele Verwundete. Sämtliche Geschäfte sind geschlossen. Der Verkehr stockt völlig. Zwei Straßenbahnwagen wurden demoliert.

Auch am Bischofsitz Kaschau, ferner in Gollnow und Klausenburg ist die Revolution im Gange. Ueberall stehen sich die Volksmassen und die bewaffnete Macht gegenüber. In Kaschau gab es eine Anzahl Verwundete.

Für Dienstagabend sind große Demonstrationen in vielen Städten geplant. Nach einer Meldung aus Wien soll auch Militär aus Oesterreich nach Ungarn abgehen. Die Parteileitung hat sofort nach allen Richtungen Delegierte entsandt, die sich mit den Arbeitermassen verständigen sollen.

Vormittag versammelten sich die oppositionellen Abgeordneten in ihrem gemeinsamen Versammlungslokal, wo Graf Apponyi in einer Rede flammenden Protest gegen das Vorgehen des Grafen Tisza und gegen die Ausweisung der oppositionellen Abgeordneten aus dem Reichstage erhob. Dann begaben sich die Abgeordneten nach dem Parlamentsgebäude, wurden aber von dem dreifachen Kordon von Militär zu Pferde und zu Fuß abgewiesen. Die ausgeschlossenen Abgeordneten begaben sich dann zum Klublokale der Volkspartei. Unterwegs hatte sich eine Menschenmenge angesammelt, die fortwährend in den Ruf ausbrach: „Abzug Tisza!“ Es wurde das Rosslied gesungen. Plötzlich an einer Straßenbiegung sprengte berittene Polizei und Gendarmen herbei und ritt in die Menge. Es entstand eine furchtbare Panik. Zahlreiche Personen wurden umgeritten. Die Menge wurde in drei Gruppen auseinandergetrieben.

Auch heute wurde unser Parteiblatt konfisziert, teils, um das Blatt zugrunde zu richten, teils um zu verhindern, daß die Massen über die Vorgänge und über die Anordnungen der Partei unterrichtet werden. Die Bewegung gegen die Reaktion nimmt im ganzen Lande zu.

Im Reichstage herrscht die Stelle, da die Opposition fehlte. Nachdem die neue Hausordnung angenommen war, vertagte sich das Haus bis 18. Juni.

Das Oberhaus wird am Sonnabend über die Militärvorlage verhandeln. Zu dieser Sitzung rüstet sich die Opposition. Wenn dieses Gesetz vom Oberhaus angenommen ist, wird es an den Reichstag zurückgehen, wo es am kommenden Dienstag zur Beratung stehen wird.

Der Präsident des Reichstages, Graf Tisza, ist mit dem 2. Vizepräsidenten zur Audienz nach Wien beordert. Der Bahnhof war nachmittags von Militär und Gendarmen vollständig absperrt. So zieht das Reichstagspräsidium unter dem Schutze der Bajonette nach Wien.

Der Streik im Londoner Hafen.

London, 11. Juni. Ueber den Beschluß der Arbeitgeber des Transportgewerbes, die Vorschläge der Regierung abzulehnen, wird im einzelnen gemeldet: Die Arbeitgeber erkannten an, daß die Unterlegung einer beträchtlichen Summe seitens der Arbeiterorganisationen bessere Garantien schaffen würde, glaubten aber nicht, daß der Plan der Regierung zu dem beabsichtigten Ziele führen würde. Die Organisation der Arbeitgeber im Transportgewerbe erscheine ihnen undurchführbar, und gegen Ursachen, wie sie dem gegenwärtigen Streik zugrunde lägen, seien im Regierungsplane keine Vorkehrungen getroffen. Ferner würden, wenn der Plan Gesetz würde, die ausländischen Reeder nicht davon betroffen werden, so daß die englischen Reeder sich gegen sie im Nachteil befinden würden. Auch sei in dem Plane keine Vertretung der nichtorganisierten Arbeiter vorgesehen. Eine dauernde Regelung der komplizierten Arbeitsverhältnisse im Londoner Hafen sei nur nach erschöpfender Diskussion zu erreichen. Nach Ansicht der Arbeitgeber dürfte diese Diskussion erst nach Wiederaufnahme der Arbeit beginnen. — Auch die Londoner Hafenbehörde hat die Vorschläge der Regierung abgelehnt. Der Streik sei durchaus nicht gerechtfertigt, und die Behörde ziehe es vor, den Dingen ihren Lauf zu lassen und es der Regierung zu überlassen, die Schritte zu tun, die sie für geeignet halte. — Falls der Nationalstreik der Transportarbeiter vollständig durchgeführt wird, werden gegen 300 000 Mann an dem Streik teilnehmen. Vorläufig ist nicht zu übersehen, wie weit der Streikbeschuß Anerkennung finden wird.

Eine Erklärung der Regierung.

London, 11. Juni. (Unterhaus.) Auf eine Anfrage wegen der Streikfrage erklärte Premierminister Asquith, die Regierung habe während der letzten zehn Tage jeden Versuch gemacht, den unglücklichen Streit zu einer befriedigenden Lösung zu bringen. Die Vorschläge der Regierung seien aber von beiden Seiten nicht für annehmbar befunden worden. Ramsay MacDonald fragte, ob die Regierung noch auf dem Standpunkt stehe, den beiden Parteien ihre guten Dienste anzubieten. Asquith bejahte die Anfrage.

Schweiz.

Ein Kriegsminister für Gehorsamsverweigerung!

Bern, 10. Juni. (Fig. Ver.) Kriegsminister scheinen in der Regel Anhänger der strikten, widerprüchlichen Unterordnung, des Kadavergehorsams zu sein. Eine Ausnahme macht der Vorsteher des schweizerischen Militärdepartements. Es hatten sich in der letzten Zeit besonders krasse Fälle roher Soldatenmishandlungen ereignet. Das übliche „Schlauchen“ genügte den militärischen Vorgesetzten nicht mehr, sie sann auf andere Mittel. Auf offener Straße mußte sich eine ganze Kompagnie bis aufs Hemd ausziehen und in diesem Kostüm exerzieren. Ein anderer Offizier erteilte einem Subalternen den Auftrag, einen etwas langsam arbeitenden, beschränkten Rekruten zu verprügeln. Der Befehl wurde prompt ausgeführt. Drei Mann sind nachts an das Bett des Rekruten kommandiert worden, Bojonetriemen sausten auf den armen Teufel nieder und nachher wurde dem Vorgesetzten die Ausführung des Befehls schriftgemäß gemeldet. Der Fall war für Schweizer Verhältnisse so ungeheuerlich, daß unter dem Eindruck der öffentlichen Meinung das Kriegsgericht als zuständige Behörde eingreifen mußte. Die Bestrafung war indes eine außerordentlich gelinde, das Kriegsgericht erwies sich als ein Klassengericht. Der Offizier erhielt zehn Tage Gefängnis, der Subalterne wurde vollständig freigesprochen, da er — wie es in den Motiven des Urteils heißt — „nur den Befehl seines Vorgesetzten ausgeführt habe und dazu auf Grund der Militär-gesetze verpflichtet gewesen sei.“ Also die offene Proklamierung des Kadavergehorsams! Selbstverständlich erfährt

das Urteil allgemein harte Anfechtung und den Klassenrichtern im buntesten Gewande wurden nicht gerade angenehme Dinge ins Gesicht gesagt.

Dieser Fall hat nun auch den Nationalrat beschäftigt. Gelegentlich der Behandlung einer Motion, die die Schaffung fester Garantien gegen die Ueberhandnahme der Soldatenmishandlungen forderte, ist das Urteil von sozialdemokratischer Seite scharf geäußert und verlangt worden, daß die Soldaten, wenn ihnen neuerdings zugemutet werden sollte, sich als Werkzeuge zur Ausübung von Soldatenmishandlungen gebrauchen zu lassen, den Gehorsam zu verweigern hätten. Der Vorsteher des schweizerischen Militärdepartements, Bundesrat Hoffmann, stellte sich auf den gleichen Standpunkt. Er erklärte, daß er mit den Motionären insofern einig gehe, als Soldatenmishandlungen geahndet und die fehlbaren Offiziere so bestraft werden müßten, daß man selbst vor den härtesten Maßnahmen nicht zurückzudenken dürfe. Den Beschönigungsversuchen sei scharf entgegenzutreten. Der Redner sagte ferner, er stehe nicht auf dem Boden des blinden Gehorsams, Soldaten, denen von ihren Vorgesetzten zugemutet werde, Schändereien zu begehen, hätten diese Befehle nicht auszuführen und einfach den Gehorsam zu verweigern. Das war vom Standpunkt eines Kriegsministers aus sicher mutig gesprochen. Selbstverständlich werden deswegen die Soldatenmishandlungen, die ja lediglich den Ausfluß der Klassengegenstände bilden, nicht verschwinden. Aber es ist immerhin wertvoll, daß von höchster militärischer Stelle aus das Recht der Gehorsamsverweigerung den Soldaten ausdrücklich zuerkannt wurde. Die Sozialdemokratie wird dafür sorgen, daß die Soldaten Kenntnis davon erhalten und von diesem Rechte gegebenenfalls Gebrauch machen.

Frankreich.

Das Gesamtergebnis der Gemeinderatswahlen des Seine-Departements.

Paris, 10. Juni. (Fig. Ver.) Die gestrigen Stichwahlen für den Generalrat des Seine-Departements haben der Partei einen unerwarteten Erfolg gebracht. Nicht nur wurde das eine in der Stichwahl zu verteidigende Mandat behauptet, sondern noch drei dazu gewonnen, so daß die Partei jetzt sieben von den 22 Mandaten inne hat — gegen drei im vorigen Generalrat. Die Verlusttragenden sind die Radikalen und die „unabhängigen“ Sozialisten, welche nunmehr ganz ausgeschaltet sind. Sie verlieren auch die Vorstadt Jussy, wo die Tage der Bürgermeister- und Deputiertenwahl des Radikaldemagogen Coutant wohl gezählt sind. Die Sozialisten danken ihre Siege zum Teil der Wahlhilfe der Proporzanhänger und der gemäßigten Parteien.

Italien.

Der Exminister Rasi wieder wählbar.

Rom, den 8. Juni. (Fig. Ver.) Am 5. Juni d. J. ist die Zeit abgelaufen, während der über den früheren Unterrichtsminister Rasi auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt war. Befanlich wurde Rasi wegen Unterschlagung im Amt von dem Senat als oberstem Gerichtshof zu 11 Monaten und 20 Tagen Gefängnis und zu 4 Jahren 2 Monaten Ehrverlust verurteilt. Trotzdem er nicht wählbar war, hat sein Wahlkreis Tropani ihn die ganze Zeit über unentwegt weiter gewählt, wobei jede Wahl annulliert werden mußte. Auch heute ist der Wahlkreis blank. Freilich spricht das neue Wahlgesetz das aktive und passive Wahlrecht denen ab, die wegen Betruges verurteilt sind, aber es ist in hohem Maße zweifelhaft, ob Rasi Verbrechen als Betrug im Sinne des Wahlgesetzes aufzufassen ist. Der Exminister dürfte demnächst seinen alten Platz in der Kammer wieder einnehmen.

Wieder zwei „Komplizen“ D'Albas in Freiheit.

Rom, den 8. Juni. (Fig. Ver.) Um die Wamag nicht allzu groß zu machen, setzt das Gericht die unschuldig der Mitschuld an einem Komplott gegen den König verdächtigten Personen erst allmählich in Freiheit. Mit dem Rechtsanwalt Di Blasio und dem Seher Boscolo hat man den Anfang gemacht. Am 7. d. M. wurde auch der Anarchist Jabattiero entlassen, und demnächst kommt die Reihe an den Rumänen Tacit, der sich seit mehreren Monaten in Untersuchungshaft befindet. Es konnte ihm absolut nichts nachgewiesen werden, was den Behörden Grund genug ist, ihn aus Italien auszuweisen. Nach den während der Untersuchungshaft gemachten Freuden dürfte dem Mänge der Abschied nicht allzu schwer werden.

England.

Die Begnadigung der Riß Maleda.

Der „Daily Chronicle“ meldet, daß Riß Maleda, die englische Staatsbürgerin polnischer Herkunft, die wegen ihrer Beziehungen zur polnischen sozialistischen Partei von einem Warschauer Gericht zu vier Jahren Zuchthaus und darauf folgender Verbannung nach Sibirien verurteilt wurde, vom Jaren begnadigt worden ist. Sie wird sofort in Freiheit gesetzt werden und hat Rußland zu verlassen. Die freigeitlich denkenden Kreise in England und vor allem die englische Arbeiterschaft haben allen Grund, mit Genugthuung auf diesen Ausgang der Angelegenheit zu blicken. Leicht war es nicht, dieses Opfer den Straßen des russischen Jazismus zu entreißen. Monatslang mußte die Agitation lebendig gehalten werden, in Tausenden von Versammlungen wurden entzündete Proteste erhoben, im Parlament selber ließ eine kleine Gruppe von Abgeordneten die Gelegenheit nicht von der Tagesordnung verschwinden. Sir Edward Grey hatte eine heiße Zeit durchzumachen, und er mochte wohl einsehen, daß die öffentliche Meinung Englands, die seiner russischen Politik ohnehin schon mit großem und stetig wachsendem Mißtrauen zusieht, sich diese entehrende Liebedienerei gegen den Jazismus doch nicht ruhig gefallen lassen würde. Er sah sich deshalb genötigt, einen entsprechenden Druck auf die Jarenregierung auszuüben und dieser hat natürlich auch geschnitten.

Marokko.

Mulay Hafid und der Protektoratsvertrag.

Paris, 11. Juni. Der Deputierte Long, der bereits Bericht erstattet über das deutsch-französische Abkommen vom 4. November 1911 war, wird heute dem Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten seinen Bericht über den mit Mulay Hafid abgeschlossenen Protektoratsvertrag vorlegen. Long gibt in dem Bericht unter anderem mehrere von Mulay Hafid herrührende Schriftstücke wieder. In einem dieser Schriftstücke weist der Sultan auf das 13. Jahrhundert alte Ansehen Marokkos hin. Das Land habe niemals einer dritten Macht als Kolonie angehört und sei seit vier Jahrhunderten in Besitz seiner Familie. Marokko könne demzufolge nicht mit einer von einem fremden Staate verwalteten Kolonie verglichen werden. Die französische Regierung möge dem marokkanischen Reiche sein Prestige wahren. Weiter bemerkt sich der Sultan, die Zukunft seiner Frauen sicher zu stellen. In einem vom 12. November 1911 datierten, an den damaligen Minister des Auswärtigen de Selves gerichteten Schreiben gibt der Sultan in schwingvollen Worten dem Wünsche Ausdruck, Paris sowie die andern großen Städte Frankreichs zu besuchen.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter!

In letzter Zeit ist es mehrfach vorgekommen, daß man in Berlin Arbeitswillige für Streiks im Ausland (Böhmen, Ungarn usw.) sucht.

Es treiben sich in Berlin Agenten herum, die das schmutzige Gewerbe der Anwerbung von Arbeitswilligen ausüben. Unter allerhand Versprechungen sucht man Arbeiter zum Verrat an ihren Arbeitsbrüdern im Ausland zu verleiten. Nun ist es den Streikbrecheragenten ja vollständig gleichgültig, was sie für Unheil anrichten, und auch, ob die vermittelten Leute für die Arbeit zu gebrauchen sind, wenn sie nur ihre Vermittlungsgebühren bekommen. Es wäre deshalb gut, wenn jedem dieser Agenten eine deutliche Antwort auf ihre Werbungen gegeben wird, so daß ihnen die Lust zu ihrem schmutzigen Handwerk vergeht.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Ordnungsverwaltung Berlin.

Moderne Streikbrechertransporte

Lam man jeden Sonnabend nachmittag in der Inselstraße beobachten, wenn die Streikbrecher der Firma Franke, Wagen- und Karosseriefabrik, mit Autodroschken weggeführt werden. Obgleich zum „Schuße“ derselben am letzten Sonnabend ein Polizeileutnant, acht Schutzeleute zu Fuß und vier Schutzeleute zu Pferde bei der Abfahrt zugegen waren, wurde es von der Polizei nicht verhindert, daß in der ersten Autodroschke sieben Personen eingeladen wurden. Das Ueberladen der Droschken findet jeden Sonnabend statt, ohne daß dagegen eingeschritten wird. Dagegen wird das Fahren der Streikenden mit Autodroschken durch Schutzmännchen, die über die Straße gezogen werden, verhindert. Streikende, welche dieselbe Straßenbahn benutzen, wie der Streikbrecheragent Koch aus der Wilsstr. 42, werden auf dessen Veranlassung ohne weiteres festgesetzt und der nächsten Polizeiwache zugeführt. Am letzten Montag kam der Leutnant des Reviers an die Streikposten heran und erklärte denselben: Da von der Firma doch keiner der Streikenden eingestellt wird, so wäre der Streik aufgehoben und sie sollten machen, daß sie fortkommen. Durch Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen mußte sich der Herr eines anderen belehren lassen. Wenn die Arbeitsangebote der Firma, welche Stellmacher, Schlosser, Lackierer und Sattler sucht, von den Arbeitern unbeachtet bleiben, dann wird auch die Firma Franke sich auf derselben Grundlage einigen, wie es die anderen Firmen derselben Gruppe mit ihren Arbeitern getan haben. Die Arbeiter der Firma Franke werden sich nach wie vor nicht beirren lassen und werden weiter geschlossen im Kampf ausharren, auch wenn sie noch so schändlich und ungeschicklich behandelt werden. — Die Streikenden bitten nach wie vor um Fernhaltung des Buzuges.

Unzufriedenheit unter den städtischen Gärtnern.

Die städtischen Gärtnereibeschäftigten sind in einer stark befeuchteten Versammlung mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen. In der Diskussion wurde allgemein lebhaft Klage geführt, insbesondere über das mangelnde Entgegenkommen von Seiten der Direktion gegenüber den äußerst bestehenden Wünschen und Forderungen der Gärtnere. Mit lebhaftem Nachdruck wurde betont, daß fast alle übrigen bei der Berliner Stadtverwaltung beschäftigten Arbeiterkategorien günstiger gestellt sind. Die abweisende Behandlung der gestellten Anträge, die stets die Grenzen der Bescheidenheit innegehalten, wurde als eine geradezu verlegende, eines städtischen Arbeiters unwürdige hingestellt. Der in der Versammlung anwesende Stadtverordnete Gottfried Schulz ver sprach den Anwesenden die faktische Unterstützung der gestellten Anträge durch die Arbeiterfraktion des Stadtparlamentes und empfahl den Anwesenden, besonders dem auf lokaler Basis stehenden Berliner Gärtnereibund den Anschluß an eine gewerkschaftliche Organisation. Der Arbeiterausschuß empfahl alsdann den Anschluß an den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Nach Schluß der Debatte fand eine Resolution einstimmige Annahme, die angesichts der Situation der Gärtnere, insbesondere dem städtischen Gärtnereibund den Anschluß an die freie, moderne gewerkschaftliche Organisation empfiehlt. Eine Reihe schon früher gestellter Anträge wurde nach eingehender Beratung dem Ausschuss zur weiteren Verhandlung mit der Gartendirektion überwiesen.

Die Lohnbewegung der Feiseurgeschliffen nimmt ihren Fortgang. Einzelne Unternehmenskorporationen weigern sich, den Tarif anzuerkennen, welcher in der Tarifkommission zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer vereinbart wurde. Sie weigern sich speziell, das Kost- und Logiswesen anzuerkennen. Ferner erklären sie, die 1/2-stündige Mittagszeit (bei einer 14-15-stündigen Arbeitszeit) nicht bewilligen zu können. Daß die Sache der Feiseurgeschliffen dennoch weitere Fortschritte macht, beweist die heute im Inzeratenteil veröffentlichte Liste.

Achtung, Tapezierer! Wegen Tarifdifferenzen sind gesperrt für Polsterer: A. Wieste, Chausseest. 80; für Kleber: Unternehmer G. Otopp, Grünthalstr. 71, Bau Jülicher, Ede-Eulerstraße und Kaiserdamm 10. Aufgehoben ist die Sperre über Staboda, Kopenhagener Straße. Die Schlichtungskommission.

Zum Fleischereiboth in Reutkän ist mitzuteilen, daß am Donnerstag allen Fleischereimestern, die bewilligt haben, ein Plakat (welch mit rotem Rand) zugestellt wird, welches dieselben im Schaufenster oder Laden aushängen, damit das Publikum sogleich sieht, daß in diesem Geschäft die Forderungen des Zentralverbandes bewilligt sind. Ferner sei nochmals darauf hingewiesen, daß das rote Plakat von den Selben herausgegeben ist, um das Publikum zu täuschen. Alle Geschäfte, in denen ein solch rotes Plakat aushängt, unterstempelt vom Polizeipräsidenten, sind boykottiert.

In der heutigen Nummer des „Vorwärts“ erscheint wiederum die Liste der Fleischereimester, die bewilligt haben, und erlauben wir die Partei- und Gewerkschaftsangehörigen, ihre Frauen darauf aufmerksam zu machen.

Der Fleischereimester D. Würfel, Prinz-Handjery-Str. 65, weigert sich noch immer, den Tarif anzuerkennen. Ehe er seinen „Herr-im-Damne-Standpunkt“ aufgibt, verzichtet er lieber auf die organisierte Arbeiterschaft als Kunde; er braucht deren Geld nicht.

Zentralverband der Fleischer.
Berlin, Elisabethstr. 11. Telefon Köpenickstadt 8024.

Deutsches Reich.

Das Verbandsorgan des Bauarbeiterverbandes erscheint mit der neuesten Nummer in einer Auflage von 350 000 Exemplaren. Das bedeutet gegen den Schluß des letzten Jahres eine Auflagesteigerung um 36 000. Die Nummer 52 des Vorjahres erschien in 313 400 Exemplaren. Dann schnellte die Auflage durch das Hinzutreten der Stäbcheneinrichtung um reichlich 12 000 in die Höhe. Aber schon die nächsten Wochen brachten eine starke Verminderung der Auflageziffer, die üblichen Verluste im Winter. Von da an ging es schnell vorwärts. Fast jede Woche brachte eine Steigerung um mehr als 1000, einige Wochen sogar um mehr als 2000. In diesem Wochen der Auflageziffer brüht sich ein entsprechendes Wachstum der Mitgliederzahl aus, deren Höhe auf 335 000 geschätzt werden kann.

Das verzweigte Trinkwasser!

Durch das geradezu unglaubliche Verhalten der Betriebsleitung der Hofmann-Vinkelers Maschinen- und Waggonbauanstalt in Dresden wurden 120 Schmiede zur Arbeitsüberlegung gezwungen. Die Schmiedeverkettung, in der ständig 50 Feuer brennen, ist sehr eng und hat keine Trinkwasseranlage, was bei der tropischen Hitze von den Arbeitern, namentlich zur Sommerzeit immer sehr vermisst wurde. Aber die Schmiede verschafften sich das Trinkwasser aus dem nahen Verwaltungsgebäude, was immer ohne Widerspruch betreten werden konnte. Vor etwa 14 Tagen erjuden die Schmiede neben der Ver-

seitung verschiedener Mischstände auch noch um die Beschaffung von Trinkwasser. Eine Antwort auf die gewiß sehr berechtigten Mischstände zu geben, hielt die Direktion nicht für notwendig. Im Gegenteil, sie verbot den Arbeitern das fernere Betreten des Verwaltungsgebäudes zwecks Wasserholens. Als am Freitag fünf Kollegen infolge der Hitze und dem Mangel an Trinkwasser ohnmächtig zusammenbrachen, machten die Schmiede insgesamt Feierabend, weil sie ohne Wasser nicht weiter arbeiten konnten, ohne sich der Gefahr des Schlaftrudens auszusetzen. Am Sonnabend früh fanden sich alle wieder vollzählig zur Arbeit ein. Als ihnen aber das Trinkwasser von neuem verweigert wurde und der leitende Betriebsingenieur in nicht mißzuverstehender Weise bekannt gab, daß auf die Tätigkeit der Schmiede verzichtet wird und Trinkwasser nicht besorgt wird, legten alle einmütig die Arbeit nieder. Freie Gewerkschaften, Hirsch-Dundersche, Christliche und Vaterländische verließen einmütig die Fabrik. Keiner einziger blieb. Zu erwähnen ist noch, daß die Vinkelers-Hofmann-Aktiengesellschaft, die ihren Schmieden das in der jetzigen Jahreszeit unbedingt notwendige Trinkwasser vorenthält, alljährlich Millionengewinne einheimt und ihren Aktionären Entbehrungslöhne bis zur Höhe von 35 Proz. bezahlt.

Einen prächtigen Erfolg erzielten auf dem Wege der Vereinbarung die Arbeiter in den Breslauer Siebereien. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde auf 55 Stunden vermindert; Ueberstunden werden mit 25 Proz., Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Aufschlag bezahlt und der Lohn im allgemeinen erhöht. Der Akkordlohn ist dem Arbeiter sofort mitzuteilen, Fehlschuß wird mit dem Stundenlohn entschädigt. Auch sonst sind noch eine Reihe anderer Forderungen bewilligt worden. Dem Wunsch der Metallindustriellen, von Firma zu Firma zu verhandeln, kam der Metallarbeiterverband nach.

Eine Massenkundgebung der Augsburger Textilarbeiter.

Wie schon gemeldet, haben die Textilarbeiter Augsburgs geschlossen, Lohnforderungen durch die Organisationen, den Textilarbeiterverband, Christlicher Textilarbeiterverband und Hirsch-Dunderscher Gewerbeverein in der Textilunternehmer zu unterbreiten. Die vom Verband süddeutscher Textilarbeitgeber eingelaufene Antwort ist eine glatte Ablehnung der gestellten Forderungen, wobei sich die Unternehmer auf den Standpunkt stellen, mit den Organisationen überhaupt nicht zu verhandeln.

In einer am Sonntagmorgen unter freiem Himmel abgehaltenen Versammlung nahmen die Textilarbeiter Stellung zu der Antwort der Textilindustriellen. Die Versammlung wies einen riesenhaften Besuch auf, über 20 000 Personen hatten sich auf dem Versammlungsplatz eingefunden, auf dem von sechs Tribünen gesprochen wurde. Die Demonstrationsversammlung endete mit der einstimmigen Annahme einer Resolution, in der die gestellten Forderungen aufrecht erhalten werden und die drei Organisationen beauftragt werden, in den nächsten Tagen gemeinsam Fabrikversammlungen abzuhalten und durch Kommissionen den einzelnen Firmen die Forderung der Arbeiter erneut vorzulegen.

Diese Massenkundgebung der Augsburger Textilarbeiter macht auf weite Kreise der Bevölkerung tiefen Eindruck.

Ausland.

Die Doharbeiter in Calais sind nun ebenfalls in den Ausstand getreten, nachdem der Streik der Seeleute, der mit der Wiederlegung der Arbeit auf der „La France“ begann, ziemlich allgemein geworden ist. Die Dohar verlangen Anerkennung der Organisation.

Die Bierbrauer in Riga sind in den Ausstand getreten.

Der finnische Gewerkschaftskongress.

Im „Vollshäus“ zu Helsingfors tagte vom 20. bis 28. Mai der Kongress der Landesorganisation der Gewerkschaften Finnlands. Die Landesorganisation, die Zentrale der finnischen Gewerkschaftsbewegung, zählte bereits vor einigen Jahren rund 25 000 Mitglieder in den angeschlossenen Verbänden. Jetzt sind es ungefähr 28 000 Mitglieder. Die verhältnismäßig große Freiheit, der das finnische Volk sich nach den Ereignissen von 1905 zeitweilig erkrienen konnte, hatte auch einen starken Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung zur Folge. Aber die russische Knechtenschaft gewann wieder die Oberhand, dazu kamen schwere und opferreiche Kämpfe mit dem Unternehmertum, die in der Zeit wirtschaftlichen Niederganges nicht zu dem gewünschten Erfolg führen konnten, und das alles trug dazu bei, daß ein Rückgang in der Gewerkschaftsbewegung eintrat. Gegenwärtig macht sich jedoch schon wieder ein Aufstieg bemerkbar, obwohl die gesamte Arbeiterbewegung mit einem ungeheuerlichen System der Unterdrückung und Verfolgung zu kämpfen hat.

An dem Kongress nahmen 185 Delegierte teil, und außerdem waren Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen von Schweden, Norwegen und Dänemark erschienen. Aus dem Vorstandsbericht war zu entnehmen, daß die angeschlossenen Gewerkschaften im Jahre 1911 im ganzen 517 279,56 finnische Mark (1 finn. Mark = 0,81 M.) Einnahmen hatten, denen 621 071,81 Mark Ausgaben gegenüberstehen. Von den Ausgaben kommen 368 568 M. auf Streikunterstützung. Die Landesorganisation der Gewerkschaften unterstützte die Lohnkämpfe des vergangenen Jahres mit 120 000 M. Der größte Kampf war der der Buchdrucker. Er erforderte allein 350 000 M. an Unterstützung, und davon wurden 89 240 M. durch die Landesorganisation aufgebracht, 128 422 M. kamen vom Auslande und das übrige wurde durch den Typographenverband selbst gedeckt. Arbeitslosenunterstützung wird nur in fünf Verbänden gezahlt und sie machte im Jahre 1911 61 048 Mark aus.

Die Landesorganisation veranstaltet gemeinsam mit der Partei unter anderem auch sozialistische Vortragskurse. Ein solcher Kursus wird alljährlich abgehalten, und dazu kommen Arbeiter aus dem ganzen Lande nach der Hauptstadt. Im letzten Jahre war die Zahl der Teilnehmer 58. Die Kosten werden von der Partei und den Gewerkschaften gemeinsam gedeckt, so daß den Teilnehmern keine Unkosten erwachsen.

Der Geschäfts- und Rechenschaftsbericht wurde vom Kongress einstimmig gutgeheißen. Man beschäftigte sich ferner mit verschiedenen Anträgen auf Umgestaltung der Organisationsform. Teils gingen diese Vorschläge darauf aus, die Berufsverbände als solche aufzuheben und statt dessen gemeinsame Ortsabteilungen zu bilden, die sich direkt der Landesorganisation anschließen sollten; teils wollte man statt der kleinen Berufsverbände nur noch allgemeine Industrieverbände haben. Dieser Gedanke fand am meisten Anhang, und es wurde eine Resolution angenommen, durch die die naheverwandten Berufe aufgeföhrt werden, sich zu größeren Verbänden zusammenzuschließen. Im übrigen aber wählte der Kongress eine Kommission von 7 Mitgliedern, die bis zum nächsten Kongress die Frage der Organisationsform prüfen und Vorschläge dazu ausarbeiten soll.

Ferner wurde die Agitation gründlich besprochen und Beschluß gefaßt, vier besoldete Agitatoren, unter ihnen auch eine Frau, anzustellen; bisher hatte die Landesorganisation nur einen Mann, der als besoldeter Agitator für die gesamte Gewerkschaftsbewegung tätig war. Die Agitatoren der Landesorganisation sollen zugleich auch für die sozialdemokratische Jugendbewegung tätig sein, die ihrerseits die Gewerkschafts- wie die politische Bewegung lebhafte unterstützt. Sodann nahm der Kongress einen Antrag an, der besagt, daß alle Gewerkschaften der Landesorganisation angeschlossene sein sollen, wenn sie nicht als solche betrachtet werden wollen, die nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. — Von einer skandinavischen Arbeiterkonferenz, die vor einiger Zeit in Göttingen stattgefunden hat, lagen Vorschläge zu einem stärkeren Zusammenarbeiten der Gewerkschaften Skandinaviens vor, die übrigens auch noch den Anfang September in Stockholm abzuhaltenen skandinavischen Arbeiterkongress beschäftigen werden.

Der Gewerkschaftskongress gab diesen Vorschlägen seine Zustimmung. — Ein Antrag, wonach keiner Mitglied einer Gewerkschaft werden sollte, ohne zugleich organisierter Sozialdemokrat zu sein, wurde den einzelnen Verbänden zur Entscheidung überwiesen. Man beschäftigte sich auch mit der Frage der Gründung einer gemeinsamen Arbeitslosenliste für alle angeschlossenen Verbände und wählte ein Komitee, das bis zum nächsten Kongress Vorschläge zu einer solchen Einrichtung auszuarbeiten soll.

Die ordentlichen Verwaltungsbeiträge zur Landesorganisation wurden von 40 und 20 penni auf 25 penni pro Mitglied erhöht. Außerdem wurde ein Beschluß gefaßt, der dem Landessekretariat das Recht der Ausschreibung von Extrabeiträgen gibt, wodurch eine festere Form für die Unterstützung bei größeren Lohnkämpfen geschaffen wird. — Als Vorhändler der Landesorganisation wurde Oskari Tokoi gewählt — merkwürdigerweise ein Parteigenosse, der Kleinbauer ist und keiner Gewerkschaft angehört. Er gilt aber als eine außerordentlich tüchtige Kraft.

Aus der Frauenbewegung.

Neue internationale Arbeiterinnenchutzgesetze.

Auch im Jahre 1911 hat die Arbeiterschutzgesetzgebung nicht vollständig still gestanden, wenn auch in den einzelnen Staaten es immer schwieriger wird, größere Vorteile für die Arbeiter dadurch zu gewinnen. Der Widerstand und der Einfluß der Unternehmer werden immer größer, und die Regierungen werden durch die Steuerpolitik immer abhängiger von den großen Geldmagnaten, so daß nur spärliche Tropfen für die Arbeiter an neuen Gesetzen zu haben sind. Für die Frauen und Kinder ist noch hier und da ein erweiterter Schutz zu erlangen. In Portugal wurde im vergangenen Jahre endlich das Verbot der Frauenarbeit gesetzlich erlangt. Das neue Fabrikgesetz in Japan zeigt die große Rückständigkeit der dortigen Verhältnisse. Es sieht für die Frauen und die jugendlichen Knaben unter 15 Jahren den 12stündigen Arbeitstag vor. Man höre und staune: 15jährige Kinder sollen 12 volle Stunden arbeiten, und dabei darf der Minister des Innern noch die ersten vier Jahre die tägliche Arbeitszeit auf 14 Stunden erhöhen, wenn die Unternehmer darum nachsuchen. Kinder und Frauen sollen in der Zeit von 10 Uhr abends bis 4 Uhr früh nicht beschäftigt werden. Das Gesetz sieht auch die Einführung von Fabrikinspektoren vor.

Im selben Jahre wurde in Britisch-Indien gleichfalls ein neues Fabrikgesetz durchberaten und angenommen, das in einzelnen Teilen einen bedeutenden Fortschritt nicht nur gegenüber dem japanischen, sondern auch gegen viele der europäischen Staaten. Kinder zwischen 9 bis 14 Jahren dürfen nur auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses beschäftigt werden. Die jungen Arbeiter werden in den Textilfabriken nur 6 Stunden täglich arbeiten dürfen, in den anderen Betrieben nur 7 Stunden. In den Textilfabriken dürfen Frauen und Männer noch 12 Stunden arbeiten, aber in den anderen Fabriken ist der Elftundentag eingeführt. Die Nachtarbeit und die Sonntagsarbeit sind vollständig verboten.

In Holland dürfen Kinder nach dem neuen Gesetz über die Verwendung von Frauen, Jugendlichen und Kindern nicht unter 13 Jahren beschäftigt werden. Die Jugendlichen beiderlei Geschlechts haben einen Normalarbeitstag von zehn Stunden erhalten. Sie dürfen in der Zeit vor 6 Uhr früh und nach 7 Uhr abends nicht verwendet werden. Weibliche Personen, die Haushaltspflichten zu verrichten haben, dürfen Sonnabends um 1 Uhr mittags nach Hause gehen. An Sonntagen und sonstigen Ruhetagen dürfen jugendliche Arbeiter und Frauen nicht beschäftigt werden, ebenso darf die Nachtarbeit nur ausnahmsweise gestattet werden. Den jugendlichen Arbeitern muß von 5 Uhr ab der Besuch von Schulen oder Religionsunterricht erlaubt werden, damit sie ihre Ausbildung vollenden können.

Letzte Nachrichten.

Die erprekte Wehrvorlage.

Wien, 11. Juni. (B. Z. B.) Der Wehrausschuß nahm die Paragrafen 1 bis 7 der Wehrvorlage in der Fassung, in der sie von dem ungarischen Abgeordnetenhaus beschlossen worden ist, an.

Entlassung der belgischen Reservisten.

Brüssel, 11. Juni. (B. Z. B.) Die aus Anlaß der Wahlen zum Parlament einberufenen drei Reservistenjahrgänge sind heute entlassen worden.

Um die Verkaufspreise zu heben.

Wrag, 11. Juni. (B. Z. B.) In den Glaspflegeereien im Bezirk Cablong und Semil sind 3000 Arbeiter in den Streik getreten, um durch eine Unterbrechung der Produktion die Vorräte zu erschöpfen und die unrentablen Preise und somit auch die Löhne aufzubessern.

Der französische Seemannsstreik.

Paris, 11. Juni. (B. Z. B.) Aus Vrest wird gemeldet, daß die Mannschaften der dortigen Schiffsgesellschaft in den A u s t a n d getreten sind, so daß vier Kauffahrtsdampfer nicht abgehen konnten. Die eingeschriebenen Seeleute in Marseille beschlossen, in den Streik zu treten, falls die Regierung die Ausständigen durch Matrosen der Kriegsmarine ersetzen sollte.

Beim Streik geht alles.

Kristiania, 11. Juni. (B. Z. B.) Die Regierung schlägt eine Abänderung des Maschinenengesetzes in der Weise vor, daß der König ermächtigt wird, unter außerordentlichen Umständen, beispielsweise während eines Streiks, die Bedienung der Maschinen anderen Personen als geprüften Maschinenisten zu gestatten.

Ein Schutzmännchen.

Deffau, 11. Juni. (B. Z.) Heute wurde der Schuhmann Max Steuer aus Jersb von der hiesigen Strafkammer wegen schuldigen Falles zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er hatte vor dem Schöffengericht in einem Schlägereiprozess falsche Aussagen gemacht. Als er nach der Verhandlung in seine Zelle geführt wurde, schoß er sich aus einem bisher verdeckt gehaltenen Revolver eine Kugel in die Schläfe. Lebensgefährlich verletzt wurde er in das Krankenhaus gebracht.

Die Autorajerei.

Wagrenth, 11. Juni. (B. Z.) Ein schwerer Autounfall hat sich heute vormittag bei Grefees ereignet. Als hier ein Automobil an einem anderen vorbeifahren wollte, fuhr es so heftig gegen einen Baum, daß die Insassen herausgeschleudert wurden. Der Benzinhälter explodierte und im Au stand der Wagen in hellen Flammen. Der Besitzer des Wagens, Sandler aus Reimbach, wurde mit schweren Verletzungen nach Hause gebracht. Sein Proturist, Müller, hat so schwere Verletzungen davongetragen, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Vorlage betreffend Aenderung des Organisationsstatuts.

§§ 1-4 unverändert.

Gliederung.

§ 5. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen.

Berichterstattung.

§ 6 unverändert.

Parteitag.

§ 7. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt: 1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen.

2. Eine Vertretung der Reichstagsfraktion bis zu einem Drittel ihrer Mitgliederzahl.

3. Die Mitglieder des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission.

4. Die vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

§ 8. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Anwesenden erforderlich.

§ 9. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der vom Parteivorstande einberufen ist.

Der vorübergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, seine Bestimmung getroffen, oder kann in dem vom Parteitag bestimmten Ort der Parteitag nicht tagen, so hat der Parteivorstand gemeinsam mit dem Parteiausschuss den Ort zu bestimmen.

§ 10. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vorher mit der vorläufigen Tagesordnung im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden.

§ 11. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören: 1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.

2. Die Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.

3. Die Wahl des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission.

4. Die Beschlusfassung über die Parteioorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.

5. Die Beschlusfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 12. Ein außerordentlicher Parteitag ist einberufen: 1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes;

2. auf einstimmigen Beschluß des Parteiausschusses;

3. auf einstimmig gestellten Antrag der Kontrollkommission;

4. auf Antrag von mindestens 10 Vorständen der Bezirks- oder Landesorganisationen.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2, 3 oder 4 gestellten Antrage stattzugeben, ist der Parteitag von den Antragstellern zu berufen.

§ 13. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vorher im Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung veröffentlicht werden.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage. (§§ 7 und 8.)

Parteivorstand.

§ 14. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, dem Schriftführer, unter denen sich eine Genossin befinden muß, und zwei Beisitzern.

Die Wahl des Vorsitzenden, des Kassierers und der Schriftführer erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf die die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Die Wahl der zwei Beisitzer erfolgt durch den Parteiausschuss. Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstitution vorzunehmen und sie im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen.

§ 15. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes vorzeitig aus, so hat der Parteiausschuss eine Ersatzwahl vorzunehmen.

§ 16. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Vergütung beziehen, deren Höhe durch den Parteitag festgesetzt wird.

§ 17. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand, der Parteiausschuss oder die Kontrollkommission können durch feierliche Rechtsgefässe die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstande, dem Parteiausschuss oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

§ 18. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteiermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 19. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteioorgane.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen der Organisation eines Wahlkreises und dem Bezirksverband oder der Landesorganisation ergeben.

Anm.: Zeitiger Wf. 5 des § 19 fällt weg.

Parteiausschuss.

§ 20. Der Parteiausschuss besteht aus 32 Mitgliedern, die vom Parteitag gewählt werden. Die Mitglieder sind den einzelnen Landesstellen zu entnehmen. Zu diesem Zwecke beschließt der Parteitag eine Wahlbezirkseinteilung und eine Wahlordnung.

§ 21. Der Parteiausschuss entscheidet gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteieinrichtungen, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten, sowie über die Festsetzung der Tagesordnung des Parteitages und die Bestellung der Referenten.

§ 22. Regelmäßig alle Vierteljahre ist der Parteiausschuss vom Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung zu einer Sitzung zu berufen. Wenn notwendig, sind auch außerordentliche Sitzungen einberufen. Das muß geschehen, wenn ein Drittel der Ausschussmitglieder unter Angabe der Gründe es beantragen. Weigert sich der Parteivorstand, eine ordnungsmäßig beantragte Sitzung zu berufen, dann kann sie durch die Antragsteller einberufen werden.

Die Einberufung des Parteiausschusses soll in der Regel mindestens fünf Tage vor den Sitzungstagen erfolgen.

Kontrollkommission.

§ 23. Der Parteitag wählt eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern, die die Verwaltung des Parteivorstandes kontrolliert und über Beschwerden entscheidet, die gegen den Parteivorstand aus seiner Tätigkeit nach §§ 17 und 19 des Statuts erhoben werden.

Die Wahl erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden. Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 24. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts“, Berliner Volksblatt.

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an herortragender Stelle des redaktionellen Teils zu veröffentlichen.

§ 25. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Prekominmission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Prekominmission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Prekominmission entscheiden der Parteiausschuss, der Parteivorstand und die Prekominmission in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

Ausschluß.

§ 26-29 unverändert (früher §§ 23-26).

§ 30. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen den Parteiausschuss, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Wiederaufnahme.

§ 31 und 32 unverändert (früher §§ 28 und 29).

§ 33. Die neuen Bestimmungen dieses Statuts treten am Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Wahlordnung.

Den Wahlmodus, nach welchem die dem Parteitag für den Parteiausschuss vorgeschlagenen Genossen gewählt werden, bestimmen die Bezirks- bezw. Landesverbände im Einverständnis mit den Wahlkreisorganisationen ihres Bezirkes. Sie leiten auch die Wahl.

Können sich mehrere Agitationsbezirke, die zu einem Wahlbezirk gehören, nicht über einen einheitlichen Wahlmodus einigen, so entscheidet der Parteivorstand über den Wahlmodus dieses Bezirkes.

Die Wahlbezirke, die mehr als ein Mitglied zu wählen haben, sollen möglichst aus eine Genossin als Mitglied wählen. Das Ergebnis der Wahl ist dem Parteivorstand vor dem Parteitag schriftlich mitzuteilen.

Nach § 20 des Organisationsstatuts werden Wahlkörper gebildet wie folgt:

Table with 2 columns: Region and Number of Members. Includes entries like Ostpreußen und Westpreußen (1 Mitglied), Pommern und Posen (1), Groß-Berlin (3), Brandenburg (1), Breslau, Kattowig, Görtz und Langenbielau (1), Magdeburg (1), Halle (1), Erfurt und Kassel (1), Frankfurt (1), Thüringen u. H. Alenburger, Gotha, Meiningen (1), Schleswig-Holstein (1), Hannover (1), Westf. und Westfalen (1), Oberrhein und Saargebiet (1), Niederrhein (1), Südbayern (1), Nordbayern (1), Wialz (1), Dresden (1), Leipzig (1), Chemnitz und Zwickau (1), Württemberg (1), Baden (1), Hessen (1), Westfalen und Südb. (1), Braunschweig und Anhalt (1), Nordwest und Oldenburg (1), Hamburg (2), Elbisch-Lothringen (1).

Bemerkungen zu den vorgeschlagenen Aenderungen des Organisationsstatuts.

Der Jenaer Parteitag nahm im vorigen Jahre einen Antrag 73 Auer-Duard an, der in seinem zweiten Teile wie folgt lautet:

„Der Parteitag beschließt: Zweck Beratung einer Reorganisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission unter Zuziehung des Parteivorstandes eine Zweipersonige Kommission zu wählen, die dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten hat.“

Die Kommission wurde auf Parteitagsbeschluss auf 22 Mitglieder erhöht und Genosse Dieck, der Vorsitzende des Parteitages, hat nach Annahme des Antrages festgestellt, daß die Kommission das Organisationsstatut auch auf die Notwendigkeit sonstiger Aenderungen zu prüfen habe. Die Kommission tagte am 13. und 14. Mai dieses Jahres in Berlin. Die von der Kommission beschlossenen Aenderungen des Organisationsstatuts sind in dem vorstehend wiedergegebenen Entwurfe festgedruckt. In der Kommission wurde der Wunsch geäußert, daß der Parteivorstand dem Entwurfe bei der Veröffentlichung eine kurze Begründung begeben möchte. Wir kommen diesem Wunsche hiermit nach, bemerken jedoch im voraus, daß an den meisten Paragraphen des Organisationsstatuts Aenderungen nicht vorgenommen wurden, da es sich im allgemeinen durchaus bewährt hat.

Die Kommission beschloß die erste Aenderung beim § 5. Der bisherige monatliche Mindestbeitrag für Männer von 30 Pf. wurde auf 40 Pf. monatlich bezw. 10 Pf. pro Woche, und der Beitrag der Genossinnen wurde von 15 auf 20 Pf. bezw. 5 Pf. wöchentlich erhöht. Eine solche Erhöhung war bereits auf dem Leipziger Parteitag von vielen Seiten lebhaft verlangt worden. Inzwischen haben die politischen Kämpfe an Intensität zugenommen, für die Wahlen werden von allen bürgerlichen Parteien immer größere Aufwendungen gemacht und die Aufgaben der Partei werden immer umfangreicher. Das hat in der Praxis dazu geführt, daß der 40-Pf.-Monats- bezw. 10-Pf.-Wochenbeitrag sich immer mehr durchgesetzt hat. Bereits im vorigen Jahre hatten 82 Kreise den 10-Pf.-Wochenbeitrag, 48 Kreise den 40-Pf.-Monatsbeitrag und 3 Kreise den 50-Pf.-Monatsbeitrag für männliche Mitglieder. Die Beitragserhöhung kann jetzt ohne Bedenken beschlossen werden, da der 10-Pf.-Wochenbeitrag selbst in vielen Gegenden mit gering entlohnter Arbeiterschaft durchgeführt worden ist, ohne daß die Organisation dadurch Mitglieder verlor.

Nach dem bisherigen § 7 ist die gesamte Reichstagsfraktion zur Teilnahme an dem Parteitag berechtigt und hat — abgesehen von den die Fraktion betreffenden Fragen — volles Stimmrecht. Die Fraktion hat seit den letzten Wahlen erfreulicherweise eine Stärke von 110 Mann. Die Kommission war der Meinung, daß es genüge, wenn die Fraktion auf dem Parteitag durch eine Delegation vertreten würde. Diese Aenderung wurde bei allen früheren Beratungen über das Organisationsstatut bereits diskutiert, als die Reichstagsfraktion noch wesentlich geringer an Zahl war. Da neben der Delegation der Fraktion, bis zu einem Drittel ihrer Stärke, eine Anzahl Abgeordnete in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Parteiausschusses anwesend sind, so wird auch nach der Aenderung des Statuts weit mehr als die Hälfte der Fraktion auf dem Parteitage vertreten sein.

Nach dem neuen § 14 soll die Vertreterin der Genossinnen in Zukunft als Sekretärin gewählt werden. Seit dem Nürnberger Parteitag sind die weiblichen Mitglieder im Parteivorstand durch eine Genossin vertreten, die als Beisitzerin gewählt wurde. Diese als Uebergangsbestimmung gedachte Form der Vertretung der Genossinnen im Parteivorstand kann jetzt geändert werden, nachdem sich die gemeinsame Organisation eingestellt hat.

Nach dem neuen § 20 soll ein Parteiausschuss eingesetzt werden. Diese Institution ist für die sozialdemokratische Partei neu. Die großen bürgerlichen Parteien haben seit langem unter verschiedenen Namen ähnliche Ausschüsse. Der Antrag 73 wurde in Jena damit begründet, daß die politischen Führer der einzelnen Landesstellen an der Leitung der Partei beteiligt werden müßten. Nach dem Vorschlag der Kommission sollen diese Genossen zu einem Zweipersonigen Ausschuss vereint werden, der alle Vierteljahre mindestens einmal zusammentritt. Die Beschlüsse des Parteiausschusses ergeben sich aus dem Wortlaut des Entwurfes. Die Zahl von 32 wurde festgesetzt, weil bei einer größeren Zahl die Parteileitung zu schwerfällig werden müßte. Die Ausschussmitglieder, die nicht nur eine beratende, sondern auch eine beschließende Stimme haben, sollen vom Parteitage gewählt werden, da sie ihm Rechenschaft abzulegen haben. Da die einzelnen Landesstellen durch Vertrauensleute im Parteiausschuss vertreten sein sollen, so hielt es die Kommission für zweckmäßig, diesen ein Vorschlagsrecht für die Wahl einzuräumen. Zu diesem Zweck müssen die Landesstellen in Wahlkörper eingeteilt werden. Die gegenwärtige Bezirkseinteilung konnte schon aus dem Grunde nicht glatt übernommen werden, weil wir jetzt 45 Bezirke haben. Bei der Abgrenzung der Wahlbezirke mußte darauf Rücksicht genommen werden, daß nicht nur die einzelnen Landesstellen soweit als möglich vertreten sind, sondern daß auch Bezirke mit sehr großer Mitgliederzahl eine entsprechende Vertretung erhalten.

Aus den 32 Wahlbezirken, die die Wahlordnung vorseht, soll dem Parteitag der Vorschlag zur Wahl des Parteiausschusses gemacht werden. Für die Wahl der Parteiausschuss-Mitglieder in den Wahlbezirken wurde es nicht für nötig erachtet, einen einheitlichen Modus festzusetzen, vielmehr soll, wie bei den Delegiertenwahlen zum Parteitag, den Organisations Spielraum gelassen werden. Die Wahl der Kandidaten für den Parteiausschuss kann auf den Bezirkstagen vorgenommen werden oder sie kann durch die Wahlkreisorganisationen des Wahlbezirks direkt im Wege der Urabstimmung oder auf den Generalversammlungen erfolgen.

Für den diesjährigen Parteitag sollen bereits Vorschläge gemacht werden, damit die Wahl der Parteiausschuss-Mitglieder auf dem Parteitage erfolgen kann für den Fall, daß der Parteitag die vorgeschlagenen Aenderungen beschließt.

Der Absatz 3 des bisherigen § 19 fällt weg. Die gutachtlichen Konferenzen der Bezirks- und Landesverbände sollen zur Beratung organisatorischer Fragen und geschäftlicher Angelegenheiten nach Bedarf auch weiterhin abgehalten werden, ebenso wie bisher schon Redakteurkonferenzen und Geschäftsführerkonferenzen stattfanden, ohne daß das ausdrücklich im Statut festgelegt ist.

Die Kontrollkommission bleibt nach dem Entwurfe erhalten als Instanz zur Kontrollierung der Verwaltung des Parteivorstandes und zur Entscheidung über Beschwerden gegen den Parteivorstand. Es erscheint bedenklich, diese Funktionen auf den Parteiausschuss zu übertragen, der in politischen Fragen kollegial mit dem Parteivorstand entscheidet.

Die Kommission wird vor dem Parteitag nochmals zusammentreten, nachdem der Entwurf in den Organisationen und in der Presse diskutiert ist und die Anträge zum Parteitag vorliegen.

Briefkasten der Redaktion.

6. 5. 1. Rein. 2. Ja, falls Bezeugen vorhanden sind.
 - 23. 6. 25. Derartige Erklärungen, ob schriftlich oder mündlich abgegeben, sind nicht rechtsverbindlich. - R. 23. 64. Ein Adoptionsvertrag vor einem Notar oder Gericht. Die Eltern des Kindes begn. der

Vormund müssen zustimmen. Wobaus Antrag an den Justizminister. -
 2. 26. 40. Die Frage ist zweifelhaft. Sie halten die Kürzung nach §§ 394, 400 des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht für zulässig. - R. X.
 für die zurückliegenden letzten vier Jahre und für die Zeit bis zum 30. Oktober 1916 kann der Anspruch noch geltend gemacht werden. -
 Hulmann 5. Nach Ablauf eines Jahres, gerechnet von dem Zeitpunkt,

zu dem die Unterföhung entzogen ist, erhebt die Frau in Berlin den Unterföhungsmochnig. - 168. Das ist möglich und zulässig. - G. C. 64.
 1. Es wird nur der Wert ersetzt, den die Sachen zur Zeit des Brand-
 schadens haben. 2. Ja, sofern derselbe zahlungsfähig ist. - G. 17. In
 30 Jahren. Ob die Beschlagnahme rechtswirksam ist oder nicht, läßt sich
 nur nach Kenntnis der Bolize jagen. - R. 2. 96. 1. Ja. 2. Rein. -

Ravon-Seife

ganz ohne Soda!!

eine neuartige Haushaltseife
 von
fabelhafter Waschkraft.

Stück 20 Pf.

Die Reinigungswirkung ist einfach fabelhaft. Selbst durch und durch verschmutzte Wäsche wird mit Ravon-Seife bei spielend leichter Arbeit wie neu. Empfindliche Stoffe wie Seide, Wolle, Spitzen, Gardinen usw. bleiben vollständig unverändert. **Kein Einlaufen! Kein Farbenverblässen!** Dabei billig: Bei richtiger Anwendung braucht man von Ravon-Seife **halb so viel** Seife wie sonst.

Die Ravon-Seife ist nach Zusammensetzung und Waschkraft die reinste und vollkommenste Hausseife, die die Seifen-Industrie je hervorgebracht hat.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Straßauer Viertel, Weg 336 II.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Mitglied **Robert Pelzer** Boghogener Str. 17, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofs in Friedrichshagen aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Wilmersdorf.
 Am 10. Juni ist unser Mitglied, der Mitglied **Heinrich Hämmerer** im Alter von 52 Jahren verstorben.
 Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes zu Wilmersdorf, Berliner Straße, aus statt.
 Der Vorstand.

Deutscher Buchbinder-Verband.
 (Zahlstelle Berlin.)
 Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege **Paul Reuschel** Neustädter, Rainiger Str. 7 nach längerem Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet Mittwoch, den 12. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Neustädter Friedhof, Mariendorfer Weg, statt.
 Zahlreiche Beteiligung erwartet
 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwiegermutter, Schwester und Tante **Anna Kokot** geb. Schulze am 9. Juni verstorben ist.
 Dies zeigen tiefbetört an
Albert Kokot nebst Kindern.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags 3 1/2 Uhr von der Halle des Friedhofs in Uhrenfelde aus statt. 35K

Für die zahlreiche Beteiligung und Krangspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters **Otto Peschke** sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Deutschen Bauarbeiterverband und dem Vorterrverein "Vogel" unseren aufrichtigsten Dank. 55a
Frau Ww. Peschke nebst Kindern.
 Lichtenberg, 11. Juni 1912.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Krangspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Anna Tansch** geb. Schmidt sage ich allen Verwandten und Bekannten sowie dem Oben und den Kollegen der Firma B. Duesl meinen herzlichsten Dank. 20545
 Der trauernde Gatte
Gustav Tansch,
 Rummelsburg, Kantstr. 11.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lagerarbeiter **August Rost** am 9. d. Mts. im Alter von 60 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Nordend aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die Bezirksverwaltung.

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Deutschen Drechsler K. H. 80
 Verwaltungsstelle Berlin B. Nachruf.
 Am 6. Juni verstarb unser Mitglied **Ernst Dix.**
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung erfolgte am 9. Juni in Weida.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Emma Kronfeldt** sagen wir allen Verwandten, Bekannten und Freunden, besonders dem Gesangsverein der Töpfer, dem Arbeiterverein Pantow und dem Geselligkeitsverein Garbella unseren tiefgefühltesten Dank.
 Pantow, 9. Juni 1912.
Otto Kronfeldt nebst Kindern.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
 I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemer Straße).
 II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
 Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schieler etc. v. einfachsten bis zum hocheleg. Genrez. Außerst niedrigen Preisen.
 Sonder-Abteilung: **Maßanfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

Wer **Kenner** ist, der **kaut** nur **G. Rokahrs**
Export-Kautabak
 Unübertroffen in Qualität. X Sparsam im Gebrauch.
 Hauptniederlage: Berlin C. 2, Klosterstraße 63. — Amt Kgst. 8498.

Zähne 1,50 M. 10 Jahre Garantie.
 Zahnarzt Wolf, Potsdamer Straße 55 (Hochbahnstation).



Servus mit Dosenöffner

Lubaszynski & Co.
Ueberall zu haben in großen Dosen à 20 Pf.
 Fabrikanten: Lubaszynski & Co., G. m. b. H., Berlin-Lichtenberg.



Westmann
 Mohrenstrasse 37a (nahe Jerusalemer Strasse)
 Grosse Frankfurter Strasse 115 (nahe Andreasstrasse)
 will die Bestände vom
Frühjahr und Sommer total räumen!
 Ohne Rücksicht auf früheren Preis: I II III IV
Kammgarnkostüme (darunter Modelle) 15 —, 25 —, 39 —, 50 —
Seidenmäntel 12 —, 18 —, 25 —, 40 —
Leinenkostüme 6 —, 10 —, 15 —, 24 —
Tüllmäntel 24 —, 33 —, 45 —, 58 —
Nur beste Konfektion, Stoffe und Zutaten.
Zurückgesetzte Konfektion Seiden-Jackets früher bis 65 —, jetzt 14 —
 Ulster früher bis 20 —, jetzt 8 —
 Kostüme früher bis 100 —, jetzt 17 —
 Röcke früher bis 28 —, jetzt 5 —
Verkauf tägl. 10-12 vorm. Sonntag geöffnet 8-10 vorm.

MOBEL-KREDIT
 bel
B. FEDER
 Mitglied der Tischler-Innung Mitglied der Tapetier-Innung
Brunnen-Strasse 1
Frankfurter Allee 89
Kottbuser Damm 103
 Spezialität:
Ein- u. Zweizimmer-Wohnungen
 in grosser Auswahl
 Herrenzimmer
 Speisezimmer
 Schlafzimmer
 Wohnzimmer
 Salons, Boudoirs
 in jeder Holz- und Stilart
Farbige Küchen
Balkon-Möbel
Korridor-Möbel
Patent-Möbel
 zu billigsten Preisen!
 Ständige Ausstellung
 ca. 40 kpl. Musterzimmer
 in 3 Riesen-Etagen:
Einzel- Möbel
 und Polsterwaren
 Teppiche, Läufer, Gardinen,
 Portieren, Tisch- u. Steppdecken
Anzahlung
 nach Uebereinkunft!

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“
 Berlin C. A. Gehrich, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
 W. G. Schmidt, Kirchhofstr. 14.
 O. R. Godebsch, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Koppens-
 kirche 82. R. Döngels, Gr. Frankfurter Str. 120.
 NO. 2. Juch, Immanuelstr. 12. J. Keul, Barnimstr. 42.
 N. E. Baumann, Reibensberger Str. 67. F. Trapp, Balkenstr. 6.
 Karl Ward, Greltenhagener Str. 27. J. Gönisch, Nazarethstr. 49.
 G. Vogel, Vorkingstr. 37. A. Tisch, Invalidenstr. 124.
 L. Dehann, Rubeplatzstr. 24.
 NW. Karl Anders, Salzweberstr. 8.
 SW. G. Werner, Oranienaufr 72. Daehn, Jagelberger Str. 27.
 S. St. Preis, Vringenstr. 31. F. Schwann, Kottbuser Damm 8.
 SO. Paul Böhm, Lauffer Platz 14/15. P. Horich, Engelafer 15.
 Adlershof. Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9.
 Baumschulenweg. G. Dornig, Marienbaderstr. 13, I.
 Borsigwalde. Paul Kienast, Kärlichstr. 10.
 Charlottenburg. Gustav Schwarberg, Eisenheimer Str. 1.
 Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18.
 Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
 Johannisthal. Pictide, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
 Karlshorst. Richard Käter, Ködelstr. 9, II.
 Köpenick. Emil Wöhler, Kleverstr. 6, Laden.
 Lichtenberg. Otto Seifert, Bartenbergstr. 1.
 Nieder-Schöneweide. Gehrt, Brieger Str. 6.
 Nowawes. Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
 Ober-Schöneweide. Alfred Waber, Wilhelmminenhofstr. 17 II.
 Pankow. Otto Rißmann, Köpenicker Str. 30.
 Reinickendorf. P. Gurich, Provinzstr. 56, Laden.
 Rixdorf. W. Sejurich, Redarstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50.
 C. Mohr, Steglitzstr. 28/29.
 Rummelsburg. H. Neicentrang, Alt-Borschagen 56.
 Schöneberg. Wilhelm Däumler, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
 Spandau. Köppen, Beclerstr. 64.
 Steglitz. G. Bernice, Wiesenstr. 5.
 Tempelhof. Joh. Krohn, Borussiastr. 62.
 Treptow. Robert Gramenz, Kiehlholzer 412, Laden.
 Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105. Schürer, König-Haussee 30a.
 Wilmersdorf. Paul Schuber, Büchelmannstr. 27.

Kufeke eine bewährte **Krankenkost** für Erwachsene bei Störungen der Verdauung, bei Schwäche u. Appetitlosigkeit.
Wo? ist der schönste Ausflugsort? Immer noch **Pichelswerder**, an der neuen **Geesthölze** beim **Alten Freund**.

Alleinverkauf für Berlin.

Puma-Stiefel

für Damen und Herren,
in neuesten Formen, auch
mit Doppelsohlen

**10⁵⁰
M.**

A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

3 Billigen Kürzchen-Tagen

Soweit Vorrat

Ein
grosser
Posten

Schürzen

Blusenschürzen, Hausschürzen schwarz o. farbig
Kinderschürzen weiss, farbig o. schwarz, verschiedene Grössen
Tändelschürzen farbig oder weiss, mit und ohne Träger

Stück

95

PL

Kleiderreformschürzen aus Gingham, reich garniert.....
Hausschürzen sehr weit, aus Gingham oder schwarz Panama, m. Volant u. Tasche
Blusen- o. Empireschürzen vorzügliche Stoffe, elegante Bortengarnierung.....
Weisse Servierschürzen mit Stickerei-Träger

Teeschürzen farbig, mit Träger, aus gemusterten Satin-Stoffen

Stück

1.25

Panama Hausschürzen schwarz, sehr weit, m. Volant u. Tasche
Wirtschafts-Schürzen sehr weit, aus Gingham

Prinzess-Teeschürzen aus weissem Batist, reich mit Stickerei-Einsatz garniert

Stück

1.45

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Welfenstraße 28, part.

Filiale Berlin.

Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787.

Donnerstag, den 13. Juni 1912, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Verfassungskämpfe. Referent: Genosse Ernst Däumig.
2. Antrag auf Anstellung eines vierten Filialbeamten. 3. Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert. 129/10

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Haut- u. Harn-
leiden, Ehrlich-Mata, Quecksilber-
schäd. Spezialärztliche Leitung.
Blutuntersuch., Fäden im Harn, etc.
Honorar mäss., Teilzahlung gestattet.
Dr. Homeyer & Co. (konz. Spez. Lab.)
Friedrichstr. 51.
geg. Panopt. Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Einsetzer!

Donnerstag, den 13. Juni, abends 8 Uhr:

Bezirks-Versammlungen:

1. Bezirk bei Merkowski, Andreasstr. 26.
 2. " " Gliesche, Kopenhagener Straße 74.
 4. " " Schenk, Neukölln, Rosenstr. 24.
 7. " " Thunack, Charlottenburg, Wielandstr. 4.
- Sonntagvormittag 9 Uhr:
6. " " Melzer, Wiesenstr. 29.

85/1

Die Ortsverwaltung.

Wanderer! Touristen!

Straube-Karten

Umgegend von Berlin

88 Qu.-Meil. u. Berlin 1 : 130 000
0,50 u. 1.- RM.
130 " " " " 1 : 130 000
1.- u. 1.50 RM.
500 " " " " 1 : 300 000
1.- u. 1.50 RM.

Spezialkarten

Bernau-Biesenthal, Buckow,
Eberswalde-Chorin, Freien-
walde u. Umg., Müritzt-See,
Oberspreewald, Oranienburg u.
Umg., Potsdam, Rheinsberg,
Rüdersdorf, Spandau-Tegel,
Spreewald, Strausberg-
Blumental u. a.

Straubes Märkisches Wanderbuch

(Ausflüge in die Mark Brandenburg)
76 Karten. 4 Teile je 1.- RM.
zusammen im Karton 3.- RM.

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstraße 69 (Laden).

Reparaturen. Spez.: Un- erlässlich saubere Reparatur für Schlier. Lodenbesserung, auf Wunsch auch solche, die dem alt-italienischen Zonen täuschend ähnlich ist. Wesent- liche Vorteile und eventuelle Ratenzahlung für Vormwärts- Abonnenten. Ungewöhnlich ehrende Anerkennungen.

Smil Toussaint.

Werkstätte für Kunstgegenbau
in Berlin C., Joachimstr. 11c.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den

Inferatenteil verantw.: Ed. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Steinarbeiter!

Sonntag, den 16. Juni, vormittags von 9 bis 11 Uhr,
in den Zahlstellen:

Allgemeine Kontrolle.

Zu derselben sind mitzubringen: Die Mitgliedsbücher, Statistiken
und Arbeitslosenfondskarten. — Wahlvereinsmitglieder bringen
außerdem ihre Wahlvereinsbücher und „Vorwärts“-leser die letzte
Ausgabe mit.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, sich der Kontrolle zu
unterziehen. — Agitiere jeder für vollzählige Beteiligung.
176/16*

Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Zigarren- W. Herbst
Fabriken
geg. 1892. Tel.: Moritzplatz 3873.
BERLIN SW., Ritterstr. 83
Erstklassige Ware. Zigarren-
händlern bestens empfohlen.
Tarifarbeit.

Fleischerboykott in Neukölln.

Folgende Fleischermeister haben die Forderungen der Ge-
fellen anerkannt und den Tarifvertrag unterzeichnet:

- Altestr. 12, R. Tröder
- Altestr. 43, Wöhner
- Berliner Str. 28, V. Lutzschel
- Bergstr. 59, A. Baum
- Bergstr. 84, D. Schulz
- Bodestr. 26, H. Dörr
- Boddinstr. 49, A. Paul
- Büchenerstr. 5, A. Ninger
- Gartner Str. 51, W. Kauerberger
- Denaustr. 7, R. Kalkner
- Donaustr. 15, G. Rubin
- Emser Str. 12, H. Bauer
- Emser Str. 21, D. Schmidt
- Emser Str. 29, A. Driß
- Emser Str. 40, Gleich
- Emser Str. 76, R. Kroll
- Emser Str. 111, A. Stod
- Offenstr. 74, G. Kmling
- Friedelstr. 46, D. Weiland
- Friedelstr. 51, D. Berthow
- Haltstr. 20, R. Schmidt
- Haltstr. 20, R. Niese
- Hargerstr. 118, D. Burt
- Herzbergstr. 23, G. Schilde
- Hörschstr. 19, B. Rademacher
- Hörschstr. 38, D. Seibert
- Hörschstr. 42, A. Kießmann
- Hermannstr. 46, B. Nibel
- Hermannstr. 114, E. Reußländer
- Hermannstr. 169, D. Verste
- Hermannstr. 210, Reußländer Fleisch-
zentrale
- Heidelberger Str. 80, H. Bolland
- Jägerstr. 7, G. Seibel
- Jägerstr. 59, R. Kuanif
- Juliusstr. 48, B. Wäde
- Johann-Hub-Str. 3, D. Rudolf
- Jonaststraße (Neue) 24, G. Färber
- Karlsgartenstr. 2, B. Nibel
- Karlsgartenstr. 16, G. Reuber
- Kottbuser Damm 12, F. Klein
- Knebedstr. 41, A. Barisch
- Knebedstr. 68/69, R. Tzape
- Knebedstr. 117, B. Hennig
- Knebedstr. 150, D. Loose
- Kaiser-Friedrich-Str. 7, J. Holz
- Kaiser-Friedrich-Str. 22, G. Dehrend
- Kaiser-Friedrich-Str. 73, E. Pascholdt
- Kaiser-Friedrich-Str. 76, S. Dürstel
- Kaiser-Friedrich-Str. 245, B. Kaminski
- Leffingstr. 18, Orzamba
- Leffingstr. 24, E. Sterner
- Leffingstr. 9, J. Albrecht
- Reinestr. 2, A. Ußmann
- Riemestr. 8, R. Lindner
- Rogalstr. 23, E. Krause
- Rogalstr. 31, R. Bauer
- Rogalstr. 40, D. König
- Rahlomer Str. 3, B. Kahn
- Rahmstr. 14/16, J. Blümlein
- Rahmstr. 8, D. Schlemmer
- Rahmstr. 47, D. Schulz
- Oferstr. 12, H. Prager
- Oferstr. 45, E. Uelert
- Bannierstr. 8, R. Bergfeld
- Bannierstr. 12, G. Schmiedel
- Bannierstr. 34, R. Kapusta
- Bring-Gandjerystr. 37, D. Friebe
- Richardstr. 31/32, F. Hindemann
- Richardstr. 61, D. Schönbrunn
- Reuterstr. 66, D. Deierich
- Selchower Str. 1, B. Fischer
- Selchower Str. 28, H. Müller
- Selchower Str. 35, J. Wolowicz
- Schönower Str. 16, H. Kroll
- Schubomastr. 42/44, V. Golle
- Schubomastr. 49, H. Dod
- Steinmeßstr. 28, F. Räte
- Steinmeßstr. 30, R. Klammer
- Steinmeßstr. 110, B. Schmel
- Thomaststr. 36, E. Flehmig (Wurf-
fabrik)
- Teufelstr. 13, E. Schlicht
- Teufelstr. 12, E. Anbel
- Teufelstr. 110, H. Eggelied
- Wartelstr. 7, B. Friedmann
- Wartelstr. 58, G. Solt
- Wartelstr. 70, R. Gerlach
- Wartelstr. 73, Th. Bahne
- Weichselstr. 31, G. Scherle
- Weichselstr. 49, F. Schmidt
- Weichselstr. 57, Rob. Kündt
- Weichselstr. 64, E. Komarski
- Weichselplatz 4, D. Burt
- Weichstr. 8, H. Ritsch
- Weichstr. 24, B. Honneberger
- Weichstr. 30, G. Knappe
- Weichstr. 51, F. Schilde
- Weichstr. 44, H. Winter
- Weichstr. 108, W. Meier
- Wiffmannstr. 1, G. Nibel
- Wiffmannstr. 54, B. Korke
- Wiffmannstr. 13, D. Kauschfeld
- Wiffmannstr. 23, H. Kaller
- Wiffmannstr. 41, D. Hoffmann
- Wiffmannstr. 51, B. Heger

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin und
Umgebung und die Zentralleitung des Verbands sozialdemo-
kratischer Wahlvereine haben ihre Zustimmung zur Verhängung des
Boykotts gegen solche Fleischermeister gegeben, welche die Forderungen der
Gefellen nicht anerkennen.

Arbeiter! Wirtbürger! Hausfrauen! Unterstützt daher die um eine ge-
regelte Arbeitszeit streikenden Fleischergesellen. Kauft eure Fleisch- und
Wurstwaren nur da, wo der Tarifvertrag unterschrieben ist!

292/4 Die Streikleitung. Berlin, Ollabethstr. 11.
Telephon: Amt Köpenick Nr. 3024.

Achter Verbandstag des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Breslau, 10. Juni 1912.

An den Verhandlungen nehmen 180 Delegierte, 10 Gewerkschaftsvertreter des Ausschusses, der Revisionskommission, der Reichssekretion der Straßenbahnen, sowie der Eisenbahnen teil. Für die Redaktion der Verbandszeitung der „Courier“ ist Dreher-Berlin anwesend. Nach Verlesen gefordert gehören 118 Delegierte den Transport-, 48 den Hafenarbeitern und 11 dem Seemannsberuf und 10 den Gruppen der verschiedenen Verkehrsgewerke an.

Schumann gab den mündlichen Geschäftsbericht, in einer Zusammenfassung alles dessen, was in den vom Vorstand herausgegebenen Jahrbüchern niedergelegt ist, außerdem in Ergänzungen und kritischen Bemerkungen über das gesamte Verbandsleben. Der Vorstand hat in den Jahrbüchern besondere Rubriken für die einzelnen Berufe eingeführt, um allen Gruppen gerecht zu werden. Das ist in diesem Jahre insbesondere über die Verhältnisse der Wärenschniffer und der in der Geschäftsfahrt beschäftigten Kollegen geschehen, eine ausführliche Lohnstatistik über letztere solle im nächsten Jahrbuch erscheinen. — Die außerordentlich günstige Entwicklung des Verbandes führt Redner auf zwei Ursachen zurück: auf den Zusammenschluß der beteiligten Verbände und auf die günstige Geschäftskonjunktur. — Dazu wirkten noch die Maßnahmen der Agitation, die Steuererlässe, die Teuerung und weiter die Wahlbewegung. Im weiteren gab Redner Schilderungen der reichen Agitationsarbeit und des Einflusses aller Kräfte der im Dienste des Verbandes Arbeitenden. — Es fanden in der Berichtsperiode 624 Versammlungen statt; neben der mündlichen Agitation hat auch die schriftliche Agitation stark zugenommen. Es wurden 150 000 Flugblätter verbreitet, ferner circa 500 000 Agitationskarten, 55 000 Agitationsbroschüren und weiter noch eine recht erhebliche Zahl ansehnlicher kleiner Agitationsbroschüren. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben, der Verband kann jetzt über 200 000 Mitglieder aufweisen, das Ziel müßte jetzt das dritte Hunderttausend sein.

Es sind 1910/11 insgesamt 163 355 Neueintritte und Uebertritte erzielt. Die Aufnahmen und Uebertritte auf die einzelnen Berufsgruppen verteilt, ergeben für Arbeiter und Fuhrleute 82 065, für Hafenarbeiter 25 691, für Expeditionen verschiedener Art 24 505, für Hilfsarbeiter 24 201, für Hausdiener und Bader 19 001, für Wärenschniffer 15 817, für Seeleute 14 208, für Straßenbahnen 11 259 und für die übrigen Gruppen 912 000 Personen.

Vom 1. Januar bis zum 1. Juni d. J. ist ein Zuwachs von circa 17 000 zu verzeichnen. Nach der Berufszugangsbilanz von 1907 kommen 1 100 000 Berufszugangsbilanz in Frage, darin sind alle auf Eisenbahnen beschäftigten und die gelehrten Arbeiter des Handels, und Transportgewerbes nicht mit einhalten. Nach diesen Differenzen ergibt sich, daß am 1. Januar d. J. 18 Proz. Organisationsfähig im Verband organisiert waren. Die Zahl der Orte, in denen sich Verbandsmitgliedschaften befinden, ist von 622 auf 362 in die Höhe gegangen. Gleichen Schritt mit der numerischen Steigerung der Organisation hielt auch die Befundung ihrer finanziellen Basis. Die Durchschnittszahl der geleisteten Beiträge im Jahre 1911 betrug 44,2 gegen 42,9 im Jahre 1909. — Der Vorstand hat allen Anforderungen in bezug auf Abhaltung von besonderen Konferenzen nach Möglichkeit stattgegeben. Es haben Branchenkonferenzen für einzelne Berufe und Zusammenkünfte besonderer Art stattgefunden. — In der Frage der Grenzverhältnisse ist das Verhältnis zum Verbandsrat der Draisener daselbst geblieben. Neue Differenzen entstanden mit dem Verbandsrat der Gemeindefahrer der Straßenbahnen; zur Schlichtung wurde die Generalkommission angerufen, die zugunsten unseres Verbandes entschied, desgleichen in der Unstimmigkeit, die mit dem Verband der Draisenerangehörigen entstand. Um Differenzen zu vermeiden, sind mit dem gemeinlichen Bauarbeiterverband und mit dem Verband der Maschinisten und Heizer Kartellverträge abgeschlossen. In dem Verhältnis zur Internationalen Transportarbeiterorganisation hat sich in der letzten Geschäftsperiode nichts geändert.

Der Verband hat in den zwei Jahren 1774 Lohnkampfe mit 152 287 Beteiligten geführt. Die Unterdrückung dieser Kämpfe hat in den beiden Jahren 1 152 000 M. erfordert. Die zahlenmäßigen Erfolge der Bewegungen haben wir bereits im Vorbericht erläutert. — Das Unterdrückungswesen erforderte in der Berichtszeit 3 385 000 M., es hat sich als ein außerordentlich guter Mitt in der Organisation erwiesen. Redner erörterte dann die

Angelegenheit betreffs Schaffung eines eigenen Seims. Er empfiehlt, daß alle Mitglieder einen einmaligen Beitrag zur Anlage eines Hausbaufonds beisteuern sollen.

Dann gab der Kassierer Kahler den Kassenbericht, den wir hier übergehen können, da wir die wichtigsten Zahlen schon im Vorbericht gebracht haben. Für die Revisoren berichtete Streiter-Berlin. Er erklärte, daß der Kassierer seine Geschäftsführung in Ordnung hatte und stets seine Schuldigkeit getan habe. Den Ausschlußbericht gibt Bude-Ragdeburg. Die vorgelegten Fälle betreffen interne Verbandsangelegenheiten, die für die Öffentlichkeit kein Interesse haben.

Die dann einsetzende Diskussion wurde, nachdem neun Redner gesprochen, vertagt.

Aus Industrie und Handel.

Die Reichsbank hat Dienstag ihren Wechselzinsfuß von 5 auf 4 1/2 Prozent herabgesetzt. Präsident Havenstein, der die Sitzung leitete, verlas zunächst den bekannten Ausweis der Reichsbank vom 7. d. Mts. und führte aus, daß der Status verhältnismäßig günstig sei. Allerdings sei die Belastung durch die Anlagen immer noch etwa um 100 Millionen Mark höher als im Vorjahre, es sei aber unbestreitbar, daß in der abgelaufenen Woche eine stärkere Abspannung als im Vorjahre sich vollzogen habe. Wenn man auch aus der Bewegung einer Woche noch keinen sicheren Schluß ziehen könne, so sei doch zu erkennen, daß Bestrebungen auf eine Kreditentspannung vorhanden seien. Notwendig sei, daß sie anhalten, besonders wenn man berücksichtige, daß der Geldmarkt nach wie vor stark angespannt sei, obgleich der Privatnachfrage in den letzten Tagen eine kleine Kränkung nach unten gezeigt habe. Eine starke Anspannung für den Ultimo sei vorauszusetzen.

Das Direktorium der Reichsbank habe aber geglaubt, nicht länger mit einer Herabsetzung des Diskonts hinhalten zu können und schlage eine Ermäßigung um 1/2 Proz. vor, auch der in Aussicht dem heimischen Wirtschaftsleben entgegenzunehmen. Es hege dabei die Hoffnung, daß die Banken auch fernerhin Zurückhaltung aben werden und daß es gelingen werde, nicht nur kurze Wochen, sondern bis zum Herbst mit dem 4 1/2-prozentigen Satz auszukommen.

Der Zentralauschuss nahm diese Ausführungen ohne Widerspruch entgegen und stimmte den Vorschlägen des Direktoriums zu.

Auswärtiger Handel.

In dem zweiten Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs wird der Spezialhandel des deutschen Wirtschaftsgebietes im Jahre 1911 unter Vergleichung mit den vier Vorjahren dargestellt.

Die Einfuhr hatte nach 1911 ohne Edelmetalle einen Wert von 9706 Millionen Mark (in den Vorjahren 1910 bis 1907 8834, 8627, 7697 und 8749 Millionen Mark). Gegen das Jahr 1910 hat die Einfuhr 772 Millionen Mark oder 8,6 v. H., gegen 1907 957 Millionen Mark oder 10,8 v. H. zugenommen. Der Wert der eingeführten Edelmetalle belief sich 1911 auf 301 Millionen Mark (gegen 376 Millionen Mark im Vorjahre und 334, 411 und 252 Millionen Mark in den Jahren 1909, 1908 und 1907); er ist hiernach nur gegenüber 1907 gestiegen.

Von den einzelnen Warengruppen nahmen „Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft und andere tierische und pflanzliche Naturerzeugnisse; Nahrungs- und Genussmittel“ im Jahre 1911 mit 6542 Millionen Mark 67 v. H. des gesamten Wareneinfuhrwertes (ohne Edelmetalle) in Anspruch. Es folgten „mineralische und fossile Rohstoffe; Mineralien“ mit 600 Millionen oder 9 v. H. des Gesamtwertes, tierische und pflanzliche Spinnstoffe und Waren daraus; Menschenhaare; zugerichtete Schmiedefedern, Fächer und Hüte“ mit 790 Millionen Mark oder 8 v. H., „unedle Metalle und Waren daraus“ mit 517 Millionen oder 5 v. H. sowie „chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, Farben und Farbstoffe“ mit 346 Millionen oder annähernd 4 v. H. des Gesamtwertes. Für die übrigen vierzehn Tarifabschnitte verbleiben hiernach nur noch 611 Millionen oder 6 bis 7 v. H. des Gesamtwertes der Einfuhr (ohne Edelmetalle).

Die Ausfuhr erreichte 1911 ohne Edelmetalle einen Wert von 6108 Millionen Mark, sonach erheblich weniger als die Einfuhr. Die Vorjahreswerte waren 7475, 6594, 6399 und 6846 (1907) Millionen Mark. Die Steigerung im Vergleiche mit 1910 belief sich auf 631 Millionen oder 8 v. H., in den Verhältnissen zum Jahre 1907 auf 1290 Millionen oder 18 v. H. Edelmetalle wurden im letzten Jahre für 118 Millionen Mark ausgeführt, in den Vorjahren

für 170, 265, 82 und 249 (1907) Millionen Mark. Der Absatz hiervon ist demnach seit 1909 dem Werte nach zurückgegangen und übertrifft im vergangenen Jahre nur noch denjenigen von 1908 um 36 Millionen Mark.

Von den einzelnen Tarifabschnitten wiesen „unedle Metalle und Waren daraus“ mit 1438 Millionen Mark den höchsten Ausfuhrwert auf. Annähernd hohe Verifizierung erreichten „Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft und andere tierische und pflanzliche Naturerzeugnisse; Nahrungs- und Genussmittel“ mit 1424 und „tierische und pflanzliche Spinnstoffe und Waren daraus; Menschenhaare; zugerichtete Schmiedefedern, Fächer und Hüte“ mit 1411 Millionen Mark. Zusammen brachten diese drei Abschnitte 53 v. H. des Gesamtwertes (ohne Edelmetalle) auf. Hiernächst sind „Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge“ mit 913 Millionen oder 11 v. H. des Gesamtwertes zu erwähnen, ferner noch „chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, Farben und Farbstoffe“ mit 756 oder 9 v. H. und „mineralische und fossile Rohstoffe; Mineralien“ mit 640 oder 8 v. H. Auf die verbleibenden dreizehn Tarifabschnitte entfielen 1524 Millionen Mark oder 19 v. H. des Gesamtwertes.

Soziales.

Vorbereitung zu einer Zentralisation der Berliner Krankenkassen?

Der Handelsminister und der Landwirtschaftsminister haben unter dem 8. Mai die Regierungspräsidenten und den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg ersucht, um einen Ueberblick über die künftige Organisation der Kassen zu gewinnen, schon jetzt mit den Arbeiten für die Durchführung der Krankenversicherung zu beginnen. Die Vorschläge sollen beim Ministerium bis zum 1. August eingehen. Im Anschluß an diesen Ministerialerlaß hat der Magistratskommissar für die Orts- und Betriebskrankenkassen und die Gewerbe- und Betriebskrankenkassen um eine zeitweilige noch unüberwindliche Aenderung darüber ersucht, ob die dortige Kassenvertretung im Hinblick auf § 240 der Reichsversicherungsordnung oder aus sonstigen Gründen beabsichtigt, die Auflösung der Kasse zu beschließen und alsdann ihre Vereinigung mit anderen bestehenden Ortskrankenkassen zu beantragen. Gleichzeitig wolle die Vertretung der Kasse mitteilen, ob Bereitwilligkeit zur Auflösung auch für den Fall besteht, daß der Gemeindeverband Berlin beschließen sollte, gemäß § 231 der Reichsversicherungsordnung eine allgemeine Ortskrankenkasse zu errichten und dadurch die allseitig für zweckmäßig erkannte Zentralisation des Krankensicherungswesens zu fördern, oder ob beabsichtigt wird, ohne Rücksicht auf eine Zusammenlegung die Zulassung der ... Krankenkasse der ... als besondere ... Krankenkasse gemäß Artikel 18 des Einführungsgesetzes zu beantragen. Auch die Beantwortung dieser Frage ist jetzt noch eine unüberwindliche.

Hoffentlich fördert die Umfrage eine allgemeine Zentralisation durch Zusammenlegung aller Krankenkassen zu einer einheitlichen Krankenkasse, zum mindesten aber die von der Zentralkommission der Krankenkassen mit Recht als schon jetzt durchführbar bezeichnete Zusammenlegung der vielen Krankenkassen zu vier bis acht nach großen Berufsgruppen gegliederten Kassen.

Ist Jahrgeld vom feuerpflichtigen Einkommen abzugsbar?

Nach § 81 des Einkommensteuergesetzes sind „die Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Ertrages“ — sogenannte Werbungskosten — von dem feuerpflichtigen Einkommen in Abzug zu bringen.

Bei den Steuerbehörden hat sich in neuerer Zeit eine Praxis ausgebildet, die den Begriff der „Werbungskosten“ so einengend auslegt, daß er für die Arbeiter und Angestellten kaum mehr zur Anwendung kommt.

In früheren Jahren wurde z. B. das Jahrgeld für die Fahrt zwischen Arbeitsstelle und Wohnung zutreffenderweise als Aufwendung zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Arbeitsverdienstes angesehen und vom Einkommen in Abzug gebracht. In den letzten Jahren wird dieser Abzug nur Arbeitern zugestanden, die infolge ihres Berufes gezwungen sind, die Arbeitsstelle häufig zu wechseln, wie z. B. Bauarbeiter. Die Anträge anderer Arbeiter- und Angestelltkategorien werden durchweg abgelehnt mit der Be-

gründung, daß das Jahrgeld für die Fahrt zwischen Arbeitsstelle und Wohnung zutreffenderweise als Aufwendung zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Arbeitsverdienstes angesehen und vom Einkommen in Abzug gebracht. In den letzten Jahren wird dieser Abzug nur Arbeitern zugestanden, die infolge ihres Berufes gezwungen sind, die Arbeitsstelle häufig zu wechseln, wie z. B. Bauarbeiter. Die Anträge anderer Arbeiter- und Angestelltkategorien werden durchweg abgelehnt mit der Begründung, daß das Jahrgeld für die Fahrt zwischen Arbeitsstelle und Wohnung zutreffenderweise als Aufwendung zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Arbeitsverdienstes angesehen und vom Einkommen in Abzug gebracht.

Notizen.

— Emil Rosenow's verbotenes Drama: „Die im Schatten leben“ ist jetzt auch separat erschienen (Verlag von Hermann Effen, Berlin). Vielen, denen die Gesamtausgabe zu teuer war, ist damit gedient.

— Der Verein deutscher Ingenieure beschloß auf der Hauptversammlung in Stuttgart eine Stiftung von 6000 M. für Schaller zum Besuch des Deutschen Museums in München und eine namhafte Geldunterstützung für das Unternehmen von illustrierten technischen Wörterbüchern in sechs Sprachen sowie einen jährlichen Beitrag von 10 000 M. zugunsten der deutschen Versuchsanstalt für Luftschiffahrt und Flugtechnik.

— Ein Denkmal für zwei Helden. Aus Paris wird der „Voss. Ztg.“ geschrieben: „Unter persönlicher Beteiligung des Ministerpräsidenten und des Finanzministers wird in dem kleinen Ort La Faloise ein bisher einzig dastehendes Denkmal errichtet werden, nämlich eine Gruppe für die beiden Streifenarbeiter Gras und Joy, die, um einen mitten im Gleiße von einem Schenklug überraschten Kameraden zu retten, hinzusprangen und mit ihm gleichzeitig von der Maschine zermalmt wurden. Dieses ist der erste Fall, daß der Opfermut zweier gewöhnlicher Tagelöhner durch ein Denkmal verehrt wird, das überlieferungsgemäß nur den Hauptdarstellern auf der Bühne der Weltgeschichte vorbehalten war.“

Welch eine kostbare Ironie für unsere Gesellschaft steckt in dieser harmlosen Mitteilung. Der Heldismus der Arbeit, die solidarische Hilfe der Arbeitsgenossen, täglich und stündlich geübt, hat bisher nie die (bürgerliche) Anerkennung und glorifizierung gefunden, die jeder ausstrahlenden Größe der Klassengesellschaft geboten wird!

— Ein neues Lebenselixier? Prof. Reichnikow, der sich viel mit der Frage beschäftigt, warum der Mensch so früh der Altersschwäche erliegt, glaubt einem Mittel auf der Spur zu sein, wie man das Leben verlängern kann. Nach seinen Forschungen wird der alternde Mensch durch eine bestimmte Darmflora vergiftet. Schädliche Darmbakterien produzieren Phenol und Indol, zwei Gifte, die Arterienverkalkung und Nierenleiden hervorrufen, typische Altersbeschwerden.

Die Bildung solcher Gifte will er nun durch eine Mikrobe (Glycofaktor) verhindern, die nach dem Tierexperiment im Stande sein soll, Zuckersäure in den Dickdarm zu führen. Auch die Bazillen der sauren Milch und des Poggurid sind nach Reichnikow geeignet, die schädlichen Darmansiedler zu verdrängen. Aber von dem Glycofaktor verspricht er sich noch viel mehr.

Kleines feuilleton.

Die Maler der Tagträume. Die Bilder der Futuristen, die kürzlich in Berlin gezeigt wurden, scheinen eine allgemeine Ablehnung gefunden zu haben. Damit ist natürlich diese Malerei nicht ein für allemal erledigt. Die Erfahrung lehrt uns, gegenüber neuen Kunsttendenzen vorsichtig zu sein, denn nicht zum ersten Male ist eine anfangs verkehrte neue Ausrichtung später tonangebend geworden. Aber ebenso wenig beweist nun die Tatsache der allgemeinen Ablehnung etwa die Unfähigkeit der Kritik — und die zu lästige Größe dieser Zukunftsmaler.

Zwischen wäre es interessant, den soziologischen (gesellschaftlichen) Ursachen nachzuforschen, aus denen diese scheinbar oder wirklich verirrte Malerei zu erklären wäre. Es kämen in Frage: Erschöpfung, oder Entartungserscheinungen bestimmter Gesellschaftsschichten; die Sucht nach unerhörtem Neuem, um sich durchzusetzen, oder auch um den Mangel an produktivem Können zu verdecken; die Auflösung aller Kunststile, weil die Kunst ihre natürlichen Funktionen in der kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr vollziehen kann usw.

Vergleichen Versuche liegen natürlich der künftigen Kunststille zu fern — und es sind deswegen auch keine erfolglos. Dagegen glaubt jetzt ein von A. Kerr entdecker Kunstforscher Max Dert im „Voss“ eine Art physiologische Erklärung der Futuristen gefunden zu haben. Sie würde, wenn sie richtig wäre, freilich auch erst der gesellschaftlichen Begegnung bedürfen, da die Menschen in ihrer Natur sich nicht plötzlich verändert haben.

Dert schreibt („Voss“ Nr. 29): „Einen großen Teil des Daseins verbringt man in Tagträumen“, indem man die Erinnerungsvorstellungen im Kopfe ihr eigen Spiel treiben läßt. Beweglich und ziemlich ungeordnet reißt sich Element an Element, und schließlich ohne feste Haltung aneinander. Diese seelische Verfassung nur zu molen, gibt allerdings einen Naturalismus, der noch über den Impressionismus hinausgeht. Dieser Naturalismus erst zieht die letzte Konsequenz, malt wirklich das menschliche Gehirn ab, in einer beliebigen Stunde des Daseins, ohne jede Veränderung, ohne jedes „Ordnen“ auf einen bestimmten Zweck hin. Und das gibt die Wehrzahl der Bilder der Futuristen: ungeordnete Erinnerungsvorstellungen irgendeines Erlebnisses, in jener „flüchtigen“ und losen Verbindung beibehalten, in der sie sich bei wirklich christlicher Selbstbeobachtung in uns vorfinden. — Die „Erinnerungen einer Nacht“ umfassen z. B. Reste von hundert Erlebnissen. Da finde ich beim Zurückdenken die Hand des Mädchens vor dem Champagnerglas am Tisch, den Saal der Tanzenden, den Kopf des Mädchens an saec, gleichzeitig im Profil, finde mich selber, wie ich Arm in Arm mit ihr den Ballsaal verläßt, finde die Erinnerungsbilder an die Drohke, an die aufgehende Sonne, an zwei lange Schattenmänner gegen diese Sonne. Und indem ich dies alles so male, wie es mir gerade in der Erinnerung aufsteigt, entsteht natürlich, ungezungen und wahrhaft ein Bild wie das von Raffaello.“

Der Futurist malt also Wachträume, Erinnerungsbilder ohne festen Blickpunkt. Dert Dert findet das als Konsequenz der impressionistischen Malerei ganz in der Ordnung und er will diese Maler deswegen auch nicht „Futuristmalen“ sondern „Wachtraum-perfektionisten“ (Vergangenheitsvollender) nennen. Und damit hat er, ohne es zu wissen, den rechten Ausgangspunkt gefunden: Die Futuristen fallen auf eine primitive Stufe der Kunst zurück. (Wie übrigens auch zum Teil die Gauguins und ihre Nachläufer.) Sie scheinen und daher durchaus ein Verfestigungsprodukt zu sein. Dert ist freilich auch gefasst, daß sie es zum Rang einer Modedunst immer noch bringen können.

Der Grabstein als Reklameschild. Von seltsamen Reklamehelden, die in ihrer Jagd nach Geld selbst vor der Friedhofsmauer nicht Halt machen, erzählt eine englische Zeitschrift einige eigenartige Beispiele. In England, insbesondere aber in Amerika, gibt es eine ganze Reihe von Grabsteinen, die mit unbedeutender Offenheit, zu geschäftlicher Reklame mißbraucht worden sind und noch heute den Besuchern jener Kirchhöfe von dem „smarten Geschäftsmann“ tieftrauernder Hinterbliebener erzählen. In einem englischen Provinzriedhof findet man so auf einem Grab die Inschrift: „Hier liegt ... der geliebte, selig entschlafene Gatte der Frau ... die jetzt sein Geschäft in Haushaltungsgeräten weiter führt und nur gute Waren liefert. Vorkauf.“ Noch schlauber war ein Hühnerhändler in einer der größten Städte des Staates Ohio. Dieser kühne Geschäftsmann kaufte zu Lebzeiten sein Grab, ließ einen prächtigen Grabstein setzen und jeder Vorübergehende konnte lesen: „Hier ruht John Emerson, der beste Dutmacher des Staates Ohio“. Mr. Emerson hatte anfangs einige Schwierigkeiten zu überwinden, ehe es ihm gelang, schon zu Lebzeiten von der Friedhofverwaltung die Erlaubnis zur Aufstellung dieses Grabsteines zu erlangen, aber er setzte seinen Willen durch. Die Angelegenheit erregte heftige Diskussion, die Reklame wirkte glänzend und er machte ein ausgezeichnetes Geschäft. Den Gipfel aber hat eine kanadische Firma erklommen, deren Begründer und Sentorkef vor Jahren starb. Wie trauernden Hinterbliebenen setzten ihm folgenden Grabstein: „Hier ruht Abraham Stokes, Begründer der Firma Stokes, Stokes u. Co., die seit vielen Jahren Pickles und eingemachtes Obst herstellt. Das beste von allem.“ Widweilen freilich lehnt die Friedhofverwaltung solche wenig pietätvollen Grabsteine ab.

Theater.

Münchener Theater. Das Münchener Künstler-Theater, das schon mit seiner Eröffnungsvorstellung „Circus“ das Publikum in einem Ausstellungsraum mit Farben- und Bildwandern „ungeworfen“ hatte, wie Rieysche es nennen würde, trieb in seiner zweiten Aufführung „Römert“, einem grotesken Trauerspiel aus Lausenz und einer Nacht, die koloristische Phantasie noch mehr in den Vordergrund. Die Farbengeber, der Maler Ernst Stern, der die Poetie des Orients in faszinierende „Augenlust“ umgesetzt hatte, und der Regisseur Alfred P. A. M., der sich in reizvoller Bewegungskunst auslebte, triumphierten über den eigentlichen Autor (einen Ung-

gründung, daß die Betroffenen aus Bequemlichkeitsrück- sichten Fahrgelegenheiten benutzen oder aus persönlichen Gründen so entfernt von der Arbeitsstelle wohnen, daß sie diese ohne Benutzung von Fahrgelegenheit nicht erreichen können.

Diese Entscheidungen der unteren Behörden werden leider durch das Oberverwaltungsgericht gestiftet. Aus neuerer Zeit liegt ein solches Urteil des Oberverwaltungsgerichts vor. — Ein Buch- druckereigehilfe, der, in einem Berliner Zeitungsbetrieb beschäftigt, in Lichtenberg wohnhaft ist, hatte Abzug des Fahrgebeldes beantragt. Mit der obigen Begründung hatten Veranlagungs- und Berufungs- kommission die Rechtsmittel zurückgewiesen, das Oberverwaltungs- gericht hat einen Verstoß gegen bestehendes Recht nicht für vor- liegend erachtet.

Bekanntlich liegen die Zeitungsbetriebe, überhaupt die Druck- reien fast durchweg im Innern der Stadt, genau so, wie sich andere Gewerbe- und Geschäftsbetriebe in bestimmten Stadtteilen, haupt- sächlich im Stadtmitteln konzentrieren, also in Stadtteilen, in denen es dem Arbeiter und Angestellten unmöglich ist, Wohnung zu nehmen. Soweit Wohnungen überhaupt noch vorhanden sind, sind die Mietpreise dafür für den Arbeiter und Angestellten un- erschwinglich. Diese beziehen daher Wohnungen an der Peripherie oder in Vororten nicht aus persönlichen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen. Für den oft stundenlangen Weg benutzt der Arbeiter die Fahrgelegenheit nicht aus Bequemlichkeitsrückichten, sondern weil es in einer Großstadt wie Berlin physisch rein unmöglich ist, die weiten Strecken zu Fuß zurückzulegen, weil die Dauer der Arbeitszeit und die Groß-Berliner Wohnungsverhältnisse ihn zur Benutzung der Fahrgelegenheit geradezu zwingen.

In früheren Jahren hat das Oberverwaltungsgericht wesentlich andere und richtigere Grundsätze aufgestellt. So heißt es in einer Entscheidung vom 13. Juni 1901 u. a.: „Die Auffassung, daß das Einkommen . . . unabhängig von den Fahrgebeldern bestünde und bezogen werde, ist nicht haltbar; denn wenn der Erwerbende sich nicht zu seiner Arbeitsstelle begibt, so verdient er auch nichts.“ An anderer Stelle: „Jeder Steuerpflichtige kann sich sein Leben einrichten und wohnen, wie und wo er will; wenn hierdurch die Bedingungen für die Benutzung einer bestimmten Ein- kommenquelle für ihn erschwert werden und Kosten erwachsen, die andernfalls vermieden werden könnten, so bleiben dies doch für ihn Ausgaben zur Erlangung des Ein- kommenz. So wenig ein Steuerpflichtiger die Verpflichtung hat, eine ihm zugängliche Einkommensquelle überhaupt zu benutzen, und wenn er das nicht tut, einen möglichen, wenn auch nicht bezogenen Gewinn zu versteuern, ebenso wenig kann verlangt oder davon aus- gegangen werden, daß der Steuerpflichtige bei der Benutzung einer bestimmten Einkommensquelle die hiermit für ihn verbundenen Aus- gaben vermeide oder beschränke. Die geltend gemachten Ausgaben entstehen nicht durch das Wohnen, sondern lediglich dadurch, daß er zur Erfüllung seiner Obliegenheiten fährt.“

Ferner sagt das Oberverwaltungsgericht im Urteil vom 20. No- vember 1902: „Ueberhaupt muß die Entscheidung darüber, welche wirtschaftlichen Einrichtungen seinen Erwerbverhältnissen am besten entsprechen, ausschließlich dem Steuerpflichtigen selbst überlassen bleiben.“

Diese Grundsätze sind so natürlich und selbstverständlich, daß eine andere Gesetzesauslegung gar nicht möglich erscheint. Wir er- warten, daß die Steuerbehörden zu diesen vernünftigen An- scheinungen zurückkehren.

Bei der Beratung der Einkommensteuergesetzesnovelle, die ja noch nicht verabschiedet ist, wird es Aufgabe unserer Genossen im Land- tage sein, auf eine klare Vorarbeit über die Berechtigung der Kürzung des Fahrgebeldes — ebenfalls über die Anrechnungsfähigkeit der Kosten für die notwendige Arbeitskleidung, die ebenfalls in der Regel verweigert wird, zu dringen.

Gerichts-Zeitung.

Eine fingierte Briefberatung

tag einer Anklage wegen versuchten Betruges zugrunde, die gegen den Währinger Kaufmann Wilhelm Hämmerich vor die 10. Straf- kammer des Landgerichts I führte.

Der Angeklagte war in Herold bei einer Metallwarenfabrik in einer kaufmännischen Stellung tätig. Mitte Februar wurde ihm diese aber aufgelöst. Er kam dann Anfang März nach Berlin und logierte im Hotel „Belvetia“ in der Mittelstraße. Dort empfing er einen an seine Adresse von Hamburg aus aufgegebenen mit 6 Siegeln geschlossenen Wertbrief, der mit 120 000 M. deklariert und mit Briefmarken in Höhe von über 20 M. frankiert war. Am 22. März gab der Angeklagte, der vorher bei verschiedenen Bank- instituten bezüglich der Finanzbedingungen usw. für Ausgabe von Kapitalien angefragt hatte, hier in Berlin auf dem Postamt 9 einen mit 120 000 M. deklarierten Wertbrief auf, der an die Württem- bergische Vereinsbank in Stuttgart adressiert und ganz vornehm- mäßig verschlossen und frankiert war. Der Schalterbeamte, der den Brief in Empfang nahm, hat an ihm nichts Auffälliges wahrge- nommen, ebensowenig die anderen Beamten, die amtlich damit zu tun hatten. Auffällig erschien nur das leichte Gewicht des Briefes. Doch erklärte der Angeklagte auf eine diesbezügliche Bemerkung, daß zwei Schecks a 60 000 M. den Briefinhalt bildeten. Der Brief ist dann in der vorgeschriebenen postalischen Behandlung nach Stutt- gart befördert und dort an die Kassiererin abgeliefert worden. Als der Brief dort geöffnet wurde, stellte sich heraus, daß der Inhalt des Briefes nur aus einem an das Rubert angelegten graugrünen Briefumschlag und einigen Papierstücken bestand. Man hat nachher die letzteren zusammenzustellen versucht und da ergab sich, daß sich daraus ein württembergischer Posteinlieferungs- schein zusammensetzen ließ. Eine genaue Untersuchung des Ruberts zeigte an diesem keinerlei äußerlich wahrnehmbare Ver- legerungen, doch konnte festgestellt werden, daß die eine Seite des Ruberts auferst sein und sauber aufgeschnitten und dann wieder überaus geschickt zusammengelastet worden war. Die Anklage nimmt an, daß der Angeklagte den Wertbrief in dieser Form selbst zurechtgemacht und so hier in Berlin zur Post gegeben habe, ohne daß die mit ihm vorgenommene Manipulation von den Beamten bemerkt worden sei. Die Anklage hält es für sehr naheliegend, daß der Angeklagte überhaupt keine Schecks in den Brief gelegt habe, sondern nur den Anschein einer Verabreichung des Briefes durch einen Dritten habe hervorgerufen wollen, um später Entschädigungs- ansprüche gegen den Postiskus geltend machen zu können. Man nimmt an, daß auch der aus Hamburg an ihn hierher gefandene Wertbrief von ihm zum eventuellen Ausweis zurechtgemacht und in Hamburg von ihm selbst an seine hiesige Adresse aufgegeben worden sei. Sein ganzes Verhalten in dieser Affäre war ganz ungewöhnlich. Dem Postinspektor Nibel, der nach der telepho- nischen Meldung von dem seltsamen Inhalt dieses „Wertbriefes“ den Angeklagten sofort ansuchte, um mit ihm Rücksprache zu nehmen, kam die Art, wie der Angeklagte die Meldung von dem Vorfall entgegennahm, sehr sonderbar vor. Dieser war gar nicht sehr bestürzt und erörterte auch gar nicht die Frage einer Re- gresspflicht der Post, sondern beschränkte sich auf ziemlich belanglose Bemerkungen. Er zeigte das Rubert vor, in welchem die ihm aus Hamburg zugestellten Schecks enthalten gewesen sein sollten. Er behauptete, daß die 6 Schecks auf diesem Rubert ein Monogramm mit einer Krone geprägt hätten, von ihm aber mit rotem Siegellack überzogen worden seien, um die Initialen des Monogramms und die Krone nicht erkennbar zu machen. Der Absender der beiden Schecks sei sein Gönner, der ihm diese Summe für Dienste, die er ihm geleistet, und zwar Dienste persönlicher Natur, zugezahlt habe. Er habe diesem Gönner sein Gehörwort gegeben, seinen Namen

unter keinen Umständen zu nennen und werde sich niemals dazu verstehen, nach dieser Richtung hin seine Aussage zu machen. Um auch jede Erkennungsmöglichkeit auszuschließen, habe er auch nach- träglich die schwarzen Siegel auf dem Rubert des Hamburger Wert- briefes rot überstempelt. Dem Postinspektor kam es auffällig vor, daß ein junger Kaufmann einen Barsch über 120 000 M. in dieser wenig kaufmännischen Weise unter solcher Deklaration als Geld- brief verschicken sollte. Dazu kam, daß der Angeklagte über den angeblichen Gönner und über den Rechtsmittel, der der Abfindung des Schecks zugrunde lag, ebenso die Aussage verweigerte wie über die angebliche französische Bank, auf die die Schecks gezogen sein sollten. Auch wußte er über Aussehen, Papierfarbe der Schecks usw. keiner- lei Angaben zu machen. Der Angeklagte ist zwei Tage nach seiner Unterhaltung mit dem Postinspektor von hier abgereist, und zwar zuerst nach Köln, wo er mit seinem Gönner eine Unterredung und von diesem reichlich Geld erhalten haben will, dann nach Brüssel und Paris, wo er die ihm neu als Ersatz gegebenen Schecks bei einer Bank eingelöst haben will, über die er die Aussage verweigert. Dann will er in Begleitung einer „Dame“ nach Monte Carlo ge- gangen sein, sich dort einen Monat aufgehalten, mit Unglück ge- spielt und 50 000 Frank verloren haben. Dann ist er auf längere Zeit nach Ostende gegangen. Nachdem inzwischen ein Stadtbrief hinter ihm erlassen worden war, hat er sich schließlich in Brüssel dem deutschen Konsul selbst gestellt und ist über die Grenze und hierher ins Untersuchungsgefängnis befördert worden.

Er blieb im gestrigen Termin dabei, daß der mysteriöse Brief an die Vereinsbank tatsächlich die beiden Schecks enthalten habe, über deren Absender und deren Adresse er weiter jede Auskunft ver- weigerte. Gerichtsschreiber Dr. Jeserich konnte besondere Momente zur Beurteilung der Frage, ob das Rubert schon vor der Aufgabe auf der Post so kunstvoll gefastet worden, nicht beibringen. Da- gegen hat er auf dem Hamburger Rubert das ursprüngliche Siegel soweit bloßlegen können, daß er die Behauptung des Angeklagten, es sei außer einem Monogramm auch eine Krone gewesen, als falsch bezeichnen zu können glaube. Es wurden zahlreiche Post- beamte aus den Berliner Postämtern 7 und 9 und die in Frage kommenden Kassenbeamten aus Stuttgart und Hamburger Post- beamte vernommen.

Staatsanwalts-Assessor Dr. Kleimann beantragte mit Rücksicht auf die überaus raffinierte Ausführung der Tat eine Gefängnis- strafe von 2 Jahren. — Das Gericht erkannte nach längerer Be- ratung, die sich bis in die achte Abendstunde hingog, auf eine Ge- fängnisstrafe von einem Jahre unter Anrechnung von 6 Monaten der erlittenen Untersuchungsstrafe.

Nißbrauch des Sprechzimmers.

Unter einer schweren Anklage mußten sich gestern der Zahn- arzt Scheyer und der Kaufmann Körner vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I verantworten. Nach längerer, unter her- metischem Ausschluß der Öffentlichkeit geführter Verhandlung hielt das Gericht für festgestellt, daß sich beide Angeklagte wiederholt, zum Teil auch in dem Sprechzimmer des Scheyer, an einer minder- jährigen Schülerin in unästhetischer Weise vergangen hätten. Das öffentlich verkündete Urteil lautete gegen Scheyer auf 9 Monate und gegen Körner auf 6 Monate Gefängnis.

Versammlungen.

Deutscher Bauarbeiterverband. Am Sonntag hielt der Verein seine ordentliche Generalversammlung ab, in welcher zunächst der Kassier der Kassenbericht vom 1. Quartal erstattete. Die Ein- nahmen und Ausgaben für die Hauptlosse schloßen ab mit 36 876,85 Mark. Die Lokalkasse hatte inkl. Bestände eine Einnahme von 212 531,51 M., wovon eine Ausgabe von 18 280 M. gegenübersteht, so daß ein Bestand von 194 251,51 M. zu verzeichnen ist. Für die Bibliothek ist ein verfähiger Bestand von 270,42 M. vorhanden. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Quartals 13 346. Sie hat sich gegen das vorhergehende Quartal um 1343 erhöht. Durch den Uebertritt der Statutenreue sind 774 und durch den Uebertritt des Verbandes der Staker 120 Mitglieder dem Zweigverein zuge- führt. Aufgenommen wurden 1201 Mitglieder. Von den Revi- soren wurde der Wunsch ausgesprochen, daß der Vorstand in mög- lichst kurzer Zeit eine Vorlage ausarbeiten möge, welche Anstellung von Hauskassierern vorsieht. Es haben sich bei der jetzigen Form der Beitragsentziehung schwerwiegende Inzuträglichkeiten heraus- gestellt, welche dadurch behoben werden können. — Einen breiten Raum der Verhandlungen erforderten Agitationsfragen: das An- wachsen der Mitgliederzahl im Zweigverein steht in seinem Ver- hältnis zu den Zahlen des Gesamtverbandes. Kann dieser eine Steigerung von rund 25 Proz. für das Jahr 1911 nachweisen, so ist diese im Zweigverein geringer. Ueberaus hemmend wirkte die sehr daniederliegende Bautätigkeit und die damit verbundene große Arbeitslosigkeit, welche Hunderte von Mitgliedern veranlaßt hat, abzureisen und sich in anderen Orten um Arbeit zu bemühen. In- dessen geht es aber auch in diesem Jahre hier rüstig vorwärts. Der Vorstand hat beschlußgemäß zwei Kollegen freigestellt, welche die Agitation von Bau zu Bau betreiben. Der Ernst der Situation, die Schinderei und Mißstände verschiedener Art machen die Kol- legen empfänglich für die Organisation, so daß in allen Bauten- versammlungen eine erfreuliche Anzahl von Aufnahmen zu ver- zeichnen sind. Die Aussprache über diesen Gegenstand hat den Delegierten genügend Material, praktische Agitation zu entfallen: die Rüstungen der Unternehmer auf den schier unaussprechlich erscheinenden Kampf in nächsten Jahre diene allen als Vorbild. — Nach Erledigung einiger weniger wichtiger Anträge unterbreitete der Kassierer Warten- berg im Namen des Vorstandes eine Vorlage, welche die Er- hebung eines Winterbeitrages bezweckt. Die Vorlage stützt sich auf Beschlüsse, welche in einer früheren Generalversammlung gefaßt sind und ihren Grund in der Tatsache finden, daß der Kassenbestand zurückgegangen ist. Die in früheren Jahren durchgeführte Form der Zuschlagsbeiträge hält der Vorstand nicht für opportun, sondern er hält die Erhebung eines Beitrages für die zwölf Beitragsfreien Winterwochen für leichter und zweckmäßiger. Er empfiehlt daher die Erhebung eines nach Lohnklassen gestaffelten Beitrages. Die Beschlufsfassung über die Vorlage wurde bis zur nächsten Versamm- lung ausgesetzt, da die Bezirke erst dazu Stellung nehmen sollen.

Aus aller Welt.

Unternehmermoral.

Struppelhaftigkeit im Geldverdienen ist eine der hervorsteckendsten Eigenschaften der modernen Kapitalisten. Ist doch ihr Herrschafts- mittel, das ihnen Macht gibt und Ansehen bei ihresgleichen verleiht, einzig das blinkende Gold. Was Wunder daher, daß sie mit heißem Ingrimm die Entwicklung der Arbeiterorganisationen verfolgen. Fühlt die Kapitalistenklasse doch, daß ihr hier ein Feind entstanden ist, der in der Gegenwart der unbeschränkten Ausbeutung der Arbeitskraft einen Damm entgegensetzt; ein Feind, der in nicht allzuferner Zukunft den Kapitalismus niederringen wird und auf seinen Trümmern eine freie Produktions- gemeinschaft aufbaut. Jede Gelegenheit ist daher den Herren recht, die Arbeiterorganisationen zu beiseitern und ihre Führer zu beschimpfen. So hat dieser Tage ein Stadtverordneter Pflaume in der Leipziger Stadtverordnetenversammlung gelegentlich der Beratung des Baues kleiner Wohnungen folgendes Epistel vom Stapel gelassen:

Wie ist es denn früher gewesen. Ich entkomme einer kleinen Zimmerfamilie. Mein Vater, mein Großvater haben alle gearbeitet. Die Leute haben sich jährlich hundert Mark gespart, das macht in zwanzig Jahren zweitausend Mark. Dann nahmen sie das Geld und bauten sich ein Häuschen — das Mißgehung lieferte der Meister — mit sechs Wohnungen,

Stube, Kammer und Küche. Da wohnen sie mietlos. Heute aber darf ein Arbeiter nicht mehr sparen. Die hundert Mark, die er früher sparte, kostet ihm heute die sozialdemokra- tische Vereinigung. Das Sparen ist den Arbeitern aus- getrieben worden von den Gewerkschaftsführern und Sozialdemokraten. Es ist ihnen gesagt worden, zu was wollt ihr denn sparen, ihr habt zu fordern von euren Aus- saugern. Auch die Herren des Gelehrtenstandes sind schuld, die immer wieder predigen, was man den armen Leuten schuldig sei und wie man für die Armen Sozialpolitik treiben müsse. Der Menschenswürde entspricht es, daß jeder für sich selber sorgt; was man geschenkt bekommt, hat keinen Wert. Wenn die Verhältnisse schlechter geworden sind, liegt das nur an der Verheerung durch die Sozialdemokraten.

Jede Hinzufügung würde die Wirkung der Ausführungen ab- schwächen. Gott hab den Erben selig!

Sagt's der eine Unternehmer in klöbiger Prosa, so ein anderer, der Metallindustrielle Rawie in Schmelz, Schriftführer des Ver- bandes Osnabrücker Metallindustrieller, in zarter Poesie. Der Herr hat in seinem Kontor folgenden modernen „Haussegen“ an- geschlagen:

Wenn man nichts hat und auch nichts ist,
Wird man gewöhnlich Sozialist;
Schimpft auf die Reichen höchst gemein
Und möchte selber einer sein!
Doch kommt man zu etwas Vermögen,
Dann wird sich dieses Schimpfen legen,
Denn jeder echte Demokrat
Hält nur das Geld, was er nicht hat!
Deshalb ein Arbeitersekretär,
Der sich Genossen wünscht noch mehr,
Muß sie vor allem erst bewahren,
Dah sie sich einen Groschen sparen;
Und sie darüber aufzuklären,
Ihn ja durch Fleiß nicht zu vermehren!*

Wir haben zwar schon bessere Verse gelesen, nehmen aber doch den guten Willen für die Tat. Denn schließlich gibt nur ein Schuft mehr als er hat.

59 Menschen verbrannt.

Eine russisches Brandunglück hat sich auf einem Gute in dem russischen Gouvernement Tambov zugetragen. Auf dem Vorwerke des Gutes des Grafen Drlow Danylow nährigten 59 Feldarbeiter in einer Getreidebarre. Während der letzten Nacht geriet das Gebäude aus unbekanntem Ur- sachen in Brand, die schlafenden Arbeiter kamen sämtlich in den Flammen um.

Fernflug Berlin—Wien.

Bis zum Dienstag hatte noch kein zweiter Flieger Wien zu erreichen vermocht. Der Oberleutnant Blasko, einer der beiden ausgezeichneten österreichischen Flieger, die die Strecke bis Breslau glatt zurückgelegt hatten, machte bei dem Start in Breslau Klein- holz, so daß er erst in vorgerückter Zeit am Montagnachmittag, nämlich gegen 1/6 Uhr, nach bewert- stellter Reparatur seines Apparates, den Weiterflug an- treten konnte. Nach einem bravourösen Flug von vier Stunden Dauer gelangte er auch in unmittelbarer Nähe Wiens, mußte dann aber infolge der totalen Dunkelheit und sich bemerkbar machenden Benzinmangels kaum eine deutsche Meile vom Ziel entfernt landen. Diese Landung vollzog sich bei der Finsternis und dem ungünstigen Landungsterrain so unglücklich, daß der Apparat schwer beschädigt und für den dies- mahligen Wettbewerb, dessen Frist am Dienstagabend um 9 Uhr abläuft, außer Betracht gesetzt wurde. So scheidet Blasko aus dem Wettbewerb aus, trotzdem seine sportliche Flugleistung der des Siegers Hirth durchaus ebenbürtig war.

Ob es einem der anderen Flieger noch gelingen wird, vor Lorenzschluß das Ziel in Wien zu erreichen, bleibt abzuwarten. Der deutsche Flieger Krieger auf Jeannin-Eindeder hat am Dienstag Breslau erreicht und ist trotz einer ebenfalls allzu heftigen Landung nach Vornahme der erforderlichen Reparaturen in der Richtung auf Wien weitergefliegen. Auch der österreichische Oberleutnant Miller, der wegen des schlechten Terrains, auf dem er am Montag dreißig Kilometer südlich von Breslau eine Notlandung vollziehen mußte, erst am Dienstag in letzter Stunde loskommen konnte, ist zum Fluge nach Wien aufgefliegen. Da die Witterung nicht als allzugünstig ge- schildert wird, sind weitere Zwischenfälle nicht ausgeschlossen.

Alle anderen Piloten haben definitiv auf die Kon- kurrenz verzichtet. Auch der Pilot der Albatros-Doppel- taube, Thelen, hat, angeblich wegen der ungünstigen Wetter- meldungen, auf jeden erneuten Start verzichtet. Das En- dresultat des ganzen Flugwettbewerbes bleibt also die Tatsache der derzeitigen unbestreitbaren Minderwertig- keit des deutschen Flugwesens.

Kleine Notizen.

Der Hauptmann von Köpenick gestorben. In einem Londoner Hospital ist dieser Tage der Schuhmacher Wilhelm Voigt ge- storben. Der Verstorbene hat vor einigen Jahren durch seinen Sturm auf das Köpenicker Rathaus und die Festnahme des Bürgermeisters Langerhans die Lachmuskeln der ganzen Welt in Bewegung gesetzt.

Eine würdige Innungsführer. Der Buchbindermeister und Geschäftsführer der Leipziger Großbuchbinderei Wöfenberg, G. m. b. H., Alfred Göhre, ist nach Unterschlagung einer größeren Geldsumme, die angeblich hundert- tausend Mark beträgt, fähig geworden.

Blutiges Familiendrama. Im Verlaufe eines Streites gab gestern der Vatermeister Lind in Kirchhain (N.-Luxemb.) auf seine Schwiegermutter aus einem Revolver drei Schüsse ab und tötete sie. Darauf verlegte er seine Frau durch einen weiteren Schuß und jagte sich selber eine Kugel in den Kopf. Der Mörder wurde verhaftet.

Abtötung französischer Militärflieger. Der Infanterieleutnant Etienne stürzte bei einem Fluge von St. Cyr nach Guen- court aus etwa 80 Meter Höhe ab und zog sich lebens- gefährliche Verletzungen zu. — Auf dem Flugfelde von Buc bei Versailles überbrückte sich bei der Landung das Flugzeug des Artillerieleutnants Happe, der schwer verlegt wurde.

Todessturz eines Wiener Touristen. Vom Kanzlersteig auf dem Schmelzberg ist der Tourist Krieger aus Wien abgestürzt und hat dabei sein Leben eingebüßt.

Der Fürsorge entwichen. Zwanzig Höglinge der Hagenauer Zwangsberziehungsanstalt haben nach einem Spaziergang Gelegen- heit zur Flucht gefunden. Zwei von ihnen konnten wieder zurückgebracht werden. Nach den übrigen jagdet man bisher ver- gebens.

Marktbericht von Berlin am 10. Juni 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidiums. Kartoffellandpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—35,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—35,00. Bohnen 40,00—50,00. Kartoffeln (Kleinh.) 8,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,80—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,00—4,80. 1 Kilogramm Karpfen 1,30—2,20. Kalle 1,80—3,20. Rander 1,60—3,60. Fische 1,60—3,00. Barock 1,00—2,00. Schale 1,40—3,20. Mele 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 4,00—40,00.

Abzahlungsgeschäfte

Berliner Credit-Haus Kommandantenstr. 67. Alkoholfreie Getränke Franz Abraham

Bestes alkoholfreies Getränk Si-Si Berlin O. Habelstr. 4

Arbeiter-Bekleidung F. Falk! Hamburger Ladea, Charl. Wallat. 69

J. Kastner Roter Ladea, Schönha. Hauptstr. 168

Bäckereien, Konditor. Blottners Großbäckerei

Brotfabrik "Vorwärts" Hermann Ulrich, Köpenick

Brotfabrik R. Zimmer, Lichtenberg, Hansstr. 1

Brotfabrik Buehl & Sohn, Spandau

Willy Drey, Prenzlauer Allee 43

Engel's Landbrot, Heinersdorfer Mühle

Witth. Engel, Weidense, Parkstr. 4

Fischer, Goldstr. 55

W. Hesse, Franzos. Allee 192

Oskar Hanke's Brotbäckerei, 75 Geschäfte

Killes-Großbäckerei, Bobstr. 8

Landbrot-Großbäckerei, O. Senf, Nchf. Krug, Waldstr. 4

Hermann Lebelt, Husstr. 38

Lichtenberger Brotfabrik, Weserstr. 24

E. Mertins, Reichenbergerstr. 168

Gustav Mühlstepp, Hühnerstr. 2

Friedrich Oste, Madalstr. 10

Bäckerei "Nordstern", Inh.: Gust. Müller

Richard Reinke, Steglitz, Allee 3

Max Otto Szilart, Schwedterstr. 48

Schütt, G., Filialen in Berlin O., N.O.

Rich. Schenk, Straße 38

A. Schreier, Urbanstr. 61

Heinrich Witter, Frenyelski, Schwarzstr. 1

Badenanstalten, Arkona-Bad, Anklam-Str. 34

Bad Canitz, Bad, Münzstr. 2

Central-Bad, Neukölln, Anzengruberstr. 25

Erstes Lohtannin-Bad, 167 fr. Abkochen, kein Extrakt

Bad Frankfurt, Gr. Frkf. Str. 134

Bad Friedr. Hahn, Landk. Allee 133

Bad Godesberg, Hasenheide 18

Kur-Anstalt "Loser", Rosentalerstr. 70

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Kuranstalt M. Schutz, Elsassstr. 71

Römer-Bad, Boxhagen-Rümbg., Sonntagstr. 4

Silesia-Bad, Schlesische Str. 31

Viktoria-Bad, Kottbuser Damm 75

Friedrich Wilhelmbad, Chausseest. 47

Bandagen, Gummw., R. Baake, Stralauer Str. 56

Reiche, A., Seydelstraße 16

Zaremba, Weinbergweg 1

Beerdig.-Anst., Sargm., Bredowwälderstr. 160

Beliebt.-Gegenst., Bunzel, R., Neukölln, Kais. Friedr.-Str. 49

Berufskleidung, M. Bertram, Norden, Maxstr. 17

W. Adelong & A. Hoffmann, Akt.-Brauer Potsdam, Fig. Sieder

Bierbrauereien, Bierh., W. Adelung & A. Hoffmann

Brauerei Königstadt, feinste Qualitätsbiere

Brauerei Pfefferberg, Versand- und Pilsener Bier

Brauerei Tivoli, Weiß- u. Malz-Bier

Caramel-Weißbier, fast alkoholfrei

Deutsche Bierbrauerei A-G, Berlin-Fischeladorf

Groterjans, Malzbier, Schenk-Allee 124

C. Habels Brauerei, hell - Habelbräu - dunkel

F. W. Hildebein A-G, Lagerbier und Malzbier

Kahlenberg A., Liebauwälderstr. 45

Goldbier, let nicht nur ein Erfrischungsgetränk

Berliner Unions-Brauerei, Berlin S.

Münchener Brauhaus Berlin, A. Landré Weissbier

Löwen-Brauerei, Aktien-Gesellschaft

Roland Schade, Grün. Weg 111

Ver eins-Brauerei Teutonia, NW 87

Victoria-Brauerei, Victoria-Saazerbräu

Weissbier, C. Breithaupt, Pallasdenstr. 97

Blumen und Kränze, Oskar Albertus, Müllerstr. 41

Bad Friedr. Hahn, Landk. Allee 133

Bad Godesberg, Hasenheide 18

Kur-Anstalt "Loser", Rosentalerstr. 70

National-Bad, Brunnenstr. 3

Bad Ostend, Boxhag. Str. 17

Passage-Bad, Kottbuser Damm 79

Bezugsquellen-Verzeichnis.

F. Müller, Danzigerstr. 27, Gärtnerstr. 10

Butter, Eier, Käse, Butterhandlung J. F. Assmann

Oskar Beck, 13 Geschäfte, Dresdenstr. 97

Buntrock, W., Neukölln, Boddinstr. 3

Drei Kronen, Fried. Göseke, 7 Filialen

Gebrüder Groh, 40 Filialen in Berlin und Vororten

August Holtz, 15 Detail-Geschäfte

Kosmalla, E., 4 Geschäfte, Paul Lindsaer, Stroitzstr. 65

Gebrüder Manns, 48 eigene Detailgeschäfte

Schröter, R., 35 Verkaufsstellen, Schulz, Arth. Nils, Hermannstr. 55

Uhly & Wolfram, Vereinte Pommersche Meiereien

Stettiner Butterhalle, Invalidenstr. 129

Cacao, Chokolade, Cyliax, G., Filialen in L.A. und Vororten

Die Fabrikate der "Sarotti", Chokoladen u. Cacao-Industrie

Simpli-Schokolade, Schütz, Warscheuerstr. 52

Seiffert, Brie, C. Senff, Bezugsqu. f. Händler

Stolwerck, Gold Silber Kupfer, Schokolade - Kakao

Fahrrad-Haus Frischauf, Brunnenstr. 95

Ernst Machnow, Weimensestr. 14

Klein, Wilh., Müllerstr. 194

Paul Zutermann, Konfektionshaus - Chausseest. 66

Damenkleiderstoffe, Adolf Dammann, Oranienstr. 180

Drogen u. Farben, Adler-Drogerie, O. Müggelstr. 8

Butter, Eier, Käse, Butterhandlung J. F. Assmann

Oskar Beck, 13 Geschäfte, Dresdenstr. 97

Buntrock, W., Neukölln, Boddinstr. 3

Drei Kronen, Fried. Göseke, 7 Filialen

Gebrüder Groh, 40 Filialen in Berlin und Vororten

August Holtz, 15 Detail-Geschäfte

Kosmalla, E., 4 Geschäfte, Paul Lindsaer, Stroitzstr. 65

Gebrüder Manns, 48 eigene Detailgeschäfte

Schröter, R., 35 Verkaufsstellen, Schulz, Arth. Nils, Hermannstr. 55

Uhly & Wolfram, Vereinte Pommersche Meiereien

Stettiner Butterhalle, Invalidenstr. 129

Cacao, Chokolade, Cyliax, G., Filialen in L.A. und Vororten

Die Fabrikate der "Sarotti", Chokoladen u. Cacao-Industrie

Simpli-Schokolade, Schütz, Warscheuerstr. 52

Seiffert, Brie, C. Senff, Bezugsqu. f. Händler

Stolwerck, Gold Silber Kupfer, Schokolade - Kakao

Fahrrad-Haus Frischauf, Brunnenstr. 95

Ernst Machnow, Weimensestr. 14

Klein, Wilh., Müllerstr. 194

Fischhandlungen, C. Dittmann, Neukölln, Berlinstr. 43

Köhler Werner, Winkler & Bärthold, Fleischer u. Wurstw.

Jul. Amandowitz, Glasgower-Str. 5

W. Beckler, Tegel, Brunnenstr. 55

August Dienert, August. Allee 9

Wilhelm Behr, Wurstfabrik, Berlin-Schöneberg

Bragrock, A., Manteuffelstr. 39

P. Buckwitz, Rigaerstr. 106

Anton Buchheim, Allee 11

Arno Fischer, Großgörschen-Str. 6

Fleisch- u. Wurst-Centrale, Danziger Straße 14

Rich. Deckert, 33, F. Dreyer, Prinz Eugenstr. 21

Arno Fischer, Großgörschen-Str. 6

Fleisch- u. Wurst-Centrale, Danziger Straße 14

C. Gerlach, Warthestr. 70

Arno Fischer, Großgörschen-Str. 6

Georg Heiter, Rebe Brunnstr. 4

H. Rockstroh, Göthestr. 24

Paul Lucht, Haus- u. Kuchengesch.

Georg Heiter, Rebe Brunnstr. 4

H. Rockstroh, Göthestr. 24

Paul Lucht, Haus- u. Kuchengesch.

Georg Heiter, Rebe Brunnstr. 4

H. Rockstroh, Göthestr. 24

Paul Lucht, Haus- u. Kuchengesch.

Georg Heiter, Rebe Brunnstr. 4

H. Rockstroh, Göthestr. 24

Paul Lucht, Haus- u. Kuchengesch.

Georg Heiter, Rebe Brunnstr. 4

H. Rockstroh, Göthestr. 24

Paul Lucht, Haus- u. Kuchengesch.

Georg Heiter, Rebe Brunnstr. 4

H. Rockstroh, Göthestr. 24

Paul Lucht, Haus- u. Kuchengesch.

Georg Heiter, Rebe Brunnstr. 4

H. Rockstroh, Göthestr. 24

Paul Lucht, Haus- u. Kuchengesch.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Otto Schreiber, Hohenfriedbergerstr. 1

E. Schauer, Huttenstr. 70

Max Schubert, Müllerstr. 156a

Albert Schucht, Stargarderstr. 68

Thaleiser, Invalidenstr. 153

Wagner, Landsbergerstr. 118

W. Tauche, Neukölln, Planstraße 25

Fr. Thiel, Lichtenberg, Lichtenberg

Karl Unte, Naunynstraße 17

G. Vettin, Grüner Weg 57

Warschauer Fleisch- u. Wurst-Centrale, Warschauerstr. 54

Josef Weber, Hammerstr. 23

E. Wetzel, Weidenweg 67

Wiedmann & Swunke, Weidense, Berlin Allee 233

Glas u. Porzellan, G. Krüger, Weidenburgerstr. 78

Oberländer, A. Wilborn, Brunnenstr. 16

Grammoph., Sprechm., W. Becker, Ullstr. 127

Hoyer, A., Bergstr. 163 L

Haar-Artikel, E. Joel, Spandauer Allee 87

Gomgowski, Seifen-Büsten, Spandau, Schönha. Str. 92

Kammick, Emalte, Glas, Porzellan, Lampen

Rockstroh, Karl, Gaakoch, Waschm.

Sandow, Rud., Lampen

R. Stäbe, Waschg., Nannynstr. 91

Herron-Artikel, Andreasstr. 37

Magazin England, Kottb. Damm 78

Torkel, Artilleriestr. 4

Rich. Jahn, Treptow, Grätzstr. 6

Emil Jäger, Oranienburger Tor

E. Klahn, Frankfurter Allee 28

Krause, Wilh., Skilla, Herm.-Str. 169

Ad. Mahnke, Bismarckstr. 3

A. Nitschpan, Bergmannstr. 11

Nordring, Brunnenstr. 84

A. Samuel, O. Mirbachstr. 52

Scholz, Osw., Rl. Bergstr. 141

Max Schulze, Hochmeisterstr. 5

Vereinigte Hutcompagnie

Turnstr. 81, Große Frankfurter, Dödenstr. 135

Rieck, Em., Markgrafendamm 1

Urgast-Witte, Alt-Boxhagen 24

Vester, E., Damm 1819

Zum Hutwinkel, S. Kohls, Chausseest. 85

Kaffee-Spezialgesch., Oskar Krösche, Senfhausstr. 10

Rauers Mischungen, weid. r. spaz. Baustr. 107

Kaffee-Surrogat, Otto Goetze, Silesienstr. 107

Kaufhäuser, Z. Alexander & Co., Badstr. 55

Hermann Bernhard, Landbergstr. 2

B. Hennig & Co., Ob. Schönha. Allee 29

C. Kurtzahn, Grünwaldstr. 75

H. Weiß & Co., Friedrichshagen

Kohlen, Koks, Briketts, Perd. Gränig

J. Mannheim, Filialen im Osten

W. Pieper, Hochmeisterstr. 15

Simon, A. H., Kalkb. Wollstr. 10

Kolonialwaren, Abend, R., Hummbg., Saalestr. 6

Heinrich Arndt, Fennstr. 49

Theodor Antkowiak, Solmsstr. 22

Babel & Hauke, Wilschstr. 47

Gustav Böhrens, Aktienstr. 8

Bruno Block, Nennendamm

Alex. Borgmann, Jagowstr. 16

Braun, R., Skilla, Finkenlindenstr. 19

Brosch, Friedrich, Schönebergstr. 5

Budsch, Franz, O., Goßstr. 23

Georg Burow, Stromstraße 28

Job. Cloos, Neuh. Hochstr. 32

R. Ehrig, Liebenwalderstr. 47

Arthur Enke, Amsterdamerstr. 10

Heute Zahlabend in Groß-Berlin.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. Mittwoch, den 12. Juni, abends 1/2 12 Uhr, bei Julius Meyer, Oranienstraße 103: Zahlabend für Buchdrucker, Stereotypsetzer, Ansooperateure.

Donnerstag, den 13. Juni, früh 5 Uhr: Zahlmorgen für Zeitungsdruckereimachpersonal.

Stralau. Die Genossen wollen zu dem heutigen Zahlabend ihr Verbandsbuch mitbringen. Die Bezirksleitung.

Adlershof. Für die Genossen, welche Nacharbeit verrichten, findet morgen Donnerstag, vormittag 10 Uhr, Widmarstr. 11, ein Zahlmorgen statt. Der Vorstand.

Biesdorf. Der Zahlabend findet von heute ab immer mit den Zahlabenden von Groß-Berlin am zweiten Mittwoch in jedem Monat im Lokal von Friedrich Haack, Marzahn, Straße, abends 8 1/2 Uhr, statt. Die Bezirksleitung.

Erker. Heute: Mitgliederversammlung des hiesigen Bezirks bei Degebrodt. Die Bezirksleitung.

Grünau. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Zur grünen Ede“, Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag: Die proletarischen Bildungsbestrebungen. Referent: Genosse Pled. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Bernau. Donnerstag, den 13. Juni: Zahlabend in den bekannten Bezirkslokale. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Zweckverband und Waldankäufe.

Ueber die Waldankäufe durch den Zweckverband hat am Montag im Schlosse eine Konferenz stattgefunden, an der außer dem Kaiser der Finanzminister, der Landwirtschaftsminister, der Oberpräsident, der Chef des Zivilkabinetts, der Verbandsdirektor Steiniger, der Oberbürgermeister Kirchner und diverse Räte teilnahmen. Ueber die Audienz meldet das Wolffsche Telegraphenbureau:

„In der Konferenz, welche auf Befehl und unter Leitung des Kaisers im königl. Schlosse in Berlin stattfand, und an der die Ressortminister, der Oberpräsident und die Vertreter des Verbandes Groß-Berlin teilnahmen, gelangten alle einschlägigen Fragen der Abtretung von fiskalischem Gelände an den Verband sowohl hinsichtlich des Umfangs der abzutretenden Flächen, wie hinsichtlich des Preises zur eingehenden Erörterung. Es wurde eine Basis für die weiteren Verhandlungen gewonnen.“

Verschiedene Blätter wissen das warme Interesse und das große Wohlwollen des Kaisers für Erhaltung der Wälder nicht genug zu rühmen. In Wirklichkeit handelt es sich lediglich um die Einleitung eines großen Geschäfts, das der Fiskus mit dem Zweckverband machen will.

Es darf doch nicht außer acht gelassen werden, daß auch der Staat in erster Linie die Aufgabe hat, für genügend Erhaltungsmöglichkeit der Bevölkerung und nicht zuletzt auch der großstädtischen Bevölkerung in Groß-Berlin zu sorgen. Die Einwohner von Groß-Berlin sind doch auch Staatsbürger, die dem preussischen Staate zu seiner Erhaltung unermeßliche Mittel zuführen und ihn außerdem durch ihre Arbeit lebensfähig machen.

Die „Vossische Zeitung“ weiß über die Verhandlungen noch folgende Einzelheiten zu berichten:

Wie von anscheinend unterrichteter Seite verlautet, erkannte der Monarch an, daß die Preisforderung des Fiskus für die in Betracht kommenden Wälder exorbitant hoch seien. Der Fiskus hatte seinerzeit in unverbindlichen Vorbesprechungen sich bereit erklärt, etwas über 40 000 Morgen Wald in der Umgebung Groß-Berlins an die Gemeinden zu verkaufen und hatte eine Summe von 178 Millionen als Kaufpreis genannt. Vom Grünwald wollte er Berlin ein Stück ablassen, und zwar 12 000 Morgen für 80 Millionen Mark. In der Audienz ließen die Herren vom Zweckverband keinen Zweifel darüber, daß die Gemeinden Groß-Berlins so horrenden Summen nicht zu zahlen vermöchten, und daß der Fiskus von seinen Forderungen erheblich nachlassen müsse, wenn sein Angebot ernstlich in Betracht gezogen werden solle. Es kam in der Erörterung, in die der Kaiser wiederholt und sehr nachdrücklich eingriff, vor allem zum Ausdruck, daß es am besten sei, mit der Wald- und Freiflächenfrage bald reinen Tisch zu machen und nicht nur einzelne Waldgebiete zu berücksichtigen. Wenn man vermeiden soll, daß sich einzelne Gebiete Groß-Berlins (so der Osten) vor anderen benachteiligt fühlen, müsse das Problem des Wald- und Wiesengürtels in großzügiger, umfassender Weise behandelt und schließlich geregelt werden. Die Herren vom Zweckverband, die der Audienz beiwohnten, erhielten den Eindruck, daß dank dem Interesse des Kaisers an der Waldfrage die Sache ein gutes Stück weiter gediehen sei, und man schied mit der sicheren Überzeugung, daß der Fiskus in der Preisfrage mit sich reden lasse. Ein direktes festes Angebot lag bis jetzt nicht vor, und das Ministerium ließ sich Zeit, weil es die Konstituierung und Inangabe des Zweckverbandes abwarten wollte. Jetzt sind bindende Vorschläge gemacht worden, die bald genug den Verband zur Stellungnahme veranlassen werden.

Unserer Meinung nach hätten die Herren vom Zweckverband in dieser Konferenz sehr deutlich auf die Pflichten des Staates hinweisen müssen, wie wir das oben schon getan haben. Die Gemeinden können nicht lediglich die Opfer sein, die dem Fiskalismus des Staates dargebracht werden.

Arbeitshaus statt Irrenhaus.

Die Zeitschrift „Irrenrechts-Reform“ schrieb in einer ihrer letzten Nummern, es werde auch von den schärfsten Gegnern der Psychiatrie anerkannt, daß der Psychiater schon so manchen wirklichen Geisteskranken, den unerfahrene, irrende Richter unbedingt verurteilt hätten, vor dem Sejanus bewahrt haben. Gegenüber dieser Tatsache verliere fast an Bedeutung die weitere Erscheinung, daß gewisse Leute, neben notorischen Gewohnheitsverbrechern auch einflußreiche, hochgestellte und — last not least — sehr bemittelte Gelegenheitsfänger, von den Irrenärzten reklamiert werden, obwohl jeweils die öffentliche Meinung ganz und gar nicht damit einverstanden sein kann. Es sei immer noch besser, zehn Verbrecher dem Irrenhause zu überliefern, statt einen einzigen Geisteskranken dem Strafgefängnis.

Ueber einen Fall, der diese sehr richtigen Auslassungen der genannten Zeitschrift bestätigt, werden uns an der Hand von Auszügen aus den Akten der städtischen Irrenanstalt Herzberge — die Deputation für die Berliner städtische Irrenpflege möge daraus gleichzeitig ersehen, wie leicht es ist, amtliches Aktenmaterial aus

den städtischen Irrenanstalten ohne Wissen der Direktion zu erhalten — eingehende Mitteilungen gemacht. Hiernach ist der heute 32 Jahre alte, von Jugend auf degenerierte und schwachsinrige jehige Irrenhauspatient D. jahrelang viele Male wegen Vagabondierens, Bettelns, Arbeitsflehens politisch aufgegriffen, mit der ganzen Strenge des Gesetzes bestraft und ins Arbeitshaus gesteckt worden, ohne daß die beteiligten Polizeibehörden, Gerichte und sonstigen Verwaltungsstellen in diesen langen Jahren die geistige Beschaffenheit des „Vagabonden“ zu würdigen verstanden. Lassen wir die Akten sprechen: 1900 wegen Nichtbeschaffung von Unter- und wegen Bettelns 6 Monate Arbeitshaus — 1901 wegen Bettelns mehrmals, Haftstrafe — 1902 wegen desselben Delikts 3 Monate Arbeitshaus — 1903 wieder Haftstrafen (nähere Angaben fehlen) — 1904 wegen Obdachlosigkeit aufgegriffen, 12 Monate Arbeitshaus. Zwischenzeitlich hat D. gelegentlich mehrere Monate gearbeitet, ohne indes lange auszuhalten, was mit seiner Geistesbeschaffenheit im engsten Zusammenhang steht. Im Sommer 1908 war D. kurze Zeit im Krankenhaus Friedrichshain. Auch hier hat man offenbar den Geisteszustand nicht erkannt. Seit April 1905 hat D. in Pommern bei Demmin als Hofgänger gearbeitet, anscheinend länger als ein Jahr. Es heißt darüber amtlich: „Am 23. 7. 06 heimlich entwichen, ist arbeitsflehig; will möglichst gut leben, aber andere für sich arbeiten lassen.“ Am 30. 8. 06 wird ausweislich der Akten des Landeshauptmanns von Pommern er in das Siedenhaus Demmin aufgenommen. In dem Bericht der Armendeputation Demmin lautet am 6. 9. 06 zum ersten Male die Bemerkung auf, daß der der öffentlichen Armenpflege anheimgefallene Hofgänger D. „anscheinend blödsinnig und nicht vernunftgemäß, Simulation nicht nachweisbar“ ist. Unterm 15. 11. 06 wird abermals seitens der Demminer Armendeputation erklärt, daß D. den Eindruck eines Blödsinnigen mache. Bisher hat man vergeblich auf das Stichwort Irrenhaus gewartet. Endlich am 2. 8. 07 wird der Blödsinnige, vermutlich auf Anordnung des Landeshauptmanns, in die pommersche Provinzial-Irrenanstalt Uckermark geschafft, am 18. 7. 07 von dort zu einem Gutspächter in Pflege, das heißt wohl, in Arbeit gegeben, wo er bis Mitte Dezember 1908 verbleibt. Das Jahr 1909 verzeichnet in den Akten, daß D. bei einem Bäcker einige Monate arbeitete, dann wieder hungernd in Brandenburg, Reddenburg, Hamburg vagabondierte, endlich im Berliner städtischen Obdachland und von hier aus am 28. 9. 09 der städtischen Irrenanstalt Herzberge zugeführt wurde, wo eine gründliche Untersuchung des Geisteszustandes erfolgte. Die uns im Wortlaute vorliegenden Gutachten der Anstaltsärzte Dr. Otto und Dr. Klippstein lassen nicht den geringsten Zweifel darüber, daß D. ein „entarteter, psychopathisch veranlagter, seit der Kindheit geistesschwaches Individuum“ ist, welches gar nicht fähig war zur Erlangung einer dauernden Lebensstellung, und daß sein jahrelang vor der Aufnahme in das Irrenhaus bestandener geistesschwacher Zustand schon längst eine Anstaltsbehandlung erfordert hätte.“ Dabei heben die Gutachter besonders hervor, daß die Akten und sonstigen Erhebungen viele Anhaltspunkte für die bei D. schon seit seiner Jugendzeit bestandene Geisteschwäche ergeben. Und trotz alledem haben die Behörden ein Jahrzehnt lang den für seine Arbeitsunfähigkeit oder richtiger Arbeitsunfähigkeit und für die Vagabondage völlig Verantwortlichen wie einen strafrechtlich vollwertigen Menschen behandelt und bestraft! Haben den erheblich Geisteschwachen, dessen Zustand auch dem Laien klar werden mußte, jahrelang ins Arbeitshaus gesteckt, ihn alle Marten dieser „Vesserungskur“ durchkosten lassen! Haben auch dann noch nicht die Irrenhausbehandlung verweigert, als amtlich erklärt wird, daß D. blödsinnig ist!

Wie weiter aus den Akten hervorgeht, ist zuletzt zwischen Armenverwaltung und Krankenkasse ein Streit entstanden über die Kostenregelung. Nur diesem Streite soll es überhaupt zu verdanken gewesen sein, daß D. endlich nach der Irrenanstalt kam, in die er, um dem Polizei- und Strafrichter zu entgehen, längst gehört hätte. Sonst wäre er wahrscheinlich noch öfter in das preussische Arbeitshaus gesteckt worden, gegen welches das moderne Irrenhaus für einen wirklichen Geisteskranken ja immer noch ein Dorado ist. Da drängt sich vor allem auch die Frage auf: Wie viele Obdachlose und Bettler, die durch erbliche Belastung, schlechte Erziehung und soziales Elend in gleicher Weise überfressen sind, werden „von Rechts wegen“ genau so drakonisch behandelt?

Die Bücherausgabestelle der Stadtbibliothek ist vom 17. bis 20. Juni einschließlich wegen baulicher Arbeiten geschlossen.

Die auf Grund des Ausführungsgesetzes zum Viehschutengesetz vom 25. Juli 1911 von der Stadtgemeinde Berlin beschlossenen Satzungen über die Gewährung von Entschädigungen aus Anlaß von Viehschäden sind im Druck erschienen und in der Geschäftsstelle des Gemeindefiskus, Rathaus, 8. Stockwerk, Zimmer Nr. 123, zum Preise von 0,25 M. käuflich zu erwerben.

Die Waisendeputation beriet und genehmigte in ihrer gestrigen Sitzung den Vorentwurf zum Erweiterungsbau des Kinderasyls.

Ferner wurde beschlossen, als Gehalt für den neu zu wählenden Direktor der Erziehungsanstalt Lichtenberg den Betrag von 4800 Mk., steigend in 12 Jahren bis auf 7200 Mk., dem Magistrat vorzuschlagen. Die Deputation hofft mit dieser Gehaltserhöhung eine besonders für den Posten befähigte Persönlichkeit zu bekommen. Bisher hat die Deputation mit der Besetzung der Direktorstelle für Lichtenberg keine besonders glückliche Hand gehabt. Zurzeit ist die Stelle verwaist und der Direktor für das Fürsorgewesen, Herr Knaut, verwaltet die Funktionen mit. Dieses Provisorium sollte so schnell als möglich aufgehoben werden. Beide Posten zu gleicher Zeit gewissenhaft zu versehen, ist nicht möglich.

Besonders dringlich erscheint die dringliche Inangabe von Neu- und Umbauten, die in der Erziehungsanstalt Lichtenberg als Anfang einer Reform auf dem Gebiete des Fürsorgewesens geplant sind. Es sollen Handwerker-Lehrwerkstätten errichtet werden, in denen Böglinge unter sachkundiger Leitung für bestimmte Handwerke ausgebildet werden. Als solche gelten Tischler, Schneider, Schuhmacher, Buchbinder, Schmiede und Gärtner. Um den letzteren Kenntnisse in der Gartenkunst beibringen zu können, soll ein größeres Gewächshaus errichtet werden. Die Kostenfrage bereitete der Deputation einige Kopfschmerzen und es wurden die vorliegenden Bauprojekte daraufhin einer längeren Durcberatung unterzogen. Es wurde allseitig gewünscht, daß mit größter Beschleunigung die Bauprojekte gefördert werden sollen.

Beim Spielen ertrunken ist am Dienstagabend am Schleswiger Ufer zwischen der Hansa- und Adenabstraße ein neunjähriger Knabe namens Brown aus der Lübecker Str. 21. Der Kleine war beim Spielen mit gleichaltrigen Gefährten dem Uferstrand zu nahe gekommen und ins Wasser gefallen. Trotdem man ihn kurze Zeit darauf herausziehen konnte, hatten aber die an dem bewußtlosen Körper angestellten Wiederbelebungsversuche keinen Erfolg mehr.

Bei einem Rettungswort den Tod gefunden. Auf tragische Weise ist der 33jährige Materialienhändler Friedrich Epig, Schillingstr. 16, ums Leben gekommen. Epig hatte gemeinsam mit einem Freunde und zwei Damen auf dem Rüggelesee eine Segelpartie unternommen. Bei Rüggelesee kam das Fahrzeug infolge einer Gewittersturm zum Kentern und alle Insassen wurden in die Fluten geschleudert. Weber der Begleiter noch die beiden Damen konnten schwimmen und so machte sich Epig vor allem an die Rettung der weiblichen Begleiterinnen. Es gelang ihm auch, die eine derselben, die bereits untergegangen war, zu erfassen und so lange über Wasser zu halten, bis Rettung durch den Dampfer der Rettungsstation zur Stelle war. Als er dann auch noch die andere Dame bergen wollte, erlitt er plötzlich einen Herzschlag, ging unter und kam nicht wieder an die Oberfläche. Während die drei des Schwimmens unkundigen Segler gerettet werden konnten, mußte Epig den Tod in den Fluten finden. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Ein schwerer Bauunfall hat sich gestern abend gegen 6 Uhr auf dem Abrißgrundstück an der Ecke der Friedrich- und Taubenschloßstraße zugetragen. Dort fiel dem 36 Jahre alten Bauarbeiter Andreas Kabeleg aus der Zietenstraße 25 zu Neukölln ein schweres Rohr auf den rechten Fuß, der vollständig vom Körper abgetrennt wurde. Der abgeschlagene Fuß blieb im Schuh stecken. Der Schwerverletzte wurde sofort nach der Unfallstation in der Kronenstraße und von dort in hoffnungslosem Zustand nach der Charité gebracht. Rabiega ist verheiratet und Familienvater.

Bevorfrosten aufgefunden wurde gestern nachmittag vor dem Hause Urbanstraße 180 eine den besser gestellten Kreisen angehörende Frau, deren Persönlichkeit sich nicht feststellen ließ. Die Unbekannte starb kurz nach ihrer Aufnahme im Krankenhaus, ohne die Bestimmung wieder erlangt zu haben. In ihren Taschen fand man Papiere auf den Namen einer 1869 geborenen Martha Pfisterin. Die Leiche wurde nach dem Schauhause übergeführt.

Von einer Bulldogge schwer verletzt wurde gestern der achtjährige Schüler Fritz Schröder aus der Wuttmannstr. 10. An der Ecke der Wob- und Wuttmannstraße neckten spielende Knaben eine Bulldogge. Der Hund wurde schließlich bödsartig. In diesem Augenblick kam der kleine Schröder vorbei, der still seines Weges ging. Die Dogge sprang sich auf den Knaben, warf ihn zu Boden und biß sich in den Hals des Jungen fest, die ihm völlig vom Leibe gerissen wurden. Dann schnappte der Hund nach dem linken Ohr des Knaben und biß ihm die Hälfte der Ohrmuschel soweit ab, daß das Fleischstück nur noch an einem dünnen Streifen hing. Glücklicherweise gelang es jetzt einigen beherzten Männern, das wütende Tier von dem Knaben fortzujagen. Man brachte den Verletzten nach der Unfallstation in der Babstraße und von dort nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus, wo versorgt werden soll, die Ohrmuschel zusammenzunähen. Das Befinden des Knaben, der auch am ganzen Körper Kratwunden davongetragen hat, ist infolge des ausgestandenen Schreckens bedenklich.

Beim Baden ertrunken. Ein Unglücksfall, der die Veranlassung zu Gerüchten von einem Mord, begangen an einem 17jährigen Mädchen gab, hat sich am Montagabend in Ober-Schöneeweide zugetragen. Die 17jährige Fabrikarbeiterin Anna Köhler aus Lichtenberg war mit mehreren jungen Burshen ihrer Bekanntschaft nach Ober-Schöneeweide gefahren, um dort in der Nähe des Neubauglades der Garde-Pioniere ein Bad in der Spree zu nehmen. Das Mädchen kleidete sich aus und ging dann ebenso, wie zwei ihrer Begleiter ins Wasser, während die übrigen am Ufer blieben. Die A. wollte schwimmen lernen und hat einen ihrer Begleiter, sie darin zu unterrichten. Der junge Mensch wagte sich mit seiner Schülerin dabei unglücklicherweise zu tief in das Wasser hinein und verlor plötzlich den Grund unter den Füßen. Der junge Arbeiter, der 18jährige Fritz Taubert aus Lichtenberg, war der Situation nicht gewachsen und anstatt seiner mit den Wellen ringenden Gefährtin zu helfen, rettete er sich selbst ans Ufer. Seine Genossen hatten den Vorfall beobachtet, konnten aber nicht helfend eingreifen, da sie des Schwimmens unkundig waren. Die A. war inzwischen immer tiefer in die Spree hineingeraten und auf ihre verzweifelten Hilferufe eilte ein in der Nähe befindlicher Offizier der Garde-Pioniere, der mit seinem Boot sich auf der anderen Seite des Flusses befand, herbei. In der Nähe der Unfallstelle sprang er der Verunglückten, die kurz vor seiner Ankunft unter der Oberfläche verschwunden war, nach und es gelang ihm nach einiger Zeit, den Körper des jungen Mädchens zu finden, doch waren Wiederbelebungsversuche vergeblich. Inzwischen waren die am Ufer stehenden jungen Burshen von Gardepionieren festgenommen worden, da man ein Verbrechen vermutete, und der Polizei zugeführt worden. Sie wurden jedoch nach Feststellung ihrer Persönlichkeit und nach erfolgter Aufklärung des Unfalles sämtlich wieder entlassen.

Selbstmordversuch einer Krankenschwester. Am Montagabend gegen 10 Uhr veruchte sich die 24jährige Krankenschwester Valeska Viebig, die in dem Sanitäts-Pflegeheim in der Lauterstraße in Friedenau angestellt ist, in dem Hause Cheruskerstr. 4 zu Schöneberg auf dem Boden des genannten Gebäudes zu erschlehen. Das junge Mädchen richtete die Mündung des Revolvers gegen das Herz und drückte die Waffe ab. Das Geschöß prallte jedoch an einer Korsetzstange ab, so daß es nicht das Herz traf, sondern sich seitlich in die linke Brust einbohrte. Hausbewohner, die den Schuß gehört hatten, fanden die Krankenschwester blutüberströmt und bewußtlos auf. Ein rasch hinzugerufener Arzt legte der Schwerverletzten einen Notverband an und veranlagte ihre Ueberführung nach dem Schöneberger Krankenhaus, wo die Lebensmüde in bedenklichem Zustande daniederliegt. Das Motiv zu der Tat ist in einer unglücklichen Liebe zu suchen, die die Krankenschwester zu einem Arzt gefaßt hatte.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am gestrigen Dienstag mittag am Leipziger Platz. Dort wollte das Dienstmädchen Minna Horn aus Groß-Salza, Edelmansstr. 2 wohnhaft, den Fuhrmann überschreiten, ohne die Warnungssignale des heran- nahenden in schneller Fahrt befindlichen Motorwagens 3023 der Linie 91 zu beachten. Das Mädchen wurde vom Vorderrad erfasst und umgestoßen, wobei es eine Gehirnerschütterung und einen Herdenkol erlitt. Die Verunglückte wurde nach der Unfallstation und dann in die Wohnung ihrer Dienstherrenschaft gebracht.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag gegen 6 Uhr vor dem Hause Kastanienallee 103. Dort fuhr um diese Zeit ein Straßenbahnwagen der Linie 33 (Richtung Pappelallee). Auf dem Hinterrad stand ein etwa 12- bis 13jähriger Knabe, der plötzlich mit den Worten: „Mir ist so schlecht“ von dem in voller Fahrt befindlichen Wagen herabgesprungen, zu Boden stürzte und bewußtlos liegen blieb. Der nur noch schwache Lebenszeichen von sich gebende Knabe, der allem Anschein nach in einem Anfall epileptischer Krämpfe von dem Gefährt heruntergeprungen ist, wurde nach der Rettungsstation in der Wandlstraße geschafft, wo er bald darauf an Gehirnerschlag verstarb. Die Personalien des Kindes konnten bisher noch nicht ermittelt werden und so wurde die Leiche des Kleinen auf Anordnung der Polizei nach dem Schauhause gebracht.

Der Bund der Arbeiter-Theatervereine Deutschlands (Sitz Charlottenburg) ersucht um Veranlassung folgender Art: Den Besuchern der Theaterhalle zur Mitteilung, daß der Unterricht am Mittwoch, den 12. Juni, des Nachmittags wegen ausfällt und dafür am Donnerstag, den 13. Juni, abends pünktlich um 9 Uhr, im Volkshaus, Charlottenburg, Hofenstr. 8 erteilt wird.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Die Uebersicht über die Frequenz der Volksschulen gab dem Genossen Hoffmann auch diesmal Anlaß zur scharfen Kritik. Redner stellte fest, daß die Frequenz schon wieder im Steigen begriffen und die durchschnittliche Zahl 43,3 einschließlich der Hilfsklassen viel zu hoch sei. Von einem gedeihlichen Unterricht könne in Klassen, in denen zuweilen 60 Kinder unterrichtet werden, keine Rede sein. Bedauerlich sei noch immer das Vorhandensein fliegender Klassen. Stadtschulrat K o b verfuhr die Ausführungen unseres Redners zu entkräften. Die fliegenden Klassen seien eine Notwendigkeit. Auch die Befestigung der Klassen mit über 50 Kindern sei nicht besonders hoch. Es soll jedoch die Frequenz langsam und stetig herabgesetzt werden.

V a s s e n (Vib. Fr.) referierte über den Bebauungs- und Grundlinienplan für das Südgelände, dabei betonte der Redner, daß der Plan geradezu glänzend sei. Spielplätze für die Jugend sind reichlich vorgesehen, es lämen hierfür 18 Hektar Land in Betracht. Für Schulen und Kirchen sei ebenfalls genügend Raum vorhanden. Erholungsparkeanlagen sollen das Ganze mit verschönern helfen.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte beantragt: Mindestens 20 Hektar des für die Bebauung in Aussicht genommenen Geländes sollen für die Errichtung von Kleinwohnungen bestimmt werden, die den Bedürfnissen der Arbeiterbevölkerung, den wenig bemittelten Kleingewerbetreibenden und des kleinen Beamtenstandes entsprechen. In erster Linie soll für die Ausführung dieses Beschlusses der Erwerb von Bauland durch die Stadt sowie der Bau und Betrieb der betreffenden Häuser in Eigenregie der Stadt in Aussicht genommen werden.

Genosse V e r n s t e i n betonte, daß sich Schöneberg in einer Zwangslage befindet, da es in der Bebauung behindert sei. Das zu bebauende Gelände solle gegen 40 000 Seelen aufnehmen. Inwieweit bei der Bebauung der arbeitenden Bevölkerung Rechnung getragen werde, sei nicht ersichtlich. Es scheint, als ob die Bebauung für die Wohlhabenden zugeschnitten sei. Dadurch, daß nur Vorderhäuser gebaut werden sollen, sei die Arbeiterklasse einfach von der Benutzung der Wohnungen ausgeschlossen. Jetzt sei die Gelegenheit da, das, was so häufig der Oberbürgermeister Dominicus betont habe, zu verwirklichen.

Oberbürgermeister Dominicus betonte, im Augenblick materiell keine Erklärung abgeben, jedoch im Hinblick auf den Antrag näher eingehen zu wollen. Die Stadt besitze im Südgelände ein solches Gebiet, das wenn alles abgezogen sei, immer noch 1 1/2 Hektar verbleibe. J a y o w (Vib. Vereinig.) erkennt an, daß der Antrag zur Beseitigung von Wohnungsbedarf beitrage. Die Angelegenheit müsse jedoch eingehend geprüft werden. Die Vorlage sowie ein Antrag des Genossen M a g n a n, jedem Stadtverordneten und Magistratsmitglied die interessanten Ausführungen der Redner stenographisch zum Studium zuzusenden, wurden nunmehr einem Ausschuss überwiesen, dem die Genossen V e r n s t e i n, R o l l e n b u r g und M a g n a n angehören.

Hierauf wurde über eine Vorlage des Magistrats betreffs Abänderung der Kinobesetzordnung beraten. Wie wir bereits berichteten, sollen die Kinobesitzer den Versuch gemacht haben, diese Steuer dadurch zu umgehen, daß sie an Wochentagen sogenannte Wohltätigkeitsvorstellungen veranstalten. Dem will der Magistrat begegnen. E n g e l (Vib. Frakt.) befürwortete die Vorlage und meinte, selbst im Verwaltungsstreitverfahren dürften die Kinobesitzer kein Recht bekommen. Die sogenannten Wohltätigkeitsvorstellungen könnten als solche nicht bezahlet werden, da die Verwaltung keinen Einfluß darauf habe. J a y o w (Vib. Vg.) hält die Steuer nicht für gerecht, da sich dieselbe gegen ein einzelnes Gewerbe richte. Die Vorlage sei abzulehnen. Genosse K l a t e r erklärte die ganze Steuerordnung für unmoralisch, denn sie treibe die Steuerzahler auf Abwege und erziehe Heuchler, ohne dadurch das System zu treffen. Häufig komme es vor, daß die Kinobesitzer nicht soviel Einnahme haben, um die Steuer, die täglich 17 M. betrage, zahlen zu können. Zwangsvollstreckungen seien an der Tagesordnung. Stundungen würden abgelehnt. Wenn nun die Besitzer zu einem gesetzlichen Mittel greifen, dann heißt es gleich, die Steuer würde umgangen. Wiederum sei es die Sozialdemokratie, die für die Kleingewerbetreibenden eintrete, während die Liberalen diesen Leuten freistellen anliegen. Er beantrage, die Petition sowie die Vorlage einem Ausschuss zu überweisen. — R ä m m e r e r M a h o w i c z versuchte, die Ausführungen zu entkräften. Pflicht der Sozialdemokratie sei es, sie einmal beschlossene Gesetze, auch wenn dieselben gegen deren Stimmen zustande gekommen seien, für dieselben einzutreten. In der Abstimmung wurde die Vorlage mit 25 Stimmen der Liberalen gegen 22 Stimmen der Sozialdemokraten, Liberalen Vereinigung, Unabhängigen Fraktion und der Kommunalfortschrittlichen angenommen.

Zugestimmt wurde der Erweiterung der Scharnkäcker der Sparkasse und der Errichtung der dritten Spartassenzweigstelle in der Nähe des Kollendorffplatzes. Dann folgte geheime Sitzung.

Charlottenburg.

Bürgermeister Matting Oberbürgermeister von Breslau. In einer am Montagabend tagenden gemeinschaftlichen Sitzung der Breslauer städtischen Kollegen wurde der bisherige Charlottenburger Bürgermeister Matting mit 62 von 63 abgegebenen Stimmen zum Oberbürgermeister von Breslau gewählt. Matting war seit dem 1. Januar 1895 an der Spitze der Charlottenburger Kommunalverwaltung tätig.

Elternverein für freie Erziehung. Sonntag, den 23. d. Mt., findet eine Dampferpartie mit Musik nach Papenberge (Havelstich), verbunden mit Rundfahrt auf der Oberhavel statt. Abfahrt morgens 8 Uhr pünktlich von der Anlegestelle der Reederei Kiel am Tegeler Weg. Fahrpreis 1,50 M. für Erwachsene (inkl. Belustigungen), Kinder unter 14 Jahren frei. Auch Nichtmitglieder und deren Kinder können an der Partie teilnehmen. Billets sind zu haben bei Friele, Neue Christstr. 7, Seitenflügel 3. Tr. und bei Gräß, Spreerstr. 58, Quergebäude 2 Tr. Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde.

Aus der Gemeindevertretung. Zu Beginn der letzten Sitzung haben sich einige Frauen als Zuhörerinnen eingefunden, wahrscheinlich in der löblichen Absicht, von den Verhandlungen einiges für sich zu profitieren. Sie wurden aber, ebenso wie in früheren Fällen, als nicht berechtigt hierzu höflichst hinauskomplimentiert. Vom Berichterstatterlich wurde ihnen der gute Rat gegeben, den Reichs- oder Landtag während der Tagung zu besuchen; eine Gemeindevertretung sei eine zu hohe parlamentarische Körperschaft, als daß sie sich die Anwesenheit von Frauen im Zuhörerzimmer gefallen lassen könnte. Ueber den Bescheid der Regierung in der Angelegenheit der Gewährung von Stadtrechten an die Gemeinde referierte Gemeindevorsteher Schulz. Die Gründe der Regierung, den Antrag der Gemeinde abzulehnen, sind dieselben, wie sie bereits gegenüber anderen Vorortgemeinden geltend gemacht worden sind. Die Erläuterung der Gemeinde, zunächst aus dem Kreise nicht auszuscheiden, könne rechtserzwinglich nicht festgelegt werden, da nach dem Gesetz eine städtische Gemeinde eben das Recht habe, auszuscheiden. Ein Auscheiden aus dem Kreise bedeute aber eine schwere Schädigung desselben. Im übrigen erkenne der Minister ein Bedürfnis der Gemeinde aus Erwerbung der Stadtrechte nicht an. Gemeindevorsteher V i e l l empfahl, den Antrag wegen Verleihung der Stadtrechte noch einmal zu wiederholen, sobald im Abgeordnetenhause der Antrag J e d l i g bezüglich der Einführung der Städteordnung in den größeren Vorortgemeinden zur Verhandlung gelange. Ein Beschluß in dieser Beziehung wurde nicht gefaßt. Auf Antrag des Gemeindevorstandes wurde der Aufnahme einer Anleihe von zwei Millionen Mark bei der kurländischen Ritterschafklasse zum Zinsfuß von 4 Prozent zugestimmt unter gleichzeitiger Annahme eines Antrages V i e l l, für die Zukunft bei Aufnahme von Anleihen eine größere Konkurrenz unter den Geldgebern eintreten zu lassen, um eventuell die jeweilige Konjunktur im Interesse der Gemeinde besser ausnutzen zu können. Die Wahl der Armenvorsteher und Armenpfleger erfolgte nach dem Vorschlage des Gemeindevorstandes. Unter ihnen befinden sich auch fünf Frauen, selbstverständlich aus den besten Gesellschaftskreisen; sie werden sicherlich bereits tiefgründige Studien über die Armut und ihre Ursachen hinter sich haben. — Eine Anregung des Gemeindevorstandes S o u s o n auf Entfernung des Bismarckdenkmals in der Wilhelmstraße aus verkehrstechnischen Gründen soll später die Begehrmission beschäftigen. Dazu sei bemerkt, daß die Entfernung des Denkmals schon jetzt notwendig ist, der alte biederer Ueberbleibsel des Sozialistengesetzes steht auf einem recht kleinen, verkehrreichen Platz, an dem sich vier Straßen kreuzen; nach der Fertigstellung der Eisenbahnunterführung kann dieses verkehrstörende Hindernis unmöglich bestehen bleiben. Vielleicht erbarmt sich einer der Herren Gemeindevorsteher und stellt den steinernen Kanalar in seinem Garten auf. Außerhalb der Tagesordnung fand ein dringlicher Antrag der Gemeindevorsteher P r a u s e und Genossen Annahme, die bereits früher beschlossene Pflasterung der Jungfernstiegstraße zwischen Gärtner- und Voothstraße in der Breite von 7 1/2 auf 7 Meter zu reduzieren — zum Säug der Bäume. Es ist ein fataler Zufall, daß dieser Säug der Bäume gleichzeitig zusammenfällt mit dem Säug des Geldbeutels des Antragstellers. Herr Prause ist mit circa 80 Meter Länge A n l i e g e r dieser Straße und es ist selbstverständlich, daß sein Interesse durch einen Beschluß, ob 7 oder 7 1/2 Meter breit gepflastert werden soll, ganz erheblich berührt wird. Durch die Annahme seines Antrages hat Herr Prause zweifellos einen schönen Wagen Geld an Pflasterkosten gespart. Nachdem er in dieser Weise an der Angelegenheit aufs höchste interessiert ist, durfte er vom moralischen wie vom gesetzlichen Standpunkt aus an der Versammlung und an der Beschlußfassung über diesen Punkt nicht teilnehmen. Er hat aber ebenso wader mitberaten und mitgestimmt. Da es nicht das erste Mal ist, daß persönlich interessierte Gemeindevorsteher gewissermaßen in eigener Sache beschließen, wird

es sich empfehlen, diesen Uebelstand für die Zukunft zu beseitigen. Wie wir hören, soll eine Beschwerde an die Aufsichtsinstanzen in der fraglichen Angelegenheit gerichtet werden.

Ober-Schönebeide.

Bei den am Sonntag stattgefundenen Vermehrungswahlen zur Gemeindevertretung für die dritte Klasse wurde im ersten Bezirk Genosse L i e f e g a n g und im zweiten Bezirk Genosse W e s e n b u r g mit 489 bzw. 416 Stimmen gewählt. Die Katholiken hatten ebenfalls Kandidaten zur Wahl gestellt und erhielten im ersten Bezirk 40 und im zweiten Bezirk 28 Stimmen.

Röpenitz.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Behufs Regelung der Eigentumsverhältnisse in der Mahlsdorfer Straße, hat der Magistrat gelegentlich der Neupflasterung mit dem Forstbesitzer wegen Austausch von Land unterhandelt. Nach beiderseitigem Uebereinkommen soll in Zukunft die Grenze zwischen Röpenitz und fiskalischem Gebiet die Mitte des Fahrdammes bilden. Die Unterhaltungspflicht ist so geregelt, daß die Straße ihrer Länge nach in zwei Hälften geteilt, und von jedem Beteiligten zur Hälfte unterhalten wird. Die Versammlung stimmte diesem Vorschlag zu. Ebenso genehmigte die Versammlung den Rechnungsabschluss des Elektrizitätswerkes für 1911, welcher in Einnahme und Ausgabe die Summe von 1 960 760,29 M. ergibt. Aus dem Bericht ist noch zu erfahren, daß der Ueberschuß für 1911 statt wie im Voranschlag eingestellt 70 000 M. 114 845,68 M. beträgt. Zu dem Antrag des Magistrats für die sieben Gemeindefschulen und der Seminarbildungsschule je 50 M. zum Zweck der Jugendpflege zu bewilligen, erklärten unsere Genossen, daß sie jederzeit bereit seien Mittel zum weiteren Ausbau der Schulen, wie auch für das Wohlfinden der Schulkinder bereit zu stellen, daß sie aber für die einseitige und nur dem Hurratriotismus dienende sogenannte Jugendpflege nicht einen Penny bewilligen. Wie vorausgesehen, wurde jedoch der Antrag des Magistrats mit 15 gegen 13 Stimmen unserer Genossen angenommen. Dem weiteren Antrage des Magistrats, die Grundfläche des Schulgartens der achten Gemeindefschule dem Kreise Teltow zur Anlegung und dauernden Unterhaltung eines Schulgartens zu verpachten, stimmte die Versammlung zu. Kosten entstehen der Stadt dadurch nicht. Weiter wurden der Baukommission zur Vornahme baulicher Reparaturen am Krankenhaus 1000 M. bewilligt. In geheimer Sitzung wurde noch beschloffen, das Hausgrundstück des Herrn Radtke, Freiheit- und Wilhelm-Strassen-Ecke, für die Stadt käuflich zu erwerben.

Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich gestern mittag in der Berliner Straße. Dort fuhr der Schlosserlehrling Georg Kaiser aus Röpenitz gegen ein ihm entgegenkommendes Automobil der Firma S u c h o r d; er wurde umgerissen und eine Strebe von dem Automobil mitgeschleift. Dem Verunglückten wurde hierbei der Brustkasten stark gequetscht und eine Rippe gebrochen. In bedenklichem Zustande wurde er von einem Automobil der Firma J a n d o r f nach dem Krankenhaus in Ober-Schönebeide übergeführt.

Witterungsübersicht vom 11. Juni 1912.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. G. u. N. °C.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. G. u. N. °C.
Swinemünde	756 RD		4	bedeckt	13	Saparanda	756 B		2	heiter	12
Damburg	754 RD		2	Dunst	13	Petersburg	758 B		1	halb Bd.	13
Berlin	755 R		2	bedeckt	14	St. Petersburg	752 DRD		3	halb Bd.	13
Frankfurt a. M.	754 RD		2	bedeckt	14	Aberdeen	758 DRD		3	Rebel	10
München	753 DRD		4	heiter	16	Paris	752 DRD		2	bedeckt	14
Wien	753 DRD		1	Regen	16						

Wetterprognose für Mittwoch, den 12. Juni 1912.

Ein wenig wärmer, teilweise aufklarend bei mäßigen nordöstlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 10. 6.		am 9. 6.		
	cm	cm ³	cm	cm ³	
Remel, Elbt	125	-7	Saale, Großk.	64	0
Vregel, Jüterburg	125	-7	Havel, Spandau ¹⁾	28	+3
Seißel, Thern	130	-16	Kathenow ²⁾	8	-8
Ober, Ratibor	121	-1	Spre, Spremberg ³⁾	—	—
Rosfen	125	-3	Spre, Spremberg	80	+1
Frankfurt	134	-11	Weser, Minden	129	+17
Barthe, Schrimm	10	0	Rhein, Rindem	200	+6
Landberg	-7	-6	Rhein, Maximiliansau	492	0
Reye, Barmann	-6	-5	Rau	253	0
Elbe, Zeitmerz	-61	-13	Röln	236	-4
Dresden	-171	+1	Redar, Heilbronn	70	+2
Bergh	64	-3	Rain, Danau	114	0
Magdeburg	65	-1	Weser, Irtter	23	-13

¹⁾ + bedeutet Hoch, — Fall, — ²⁾ Unterpegel.

Wasch- und Lüster-Woche

Dauer bis Sonnabend

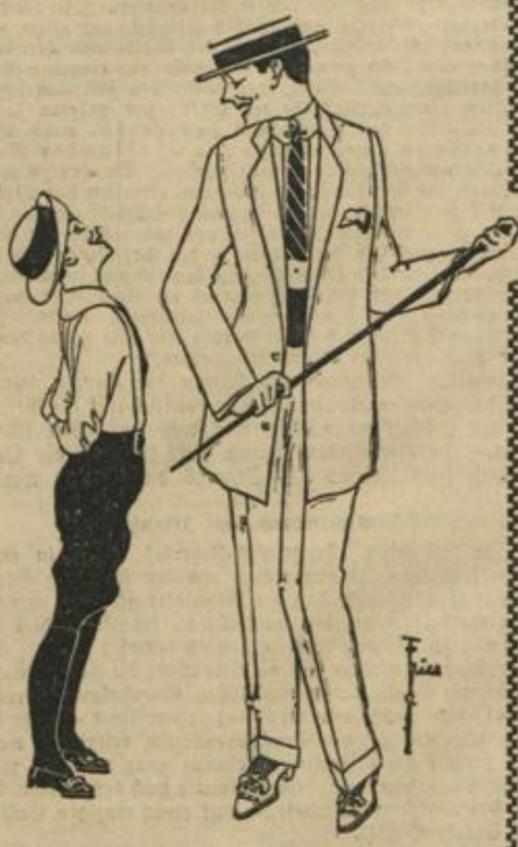
Ausnahme-Preise für Wasch- u. Lüster-Kleidung

Für Herren:

- Wasch-Joppe grünlicher Baumwollstoff M. 85 Pt.
- Wasch-Joppe grau gemusterter Wachstoff M. 2.25
- Wasch-Joppe grünes Jagdtuch mit Falten M. 3.90
- Lüster-Jackett schwarz oder gemustert M. 2.85
- Lüster-Jackett schwarz oder fein gestreift M. 5.—
- Lüster-Jackett grau, blau oder gemustert M. 7.75
- Wasch-Hosen grau oder grünlich M. 3.00 2.40
- Weißer Wasch-Hosen Satin u. Köpergewebe M. 4.50 3.75
- Wasch-Westen schönes Muster M. 1.85
- Bast-Imitat.-Jacketts cremefarben M. 4.90
- Bast-Imitat.-Anzüge cremefarben, Hose mit Umschlag M. 12.50
- Gestreifte Flanell-Anzüge baumwollene Stoffe von M. 6.— an

Für Knaben:

- Blusen-Anzüge gestreifter Wachstoff, für 3-8 Jahre M. 1.30 70 Pt.
- Matrosen-Wasch-Anzüge Kragen, schön gem., für 3-8 Jahre M. 2.25
- Ledersatin-Anzüge hochgeschlossene, für 3-8 Jahre M. 3.40
- Kieler Anzüge gestr. Kadettstoff f. 3-8 J. M. 3.30 f. 9-12 J. M. 3.95
- Prinz-Heinrich-Wasch-Anzüge für 3-8 Jahre M. 4.50, 3.10
- Kittel-Anzüge einzelne Modelle M. 5.—
- Einzelne Waschblusen f. 3-9 Jahre M. 1.65, 1.15, 90, 45 Pt.
- Einzelne Washhosen für 3-8 Jahre M. 1.15, 80, 45 Pt.
- Satin-Sport-Hosen waschecht, f. 3-8 J. M. 1.60 f. 9-12 J. M. 1.95
- Sport-Hemden in den neuesten Mustern M. 1.75
- Knaben-Strohüte neueste Formen von 50 Pt. an
- Spiel-Höschen für kleine Knaben M. 2.50, 1.25, 95 Pt.



Baer Sohn

Chausseestraße 29-30
11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Str. 20
Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog No. 44 (Neueste Moden) kostenfrei.